

der ruhr-student

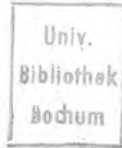
STUDENTENZEITUNG FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN

UNIVERSITÄTSARCHIV BOCHUM

Kleine Sammlungen

K Q

YNA 2040-17



YN 82/1, 17



Heft 6

Ist er ein Snob?



Nein!

Er ist zwar Privatkunde einer Bank – einer renommierten Bank – die ihm ein exklusives Service bietet. Doch ein Snob? Nein. Er denkt nur logisch. Da er nämlich Student an der Ruhr-Universität ist und durch diese Bank außerdem die Auszahlungen des „Honnefer-Modells“ vorgenommen werden, liegt er goldrichtig. Deshalb schenkte er sein Vertrauen der

WESTFALENBANK
AKTIENGESELLSCHAFT
BOCHUM
HUESTRASSE 21-25

Zweigstelle
Bochum-Querenburg
Overbergstraße 7

Zweigstelle
Ruhr-Universität
Lennershofstraße 70

1 Maecenates voco

Zum Inhalt

Folgende Unternehmen ermöglichten uns die Herausgabe dieses Heftes

Agfa-Gevaert AG, Leverkusen
Arbeitgeberverband der Eisen- und Metallindustrie für Bochum und Umgebung e. V., Bochum
Bremshey & Co., Solingen-Ohligs
Deutsche Bundespost
Deutsches Panorama, Hamburg
Deutscher Gewerkschaftsbund, Düsseldorf
Deutsche Pfandbriefanstalt, Wiesbaden
Dortmunder Union Brauerei AG, Dortmund
Duisburger Kupferhütte, Duisburg
Gebr. Eickhoff Maschinenfabrik und Eisengießerei mbH., Bochum
Eisen und Metall Aktiengesellschaft, Gelsenkirchen
Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland, Frankfurt
Gockel + Niebur Baugesellschaft mbH., Bochum
Handelsblatt - Deutsche Wirtschaftszeitung - Vereinigt mit Deutsche Zeitung, Düsseldorf
IG Bergbau und Energie, Bochum
Verlag Ferdinand Kamp, Bochum
Deutsche Lufthansa AG, Köln
Progas GmbH & Co KG, Dortmund
Ratio-Zentralverwaltung Terfloth & Snoek GmbH, Münster
Rheinstahl Hüttenwerk AG, Essen
Schauspielhaus Bochum, Bochum
Stahlwerke Brüninghaus GmbH, Westhofen
Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG, Dortmund
Johann A. Wülfig - Bauer & Cie., Düsseldorf
WASAG-Chemie AG, Essen
Westfalia Dinnendahl Gröppel AG., Bochum
Albert Wywias, Büromaschinen, Büromöbel, Büroorganisation, Bochum
Westfalenbank Aktiengesellschaft, Bochum

Beilagenhinweis

Der Gesamtausgabe dieses Heftes liegen Prospekte der Deutschen Krankenversicherungs-A.-G., Köln und Deutschen Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart, bei.

In diesem Heft finden Sie zu dem umstrittenen und viel diskutierten Thema „Studienreform“ eine vorläufige Bestandsaufnahme. Dazu eine Kompilation der Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Eine Stellungnahme des Verbandes Deutscher Studentenschaften und ein Beitrag von Dr. Fritz Hufen (Handelsblatt) runden das Thema ab. Außerdem ein Rundgespräch des ruhr-student mit den MdB Dichgans (CDU), Lohmar (SPD) und Moersch (FDP).

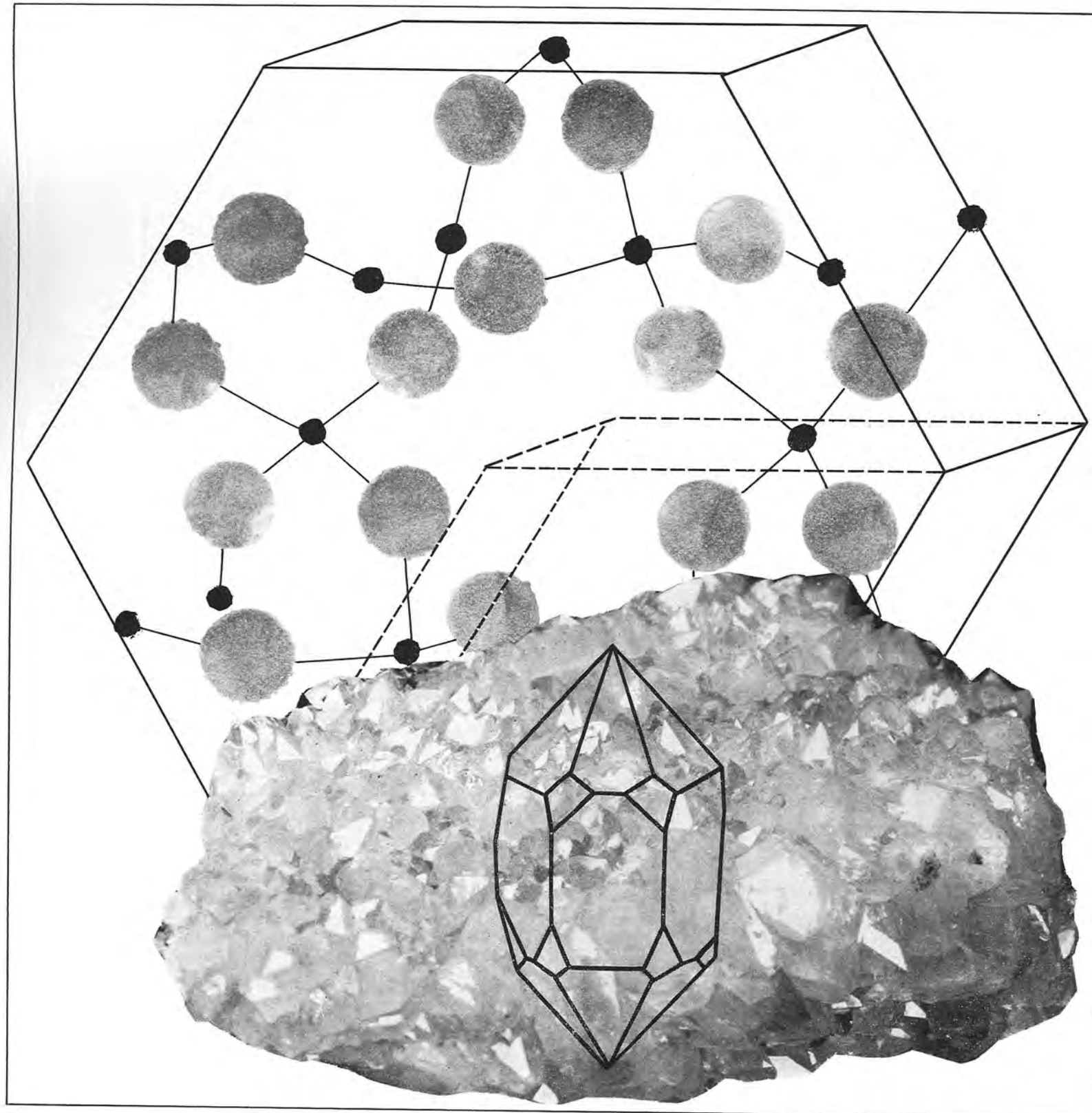
„Computer bauen billiger“ heißt ein Beitrag, der sich mit der Anwendung der Netzplantechnik beim Bau der Ruhr-Universität beschäftigt. Diese Planungsmethode, die nach den NASA-Berichten unter dem Namen PERT Furore machte, hat auch bei uns ihre Anhänger gefunden. Warum, das erfahren Sie in unserem Bericht auf Seite 10.

Wer die Wahl hat, hat die Qual. Das Dilemma der Studenten: Wo liegt meine Chance nach dem Studium? Prof. Dr. K. Winnacker, Präsident des Verbandes der chemischen Industrie, schreibt für den ruhr-student über die Aussichten für den akademischen Nachwuchs im Wirtschaftszweig Chemie. Weitere wissenschaftliche Fakten wie Anfangsgehälter und Aufstiegsmöglichkeiten finden Sie in einer anschließenden Untersuchung des ruhr-student, die der erste Teil einer Serie über die Möglichkeiten akademischer Berufswege ist.

Die „ewigen Studenten“ bekommen kalte Füße, seit die Westdeutsche Rektorenkonferenz die Empfehlung der „befristeten Immatrikulation“ gab. Protest und Demonstration waren die Folge, als man sie in Erlangen und Berlin einführen wollte. Eleganter ist die Bochumer Lösung: Was den Griechen das Trojanische Pferd, war den Bochumern die Prüfungsordnung. Vorzug dieses Verfahrens: man reformiert den Aufbau des Studiums und versucht nicht, das Symptom zu kurieren. Trotzdem hat auch diese Regelung Nachteile für den Studenten. Mehr dazu lesen Sie in unserem Beitrag auf Seite 34.

Playboys haben's schwer. Auch unter Studenten. Seit es zu den üblichen Gepflogenheiten einer Party gehört, bekleidet in den swimming-pool zu springen, herrscht ein akuter Mangel an origineller Weiblichkeit. Auch hier schafft der ruhr-student Abhilfe. Lesen Sie unseren Leitfaden auf Seite 48, und Sie wissen, welche Dame Sie zu welcher Party mitnehmen können.

Weihnachten naht und Glocken und Kassen klingeln wieder festliche Stimmung durch's Land. Eine andere Art der vorweihnachtlichen Betrachtung bietet ein Besuch im Ikonen-Museum in Recklinghausen. Der ruhr-student war für Sie dort und zeigt Ihnen einige der schönsten Werke auf Seite 36.



Kennen Sie dieses Mineral?

Es ist Quarz in reiner Form. Meist jedoch werden die Mineralien im verwachsenen Zustande gewonnen. Dann bietet erst der Aufschluß des Minerals die Möglichkeit seiner wirtschaftlichen Verwendung. Dies erfolgt innerhalb der Aufbereitung. — Es liegt daher nahe, daß die genaue Kenntnis der Zusammensetzung der Mineralien hinsichtlich der technisch-wirtschaftlichen Möglichkeit ihrer Aufbereitung Grundlage für die Lösung der an uns herangetragenen Probleme ist. Ca. 3000 Menschen schaffen in unseren Werken moderne Einrichtungen für die Aufbereitung von Kohle, Erz, Kali, Phosphat und anderen Mineralien. Aber nicht nur dieser Industriezweig bietet dem Jungingenieur bei uns eine entwicklungsfähige Tätigkeit. Der Zementindustrie, der Industrie der Steine und Erden, dem Straßenbau und der Chemischen Industrie bieten wir eine gleich große Palette an Maschinen und Aggregaten zur Herstellung ihrer Produkte an.

WEDAG
WESTFALIA DINNENDAHL GRÖPPEL AG · 463 BOCHUM

Postfach 2730 · Telefon 5091 · Telex 825807 a wedg d

820

Leitartikel

Beschäftigt man sich mit der deutschen Studentenpresse, so findet man so viel Polemik, daß sich der Eindruck aufdrängt, außer Polemik könne diese Presse nichts bieten. Alternativen finden sich nur spärlich. Darin liegt eines der Probleme der Studentenpresse, deren Problematik zu lösen schon von vielen vergeblich versucht wurde. Auch der ruhr-student hat keine Lösung, sondern nur den Versuch einer Erklärung und den Willen, es besser zu machen.

Das Problem liegt beim Studenten selbst. Seine gesellschaftliche Stellung gibt ihm weder Macht noch Einfluß, er ist fast ausschließlich Objekt von Entscheidungen, auf die er keinen Einfluß hat. Seine Vorstellungen sind nur schwer zu vereinheitlichen, und noch schwerer den zuständigen Stellen zu Gehör zu bringen. So wendet sich die Studentenpresse wieder nur an den Studenten selbst und versucht, mit marktschreierischen Thesen radikale Meinung zu machen. Es ist ein Fehler, den Studenten mit seiner Presse

zu identifizieren, die Worte eines Münchener Kommilitonen mögen das erläutern, der auf Befragung antwortete: „Man will doch wissen, worüber die sich heute wieder aufregen!“

Nun ist durch Zeitungen, bei denen die Fluktuation der Redakteure größer ist als die der Leser, gezielte Meinungspflege ohnehin sehr schwierig, aber mit der Schärfe der Formulierung wird noch kein neues Argument geboren. Außerdem darf bezweifelt werden, ob Studentenredakteure überhaupt Meinungspflege als ihr Anliegen betrachten. Ressentiments und Opportunismus blühen in solchem Maße, daß das eigenartige Bild entsteht, Studentenredakteure äußerten sich überhaupt nur zu Allerweltsthemen. Ihr Themenkreis liegt weit außerhalb der Universität und sie beschäftigen sich mit Problemen des Alltags weit lieber als mit studentischen Belangen.

Die Jungjournalisten kommentieren große Politik und genießen sichtlich die Möglichkeit, sich ungehemmter ausdrücken zu können als die Tagespresse. Große Diskussionen über Freiheit und Bildung bringen unrealistische Betrachtungen und phantastische Forderungen, verwässern so gute Absichten und behindern die Entwicklung sachlicher Vorstellungen in der Studentenschaft. Die Probleme des kleinen Studenten, der in das Räderwerk von Forschung, Lehre und Verwaltung geraten ist, sind den Studentenredakteuren offenbar zur eingehenderen Betrachtung ungeeignet.

Vielleicht allerdings besteht doch die Möglichkeit, statt der Polemik mehr zu bieten, als der erste Eindruck vermittelt. Der ruhr-student hat sich in seiner bisherigen Arbeit um dieses „mehr“ sehr bemüht und wird es auch weiterhin tun. Zur Meinungsbildung gehört mehr als die Vermittlung nur einer Ansicht. Deswegen soll auch in der Frage der Studienreform mehr getan werden als nur gefordert. Der ruhr-student kann sich nicht stark machen für nur ein Programm, das wäre beim derzeitigen Stadium verfrüht und unklug.

Der VDS hat seine Vorschläge unterbreitet, und die Forderung nach einem fruchtbaren Gespräch gebietet ebenso wie die Fairneß, die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und die Stellungnahme der Westdeutschen Rektorenkonferenz zur Diskussion zu stellen.

Nur in dieser Diskussion, die sich auf sachliche Informationen stützen muß, liegt die Chance, aus der Studienreform mehr zu machen als nur ein vorübergehendes Entlastungsprogramm. Hier allein bietet sich die Gelegenheit, wirklich zu reformieren.

Sinnlose Polemik, hohle Phrasen und Effekthascherei schaden der Sache und der Glaubwürdigkeit der studentischen Meinung. Der ruhr-student will nicht amüsieren, er will informieren, informieren auf der Basis sachlicher Diskussion. Deswegen sind wir nicht frei von Subjektivität, aber wir nehmen für uns in Anspruch das Bemühen um Objektivität, und nur dieses führt zu einer Aussage, die Anspruch erheben darf auf die Aufmerksamkeit der Leser.

Der studentischen Selbstverwaltung ist auch heute mehr aufgegeben als Mensenaufsicht, Reisedienste und Servicebereich. Sie kann und muß dem Anliegen der Studenten gehörigen Einfluß verschaffen. Dazu aber gehört mehr als Polemik. Was wir brauchen, ist Verständnis und Vertrauen, bei unseren studentischen Lesern wie bei denen, die über uns entscheiden. Das aber setzt voraus, daß wir mehr bieten als nur abstruse Ideen und die Überheblichkeit des Besserwissers. Wir bieten konkrete Vorschläge und sachliche Diskussion. Wir sind sicher, daß wir dann gehört werden.



Vorsitzender des Landesverbandes
Nordrhein-Westfalen



WÜLFING-ARZNEIMITTEL

**BEWÄHRT IN KLINIK
UND PRAXIS**

5 Quo vadis, academice?

Zur Information über die Möglichkeiten akademischer Berufswege untersucht der rührstudent die Einstellungsbedingungen und die Aufstiegsmöglichkeiten in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Als Einführung zum ersten Teil dieser Serie beschrieb uns Herr Prof. Dr. Karl Winnacker, Präsident des Verbandes der chemischen Industrie, die Aussichten für den akademischen Nachwuchs im Wirtschaftszweig

Junge Akademiker in der chemischen Industrie

Zahlreiche Untersuchungen und kritische Betrachtungen der letzten Zeit haben immer wieder gezeigt, daß wir uns über die Wege und Ziele unserer Jugend, über die Formen und die Funktionsfähigkeit unseres Bildungssystems, über alle mit unserem akademischen Nachwuchs zusammenhängenden Fragen ernste Gedanken machen müssen. Wer sind die Menschen, denen wir unser Werk übergeben werden? Wie sind sie für die Verantwortung gerüstet, die sie erwartet? Haben sie die Zeit, bevor sie schließlich zu uns kommen, richtig nützen können?

Wenn sich auch unsere Hochschulen und Universitäten durch ihre Freiheit der Lehre und des Lernens, durch ihr Recht zur ungebundenen Entfaltung der Persönlichkeit wesentlich von allen übrigen Berufsausbildungen unterscheiden, so sollte doch auch für unsere jungen Akademiker das Studium nicht nur als Selbstzweck gelten, sondern als Vorbereitung für die Übernahme einer verantwortlichen und letzten Endes geistig führenden Aufgabe in Wissenschaft, Wirtschaft und Staatsdienst. Vielleicht ist es deshalb nützlich, hier etwas über diese Aufgabe, über die Erwartungen und Möglichkeiten zu sagen, die sich dem jungen Akademiker speziell in der Wirtschaft bieten. Denn hier sind vielleicht die Unterschiede zu dem, was er an den Hochschulen kennenlernt, am größten. Wenn ich dies speziell für einen bestimmten Teil der Wirtschaft, für die chemische Industrie tue, so mag dies doch auch für andere Industriezweige als Beispiel dienen.

Sehen wir uns zunächst den für den jungen Akademiker entscheidenden Schritt von der Universität in die Industrie, von der Theorie in die Praxis an, dann wird klar, daß sich hier die Zielsetzungen grundlegend ändern. Es gilt nicht mehr die Wissenschaft, die Erkenntnis allein, das wesentliche Ziel wird die wirtschaftliche Anwendung, die praktische Nützlichkeit der Idee oder, um es in einem Bild auszudrücken, es genügt nicht mehr, nur Blüten zu züchten, es müssen auch in oft noch mühsamerer Arbeit aus den Blüten die Früchte zur Reife gebracht werden.

Ist es in der Forschung schon heute dem einzelnen kaum noch möglich, auf sich allein gestellt Entscheidendes zu leisten, so ist in der sich immer mehr spezialisierenden Wirtschaft, bei der sich gerade in der chemischen Industrie immer weiter verschärfenden Konkurrenz, der Erfolg erst recht nur in Zusammenarbeit vieler Disziplinen möglich. Längst ist in unseren Unternehmen der Chemiker nicht mehr der allein ausschlaggebende Naturwissenschaftler. Waren zum Beispiel

vor dem ersten Weltkrieg noch fast alle Akademiker der Farbwerke Hoechst Chemiker und vor dem zweiten Weltkrieg noch rund drei Viertel, so gehören heute fast die Hälfte unserer Naturwissenschaftler anderen Fakultäten an, darunter vor allem Diplom-Ingenieure, daneben Ärzte und Apotheker, Physiker und Mathematiker, Diplom-Landwirte und Biologen, um nur die wesentlichen Disziplinen zu nennen. Die ständig wachsende Größe und die zunehmende Verflechtung der einzelnen Unternehmen, die sich immer weiter ausdehnenden Handels- und Geschäftsbeziehungen, der immer spürbarer werdende Zwang zur rationellen Betriebsgestaltung und Betriebsorganisation haben auch anderen Fakultäten immer größere Aufgaben zu wachsen lassen. So ist bis heute nicht nur die Zahl der Juristen, sondern auch die der Diplom-Volkswirte und Diplom-Kaufleute ständig gestiegen. Diese Berufe finden vor allem in Stabs- und Verwaltungsabteilungen lohnende Aufgaben.

Schon die große Zahl der Fakultäten ist kennzeichnend für die Mannigfaltigkeit der Tätigkeiten, die die jungen Akademiker in der chemischen Industrie erwartet. Ebenso vielerlei Möglichkeiten bieten sich dem einzelnen in seinem Berufszweig. Es ist klar, daß sich seine Aufgaben dabei schließlich weit von dem entfernen können, was er ursprünglich auf der Hochschule gelernt hat. Nicht nur gründliches Wissen, sondern auch produktive Phantasie, die Fähigkeit, diese Phantasie der Sache unterzuordnen, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und das Streben, sich ständig weiterzubilden, werden für seinen Erfolg entscheidend.

Selbstverständlich wird zunächst — soweit irgend möglich — dafür gesorgt, daß der jung zu uns kommende Kollege in einer ihm vertrauten Umgebung sich der neuen Denkweise und Zielsetzung anpassen kann. Am Beispiel des Chemikers soll hier kurz der Weg aufgezeigt werden, der sich ihm bietet. Die ersten ein bis zwei Jahre wird er vorwiegend in Forschungslaboratorien tätig sein und erst dann, wenn er „seine Fabrik“ bereits etwas näher kennt, wird ihm Gelegenheit gegeben, Arbeitsbereiche außerhalb der reinen Wissenschaft kennenzulernen. Im allgemeinen wird erst nach weiteren zwei bis drei Jahren die endgültige Entscheidung über die zukünftige Laufbahn des einzelnen fallen.

Wissenschaftliche Verkaufsberatung und Anwendungstechnik sind etwa solche Arbeitsbereiche, die sich in ihren Zielsetzungen von der Forschung natürlich erheblich unterscheiden. Kontaktfreude und die Fähigkeit, das Vertrauen fremder Menschen zu gewinnen,

Chemie

technisches Verständnis und Improvisationstalent sind Eigenschaften, die einen guten Anwendungstechniker ausmachen.

Andere wiederum finden in den Produktionsbetrieben lohnende und sie beruflich befriedigende Aufgaben. Die Freude an der Lösung technischer Probleme, das Gefühl für Material und Werkstoffe sind hier ebenso wichtig wie fundiertes Wissen und Können. Zur Leitung eines solchen Betriebes gehören aber Organisationstalent und wirtschaftliches Denkvermögen ebenso wie die Fähigkeit, Mitarbeiter anzuleiten und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Die ständig wachsenden Auslandsbeziehungen bieten auch unseren Naturwissenschaftlern in immer größerem Umfang Chancen und Möglichkeiten in fremden Ländern. Neben den für die wissenschaftliche Verkaufsberatung und für die Produktion notwendigen Fähigkeiten sind hier Sprachbegabungen und Verständnis für fremde Mentalitäten besonders nützlich. Der Lohn für die Bereitschaft, unter fremden Verhältnissen zu leben, ist eine wesentlich selbständigere Stellung und eine vielseitigere und umfassendere Aufgabe, als sie den einzelnen in den Stammwerken des Unternehmens geboten werden kann.

Schließlich kann natürlich jeder im Bereich der Forschung bleiben oder dorthin zurückkehren. Gerade im Bereich der chemischen Industrie werden ihm hier hervorragende Möglichkeiten und Mittel geboten. Gibt es doch kaum einen Industriezweig, der einen so hohen Forschungsaufwand treibt und auch in Zukunft treiben muß. Von den insgesamt rund 2,5 Milliarden, die von der gesamten Industrie der Bundesrepublik 1963 für Forschungszwecke ausgegeben wurden, sind über 800 Millionen, also gut ein Drittel, allein von der chemischen Industrie aufgebracht worden. Dabei ist diese Industrie an der gesamten industriellen Erzeugung mit weniger als 10% beteiligt. Auch im Vergleich zu den Forschungsausgaben der Bundesrepublik insgesamt, also einschließlich der öffentlichen Hand, die 1963 mit rund 6,6 Milliarden angegeben wurden, ist der Beitrag der chemischen Industrie mit 12% außerordentlich hoch.

Was hier am Beispiel des Chemikers gezeigt wurde, gilt analog auch für alle übrigen Fakultäten. Auch hier sind die Möglichkeiten und Aufgabengebiete vielfältig und zahlreich und in keinem Fall auf das an den Hochschulen erarbeitete Wissen beschränkt.

Wurde aus dem bisher Gesagten schon klar, daß für die vielfältigen, in der chemischen Industrie gebotenen Chancen oft ganz andere Begabungen notwendig sind, wie sie den Wissenschaftler an der Universität auszeich-

nen, so gilt dies ganz besonders für leitende Aufgaben in Verwaltungs- und Führungspositionen, die selbstverständlich jedem unserer Mitarbeiter offenstehen. Hier gelten Fachkenntnisse und -wissen zwar als grundlegende Voraussetzungen, hinzu kommen müssen aber Charaktereigenschaften und Persönlichkeitswerte, die zu echten Führungsaufgaben befähigen. Der junge Akademiker sollte sein Studium also nicht nur als spezialisierte Schulung auf einem begrenzten Fachgebiet ansehen, sondern ebenso auch als Vorbereitung für die ihn erwartende Verantwortung in Staat und Wirtschaft begreifen und sich den Blick für die großen Zusammenhänge und die geistigen Grundlagen unserer Industriegesellschaft bewahren.



Deutschlands Unternehmer sind unzufrieden mit dem akademischen Nachwuchs, die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis macht lange Anlaufzeiten für die jungen Akademiker erforderlich — nach Ansicht der Industrie. Um dem Studenten eine Information über die Anforderungen und Erwartungen zu geben, untersucht der ruhr-student in einer Serie die Möglichkeiten akademischer Berufswege. Hier der erste Teil, der sich mit dem Berufszweig Chemie befaßt.

Verschwiegene Firmen. Wir beschäftigten uns mit den Einstellungsbedingungen in der chemischen Industrie und kamen zu einer merkwürdigen Feststellung: Die Industrie braucht den Nachwuchs, sagt aber nicht, was sie zahlt. Wir dachten zwar nicht an die Veröffentlichung einer „Hitparade“ und wollten nur Durchschnittszahlen erfahren. Trotzdem blieb uns der Blick in die Kasse in den meisten Fällen verwehrt. Nur der dritte Teil der von uns befragten Firmen nannte das Anfangsgehalt für junge Akademiker.

Die chemische Industrie ist, gemessen am Umsatz, nach der Ernährungsindustrie und dem Maschinenbau der drittgrößte Industriezweig Deutschlands. Der Umsatz stieg in den letzten zwölf Jahren auf das Dreifache, ihr Anteil an der gesamten Industrieproduktion Westdeutschlands beträgt 11,3%, am deutschen Export 13,2%. Aber die Expansion vollzieht sich demnächst erheblich langsamer, was jetzt kommt, ist harter Konkurrenzkampf, auch auf dem Arbeitsmarkt. Der Kampf der Giganten wird zum Kampf der Laboranten, um durch Produktneuentwicklungen bzw. Produktverbesserungen Marktanteile zu erobern bzw. zu halten. Der Bedarf an Akademikern steigt ständig weiter, der Blick über die Grenzen macht es noch deutlicher: Waren bei der Imperial Chemical Industries 1932 noch 30 Studierende auf 1000 Mitarbeiter, so erhöhte sich die Zahl bis 1965 auf 70 Studierende und 1980 werden es 150 sein.

Dazu Prof. Kurt Hansen: „Diese Zahlen der ICI kann ich freilich für die Farbenfabriken Bayer nicht bestätigen. Seit 1900 ist bei uns die Relation zwischen akademischen Mitarbeitern und Gesamtbelegschaft praktisch konstant geblieben, ca. 40 Akademiker auf 1000 Mann.“

Exakt beträgt der Anteil der Akademiker an der Gesamtbeschäftigtenzahl nach einer statistischen Erhebung des Arbeitsringes der Arbeitgeberverbände der deutschen chemischen Industrie nur 3,1%.



Schlüsselt man die Zahl der Akademiker (= 100%) weiter auf, ergeben sich folgende Relationen:

Chemiker	44,8%
Diplom-Ingenieure	15,4%
Sonstige Angestellte mit abgeschl. naturwissenschaftlicher oder technischer Hochschulbildung	26,1%
Volks- und Betriebswirte	10,4%
Juristen	2,3%
Sonstige Angest. mit abgeschlossener geisteswissenschaftl. Hochschulbildung	1,1%

Bei Unternehmen, die sich hauptsächlich mit dem Vertrieb beschäftigen und die Forschung der (ausländischen) Mutter überlassen, sehen die Zahlen freilich etwas anders aus. Hier gibt es Relationen von 70% Volks- und Betriebswirten gegenüber 30% Naturwissenschaftlern. In der regionalen Verteilung führt Nordrhein-Westfalen mit 31,6% der Chemiker und 35,8% der Dipl.-Ing. vor Hessen mit 23,2% (17,9%) und Rheinland-Pfalz mit 18,7% (21,5%).

Nimmt man für die nächsten 15 Jahre einen Maßstab von 6% jährlicher Umsatzsteigerung, so rechnet Prof. Hansen, wird ein Anstieg der Zahl der Chemiker, Physiker usw. um 2,5% pro Jahr im Notfall gerade noch ausreichen, den Bedarf der chemischen Industrie zu decken. Indes ist die Zahl der Chemiestudenten stark rückläufig. Zählte man 1957 noch 645 Promotionen, so waren es 1964 nur noch 538,

was sich zum Teil aus den geburtenschwachen Jahrgängen erklären läßt. Für die nächsten Jahre rechnet man, daß 1970 bereits 150 und 1975 mehr als 200 Chemiker pro Jahr fehlen werden.

In die Industrie gehen nur 60% der Chemiker, der Rest geht in den Staatsdienst, bleibt an der Hochschule oder — zieht ins lukrativere Ausland, vornehmlich in die Vereinigten Staaten. Daß der Fehlbestand an wissenschaftlichem Nachwuchs sich hemmend auf die Gesamtentwicklung im akademischen und industriellen Bereich auswirkt, wird in den Kreisen der chemischen Industrie mit großer Sorge beobachtet. Das wird noch stark unterstrichen, wenn man bedenkt, daß z. B. die heutige Produktion der Farbenfabriken Bayer zu 50% auf Produkten beruht, die vor 15 Jahren noch gar nicht existierten, eine Zahl, die auch für die übrigen Firmen als durchaus repräsentativ gelten kann.

Für die Industrie so begehrenswert wird der Chemiker besonders dadurch, daß er unmittelbar nach seinem Examen bereits „voll berufsfähig“ ist, seine Stellung im Labor also sofort einnehmen kann.

Anders sieht es aus für die Akademiker aus dem kaufmännischen Sektor. Zu ihren Fähigkeiten hat man anfangs noch wenig Vertrauen. Um sie für die besonderen Belange ihres Aufgabengebietes heranzuziehen, werden sie bis

zu zwei Jahren (Angaben schwanken) im Unternehmen an verschiedenen Arbeitsplätzen ausgebildet, damit sie einmal einen Überblick gewinnen, zum anderen mit den Aufgaben der einzelnen Abteilungen voll vertraut werden. Da solche Fortbildungsprogramme aber nicht einheitlich sind, muß auch ihr Wert sehr unterschiedlich beurteilt werden. Gab es sehr gute Ausbildungsprogramme, so schien man anderswo nach der Trainingszeit die Geburt des Phoenix aus der Asche zu erwarten. Für die Naturwissenschaftler veranstaltet der Arbeitsring der Arbeitgeberverbände Seminare, an denen sie nach zweijähriger praktischer Tätigkeit teilnehmen können. Darüber hinaus werden sie stellenweise zu Schulungskursen, z. B. bei anderen Gruppengesellschaften, geschickt. Training on the job bzw. job-rotation können heute, zumindest bei den großen Gesellschaften, als fester Bestandteil der Ausbildung betrachtet werden.

Bei der Einstellung verlassen sich die meisten Unternehmer auf ihre Menschenkenntnis. Das persönliche Gespräch ist entscheidend neben den Prüfungsergebnissen und Zeugnissen.

Amerikaner verlassen sich dagegen seltener auf die Intuition: Sie testen den Bewerber noch schriftlich, um einen genaueren Eindruck zu gewinnen. Sehr beliebt ist dabei auch das Gespräch auf vier Ebenen: vier Manager aus verschiedenen Bereichen unterhalten sich im Prüfungsgespräch mit dem jungen Akademiker und geben nachher ihr Urteil ab. Daß alle vier sich irren, ist dabei selten. Ziel der schriftlichen Tests: man will die Fähigkeit des Prüflings zu logischem Denken feststellen. Bei deutschen Unternehmen wird allerdings vorerst noch nicht getestet. Dafür erwartet stellenweise der Psychologe den Bewerber, so z. B. bei der Glanzstoff AG, um in seiner Seele zu forschen, wie's mit der Eignung steht.

Die Liebe geht übers Gehaltskonto. Hat der Jungakademiker diese Klippen umschiff, kommt das Gespräch ums harte Geld. Der ruhr-student wollte wissen, wieviel die neue Arbeitskraft den Unternehmern wert sei, um ein Durchschnittsanfangsgehalt zu ermitteln. Aber das Gehaltsgeheimnis wird von den Firmen ängstlicher gehütet als von späten Mädchen das Geheimnis ihrer Zahnprothese. Was verdient wird, ist tabu. Antworteten die Chemischen Werke Hüls: „Veröffentlichungen einer großen Tageszeitung über die Höhe von Akademikergehältern... haben in Akademikerkreisen der chemischen Industrie zu einer erheblichen Unruhe geführt.“ Um die so Geschockten vor Schlimmerem zu bewahren, verzichtete man auf die Angabe des Gehalts.



Auch anderswo erfreuen sich konkrete Zahlen keiner Beliebtheit. Colgate-Palmolive: „Unsere Gehaltspolitik richtete sich nach diesem Grundsatz: Sehr gute Leistungen — sehr gute Bezüge.“ Womit jeder bestens im Bilde sein dürfte. Ebenso rühmen sich die Farbenfabriken Bayer: „... und die Mitarbeiter wissen, daß sie beim ‚Bayer‘ nicht nur angemessene Bezahlung ihrer Leistung und einen — soweit übersehbar — sicheren Arbeitsplatz, sondern darüber hinaus auch Verständnis und Hilfe in Notlagen finden können.“

Nur der dritte Teil der von uns befragten Firmen brach das Tabu: sie ermöglichen es uns, hier Durchschnittszahlen zu nennen.

Nach den tariflichen Vereinbarungen gelten für die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zur Zeit folgende Akademikergehaltssätze:

1. Berufsjahr 1150,— DM
2. Berufsjahr 1300,— DM
3. Berufsjahr 1450,— DM
4. Berufsjahr 1600,— DM
5. Berufsjahr 1750,— DM

Diese Mindestgehälter werden jedoch zum Teil noch erheblich übertroffen, insbesondere von Chemikern. Als Faustregel können etwa 10% genannt werden, abhängig von Alter und Prüfungsergebnis. Auch Gehälter von 1500,—

DM im Anfang sind keine Seltenheit. Dabei ist zu beobachten, daß kleinere Firmen besser zahlen. Allerdings ist dort der Service weniger umfangreich. Volks- und Betriebswirte haben's schlechter, sie kommen selten über 1200,— DM Anfangsgehalt hinaus. Gehaltserhöhungen werden frühestens nach einem halben Jahr gezahlt und schwanken zwischen 50,— und 100,— DM. Dabei versucht man allerdings schon nach dem Leistungsprinzip zu verfahren.

Im öffentlichen Dienst richten sich die Gehalts- und Pensionsbezüge nach den behördlichen Besoldungsordnungen. Bei der Einstufung werden neben Vorbildung, Alter und Dienststellung noch Familienstand und Kinderzahl berücksichtigt.

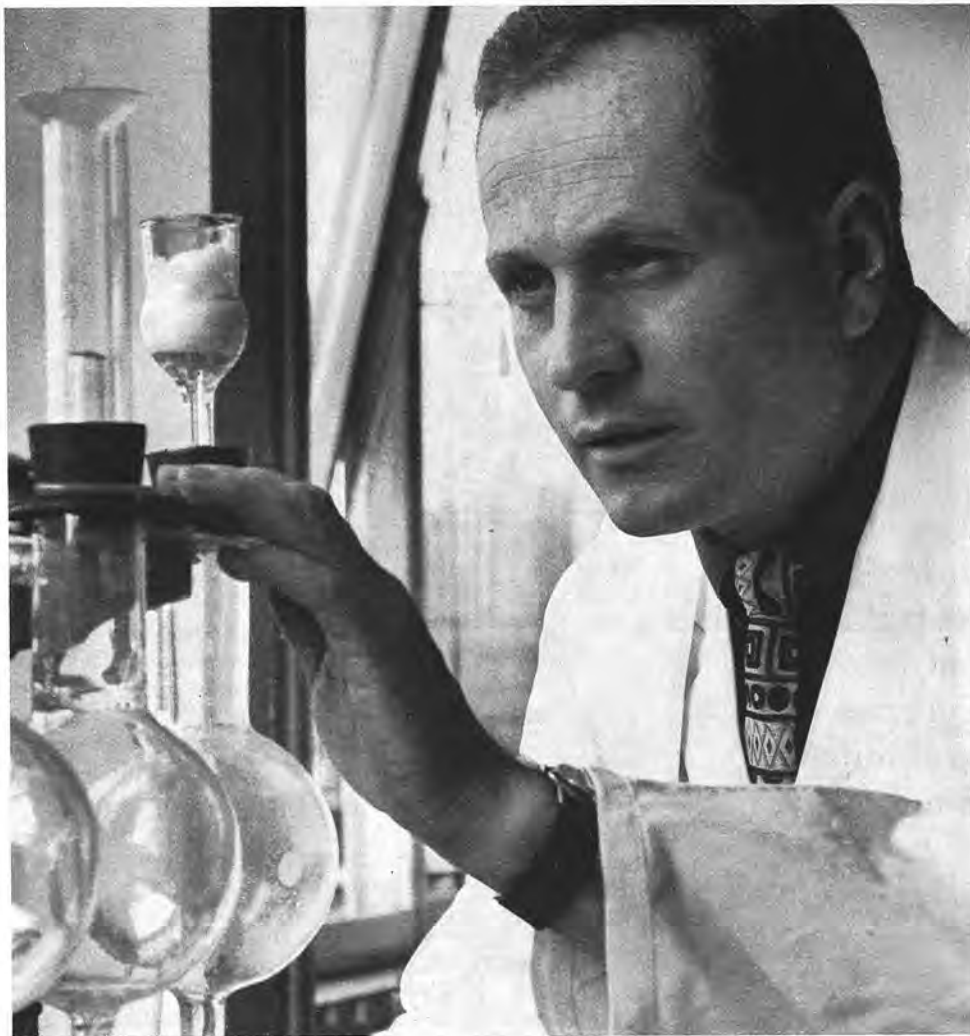
Die Palette der besonderen Leistungen und Vergütungen reicht von der Hilfe bei der Wohnungssuche über Pensionskassen mit Witwen- und Hinterbliebenenversorgung, 13. Gehalt, Leistungsprämien, Werkskantinen, Urlaubsgeld zu Wohn-, Alten-, Kinder- und Ferienheimen sowie Sportanlagen, Badeanstalten und ärztlicher Betreuung.

Abhängig sind die Leistungen in der Mehrzahl von der Größe des Betriebes, jedoch versuchen auch die kleineren Unternehmen gegenüber den großen nicht zu stark abzufallen. Sie zahlen dafür in der Regel mehr.

Natürlich wird sich der einzelne „sein“ Unternehmen immer selbst auswählen, und hier soll auch keine Präferenzskala angeboten werden, Sinn dieser Ausführungen ist vielmehr, einen allgemeinen Überblick zu verschaffen. In dieser Richtung wird der ruhstudent auch fortfahren. Thema der nächsten Untersuchung werden die Berufsmöglichkeiten in der Werbung sein.

Werbeberufe und Journalismus haben eines gemein: den schlechten Ruf. Über die Hintergründe dieses Berufszweiges erfahren Sie mehr in der nächsten Ausgabe.





*Mit der Mitbestimmung hat man in
den großen Werken an Rhein
und Ruhr gute Erfahrungen gemacht.
Ein Chemotechniker
aus einem Stahlwerk erzählt:*

Ein Mann der Wissenschaft – unser Mann.

**Hätten wir die Wissenschaft nicht –
wir alle würden im dunkeln tappen.**

**Man ist auf ihr klärendes und
präzises Urteil angewiesen, ganz
besonders in der Großindustrie.
Hier sind Wissenschaft und Praxis
eng und unauflöslich miteinander
verbunden.**

**Auch in den Spitzengremien!
Bei uns gehört ein Universitäts-
professor zum Aufsichtsrat,
weil wir Arbeitnehmer und unsere
Gewerkschaft es so gewollt haben.**

**Wenn es die Mitbestimmung
nicht gäbe, wären auch in unserem
Aufsichtsrat die Vertreter der
Großbanken und des Managements
unter sich. Der Mann der Wissen-
schaft mit seinem fundierten Urteil
würde fehlen, genau wie die Kollegen
aus den Werkhallen und Büros.**

**Weshalb soll die Mitbestimmung auf
Kohle und Stahl beschränkt bleiben?**

**Alle großen Kapitalgesellschaften
brauchen dieses vernünftige und
moderne Prinzip.**

Anwendung der Netzplantechnik auf Europas größter Baustelle

Eines sei an dieser Stelle noch erwähnt: Bis heute wurde auch geplant, und viele Projekte sind befriedigend vorbereitet und durchgeführt worden. Bereits vorhandene und bewährte Planungsmethoden werden in vielen Fällen weiter genügen oder Bestandteile des integrierten Systems werden. Aber ebenso unleugbar sind die großen Vorteile, die die hier geschilderte Methode mit sich bringt und die den Netzplan insbesondere bei Großprojekten so überlegen machen.

In Bochum stand die Planungsgruppe vor der Aufgabe

- eine Universität für 10 000, maximal 15 000 Studenten zu bauen,
- mit dem Bau 1964 zu beginnen und ihn in etwa 10 Jahren, höchstens in 15 Jahren fertigzustellen,
- die Gesamtkosten in einem Betrag von 150 bis 200 Mio DM pro Jahr zu halten,
- die Universität so zu bauen, daß sie in Teilabschnitten benutzt werden kann.

Ziel der letzten Aufgabe ist es, bereits in den Teilabschnitten die Universität als Provisorium funktionsfähig zu machen, wobei die einzelnen Abschnitte aber später in das gesamte System eingegliedert werden und nicht — wie sonst bei provisorischen Lösungen — Veränderungen unterworfen werden.

Nach den bereits angedeuteten Vorzügen stellt sich unwillkürlich die Frage, weshalb diese Methode dann nicht schon eher entwickelt worden ist. Mögliche Antwort darauf ist, daß jede Grundlagenforschung für ein neues System mit einem enormen Aufwand an Arbeitszeit, Finanzen und Hilfsmitteln (z. B. Elektronenrechnern) verbunden ist. Solche Voraussetzungen sind am ehesten erfüllt bei einem großen und langfristigen Planungsprojekt. Am Anfang der Netzplantechnik vor etwa 10 Jahren stehen daher die amerikanische Luftwaffe und Marine mit dem System PERT (Program Evaluation and Review Technique — Bewertung und Überwachung von Projektprogrammen) einerseits und der Chemiekonzern du Pont de Nemours & Co. mit dem Verfahren CPM (Critical Path Method — Verfahren des kritischen Weges) andererseits. Mit Hilfe von PERT war es möglich, daß die Polaris-Flotte zwei Jahre eher schwamm, als die konventionellen Planer vorhergesagt hatten.

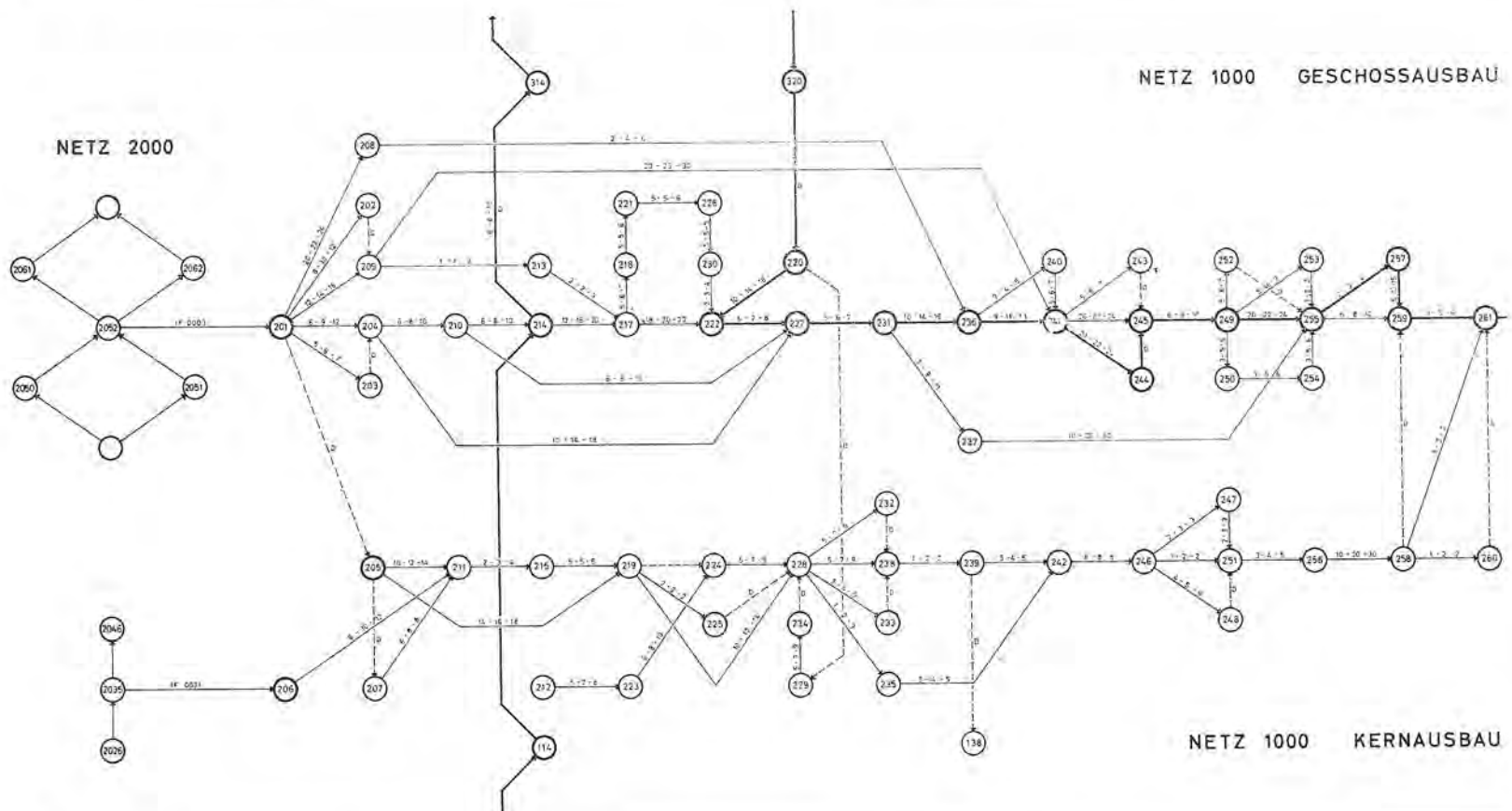
Die Erfolge dieser neuen Planungsmethode sind verblüffend: bei manchen Projekten bis zu einem Drittel Zeitersparnis. Resümierte das

Wirtschaftsmagazin CAPITAL: „Mit dem Netzplan planen, heißt: schneller fertig werden mit der Arbeit.“

Die Anwendungsmöglichkeiten sind vielseitig und nicht an ein bestimmtes Projekt gebunden: man kann damit bauen, Schokolade fabrizieren und wie Knorr Spinatprogramme entwerfen. Eine andere Möglichkeit fand der Engländer Albert Battersby in seinem Buch „Network Analysis for Planning and Scheduling“, wo er Vorbereitung, Überfall und Sicherung des englischen Postraubes so organisierte, daß man die Gentlemen nicht mehr zur Kasse hätte bitten können. Schließlich zeigte die Zeitschrift „twin“ ihren männlichen Lesern in der Januar-Ausgabe, wie ihnen ihre Angebetete nach 64 Stunden ins Netz(-werk) geht. In Bochum studierte man die Systeme und entschloß sich, dem Netzplan gegenüber dem Balkendiagramm den Vorzug zu geben. Diese Art der Bauvorbereitung findet heute zwar allgemeine Anerkennung, bringt aber erhebliche Nachteile mit sich. So erlaubt das Balkendiagramm es beispielsweise nicht, eine Unterscheidung zu treffen zwischen terminbestimmenden Arbeiten und solchen, die ohne Einfluß auf den Endtermin sind und ohne Schwierigkeiten zurückgestellt werden können. Bereits geringfügige Änderungen zwingen den Planer, ein neues Balkendiagramm aufzustellen. Der Netzplan stellt demgegenüber ein Ablaufdiagramm dar, das alle erforderlichen Einzelvorgänge, die zur Projektvollendung führen, in ihrer logischen bzw. technologischen Folge festhält und in ihrer zeitlichen Beziehung zueinander im Rahmen des Gesamtprojekts darstellt. Aufgebaut wird der Netzplan von zwei Netzwerkelementen:

- Ereignissen, die im Terminplan den Abschluß einer Tätigkeit und den Beginn einer neuen Tätigkeit kennzeichnen. Ereignisse haben keine zeitliche Ausdehnung und werden mit der Zeitspanne Null versehen.
- Tätigkeiten, die sich als die Verbindung zweier Ereignisse ergeben und zeitbeanspruchende Netzwerkelemente sind. Dargestellt werden Tätigkeiten durch gerichtete Strecken, und jede im Netzplan dargestellte Strecke bedeutet einen zur Erreichung des Endziels notwendigen Vorgang. Grundsätzlich bedürfen Aktivitäten einer Zeitspanne größer Null. Zur Darstellung bestimmter Nebenbedingungen bedient man sich allerdings sogenannter Scheintätigkeiten, die mit der Dauer von Null Zeiteinheiten versehen werden. Die graphische Darstellung ist eine gestrichelte Strecke.

Im Anfang war der Plan. Als Ministerialdirigent Dipl.-Ing. F. Hallauer, vom Land Nordrhein-Westfalen eingesetzter Sonderbevollmächtigter für den Bau der Ruhr-Universität, in Bochum die Anweisung gab, die Netzplantechnik anzuwenden, war noch nicht zu übersehen, welche organisatorischen Folgerungen sich daraus für das gesamte Projekt ergeben würden. Ursprünglich nur für die Planung einzelner Projektabschnitte gedacht erhielt die Netzplantechnik erst im Laufe der Zeit ihre umfassende Bedeutung. Heute ist sie Grundlage eines das gesamte Bauvorhaben umfassenden Generalplans, der eine ganzheitliche Betrachtungsweise des vollständigen Planungsablaufs erlaubt. Vorzug der Netzplantechnik: Alle Zielsetzungen, die planmäßig erfaßt werden, sind mit dieser Methode zu erreichen. Zwar besteht auch weiterhin die Problematik der Vorwegnahme künftiger Ereignisse, aber auch über das Risiko der Prognose gibt der Netzplan Auskunft.



1. Netzplanmodell

In Bild 1 ist eine vereinfachte Darstellung aus einem in Bochum angefertigten Netzplan wiedergegeben. Hierbei zeigen die Pfeile diejenigen Teilarbeiten, die einen wesentlichen Einfluß auf den Bauablauf haben. Die nummerierten Kreise dienen zur Darstellung der Ereignisse.

So kann man z. B. die „Montagearbeiten der Aluminiumfassade“ (217—222) erst nach „Fertigstellung der horizontalen Heizleitungen“ (214—217) und der „Giebelpfosten für die Fassade“ (213—217) vornehmen. Ein Beispiel für eine Scheintätigkeit ist die Verbindung der Tätigkeiten „Aufstellen der Fassadenpfosten“ (201—204) und „Verlegen der Schaumglasplatten“ (201—203), die beide zur gleichen Zeit ausgeführt werden. Die Scheintätigkeit wird zudem noch notwendig, weil eine elektronische Datenverarbeitungsanlage niemals zwei Tätigkeiten auf derselben Linie berechnen kann.

Das mit der Bauleitung für das gesamte Bauvorhaben beauftragte Düsseldorfer Ingenieurbüro Rüping entwickelte einen Plan mit vier Ebenen: Gesamtkomplex, Bauwerksgruppen, einzelne Gebäude, Inneneinrichtung.

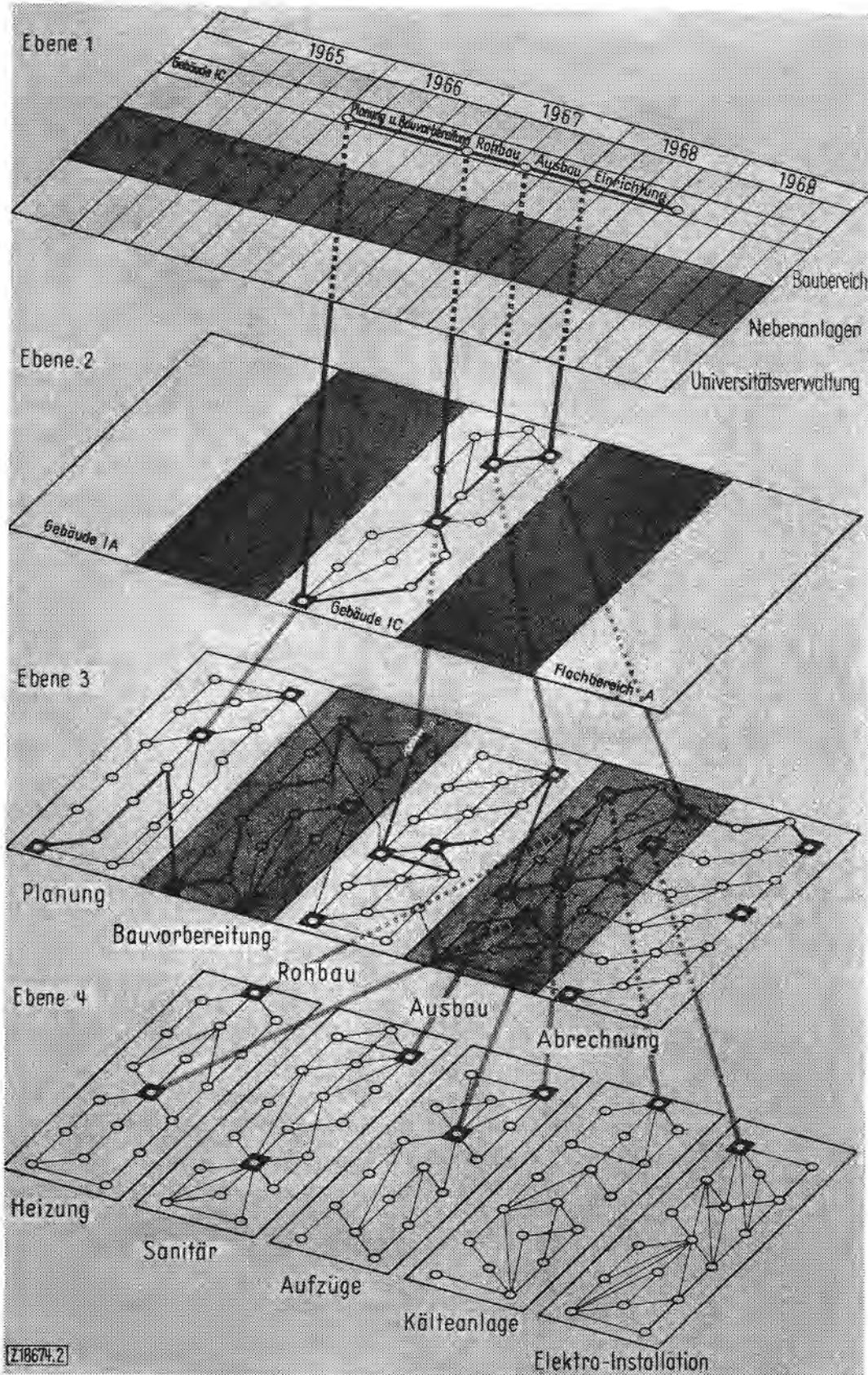
Das ganze wird zusammengefaßt im Generalplan. In der obersten Ebene des Generalplans sind zwar alle Bauten aufgeführt — aber nur mit ihren wichtigsten Daten. Nach unten hin wird die Information sinnvoll gefiltert: jeder erhält entsprechend seiner Stellung in der Verantwortungspyramide die erforderlichen Planungsunterlagen. Auf den unteren Ebenen werden die Netzpläne immer weiter aufgegliedert und vergrößert, die Zahl der Aktivitäten vermehrt sich. Diese detaillierten Netzpläne werden allerdings nur den Verantwortlichen dieser Bereiche ausgehändigt. An dieses Netz angeschlossen wurden übrigens auch die Zulieferer für den Universitätsbau. Aufgebaut wurde der gesamte Plan in fünf Stadien:

1. **Strukturanalyse:** Ermitteln der einzelnen Tätigkeiten, Feststellen der Abfolgelogik.
2. **Zeitanalyse:** Dauer der einzelnen Tätigkeiten.
3. **Berechnungsphase:** Simulations- und Wiederholungsläufe zur Ermittlung des kritischen Weges und der Schlupfzeiten, Kosten, Numerierung.

4. **Zeitkontrolle:** Überwachung des einmal begonnenen Projekts in seinem zeitlichen Ablauf.

5. **Kostenkontrolle:** Überwachung der Ausgaben und Kosten jeder Tätigkeit.

Die **Strukturanalyse** wird zwar auch teilweise beim traditionellen Balkendiagramm durchgeführt, aber nicht in so exakter Form. Außerdem fragt der Netzplan in einem so frühen Stadium nicht nach einer zeitlichen Fixierung der einzelnen Tätigkeiten als vielmehr nach deren logischer Abfolge. Dies hat den Vorzug, daß das Projekt durchdachter wird und weniger anfällig gegen Überraschungen. Die Erstellung des Netzplans zwingt den Planer in diesem Stadium, laufend während seiner Arbeit Überlegungen anzustellen, wie er seine bisherigen Ergebnisse verbessern und verfeinern kann. Darin liegt ein großer Vorteil, weil viele Anregungen und Erinnerungen unter Berücksichtigung tatsächlicher Bedingungen den Netzplan zu einer wirklichen Planungsunterlage machen. Verschiedene Autoren stellen sogar die Behauptung auf, daß fast 80% aller Vorteile bereits in der Erstellung des Netzplanes liegen.



Z18674.2

2. Schema des Netzplansystems des Generalplans der Universität Bochum

Im zweiten Stadium der Arbeit wird die sogenannte Zeitanalyse durchgeführt, die den Zeitfaktor in den Netzplan einführt. Dies erweist sich als ebenso interessantes wie schwieriges Problem. Am einfachsten ist die Zuordnung eines Zeitwertes zu einer Aktivität, aber dies ist in einem so frühen Stadium oft nicht immer möglich. So werden manchmal, wie zum Beispiel beim System PERT, drei Zeitschätzungen vorgeschlagen: optimistische, wahrscheinliche und pessimistische Zeit. In Bochum hat sich mit der Zeit der Gebrauch nur eines Zeitwertes durchgesetzt, da durch die wachsende Erfahrung die Schätzungen immer exakter und wirklichkeitsnäher wurden.

Nachdem die Strukturanalyse durchgeführt und die Eintragung sämtlicher Dauern für die einzelnen Tätigkeiten erfolgt ist, wird das Netz durchgerechnet. Das vollzieht sich in der Weise, daß jeder einzelne Weg durch das Netz aufaddiert wird und der längste Weg ausgesucht wird. Dies ist dann gleichzeitig der „kritische Weg“, auf dem Verzögerungen sich gleich auf die Gesamtdauer des Projekts auswirken. Alle anderen Wege haben kürzere Laufzeiten und bergen noch „Schlupfzeiten“ in sich, die eine großzügigere Terminplanung ermöglichen, d. h. Verzögerungen in der Durchführung oder ein späterer Beginn bleiben ohne Einfluß auf die Gesamtdauer. Die Ermittlung dieser Schlupfzeiten erfolgt durch eine Vorwärts- und eine Rückwärtsrechnung. Bei der Vorwärtsrechnung werden alle frühesten Beginn- und Fertigstellungszeitpunkte festgelegt und bei der Rückwärtsrechnung alle spätesten Start- und Endzeiten. Die Differenz beider Rechnungen weist anschließend den Schlupf aus.

Das Bild zeigt schematisch einen Ausschnitt aus dem Baubereich des Generalplans. Nacheinander entstehen aus der Ebene 1 die Teilnetzpläne, die immer mehr Details erfassen und die drei weiteren Ebenen zugeordnet sind. Nach dem Erstellen der Netzpläne der Ebene 4 werden durch eine „Rückrechnung“ alle Netzpläne bis zur Ebene 1 überprüft und — falls erforderlich — korrigiert.



Ein „Auto-Knirps“
gehört dazu.

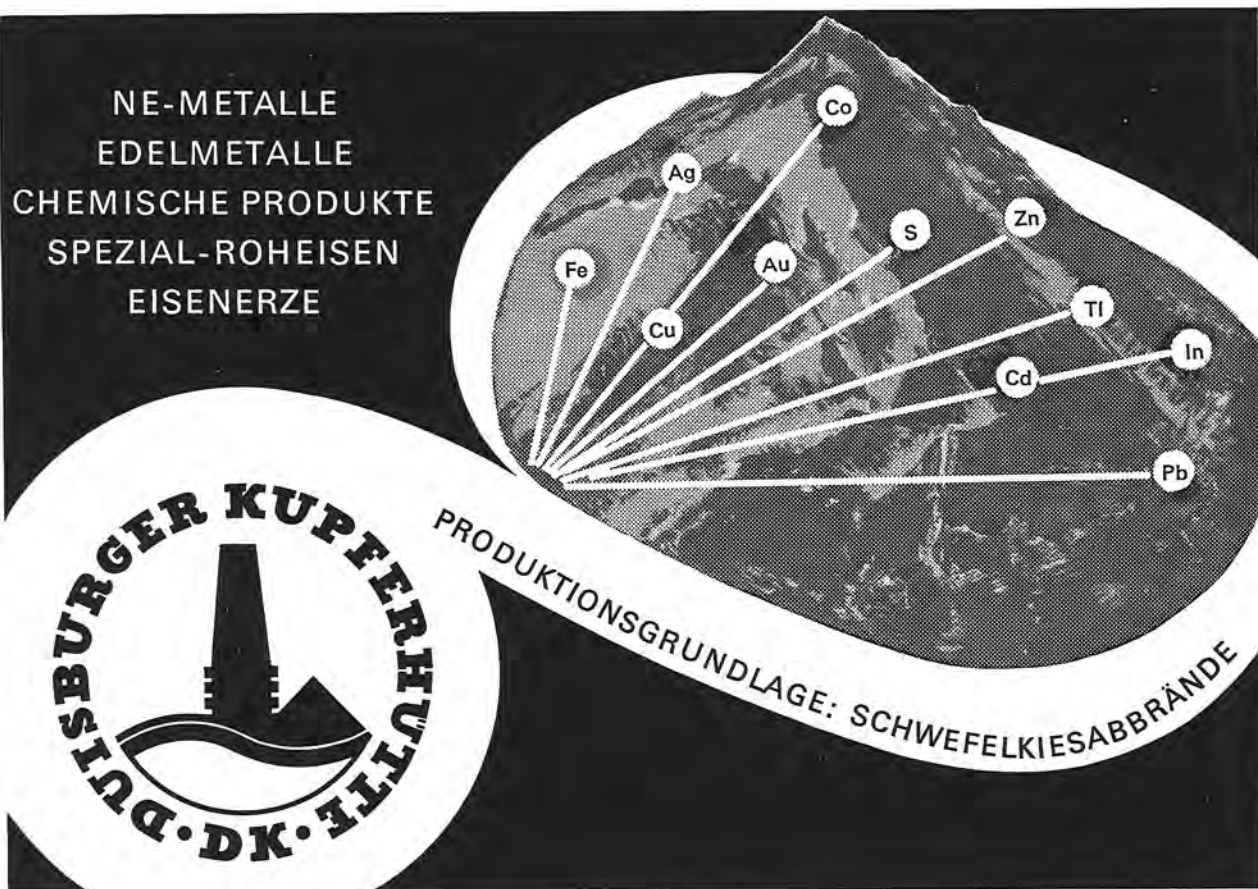


„Knirps“- der meistgekaufte Taschenschirm der Welt.
Nur echt mit dem roten Punkt.

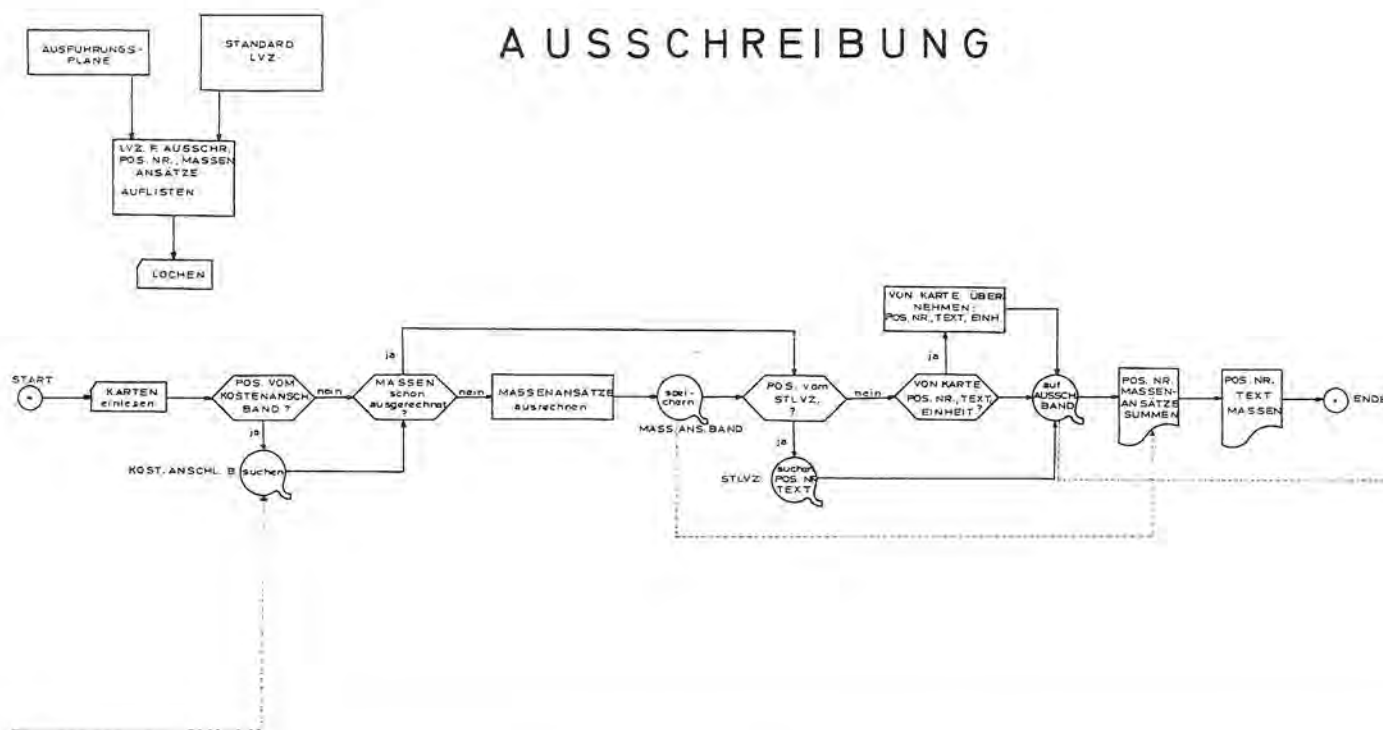


„Eine spritzige Sache, das DORTMUNDER UNION! Würzig,
vollmundig, edel und reif — jeder Schluck ein echter Ge-
nuß! Mit vollem Recht ist das prominente DORTMUNDER
UNION das meistgetrunkene deutsche Bier. Weil gute
Qualität durch nichts zu überbieten ist.“

NE-METALLE
EDELMETALLE
CHEMISCHE PRODUKTE
SPEZIAL-ROHEISEN
EISENERZE



Blockdiagramm Ausschreibung



Diese Rechenvorgänge sind bei kleineren Netzen ohne weiteres von Hand durchführbar. Mit der steigenden Maschenzahl, d. h. bei mehr Aktivitäten steigt auch die Umständlichkeit dieser Verfahrensweise. Hierbei empfiehlt sich der Gebrauch einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage doch mehr. Zu der Kostenbelastung bei der Benutzung der elektronischen Datenverarbeitungsanlage gibt es in Deutschland noch keine konkreten Angaben, so schwanken die Schätzwerte noch zwischen 0,05% bis zu 3% der Gesamtkosten des Projekts. Der in Bochum geschätzte Wert: ca. 0,3%. Allerdings ist diese Zahl leicht irreführend, da der planenden Gruppe die Rechenanlage Bochum am Abend kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Diese unfreiwillige Nacharbeit macht sich aber sehr bezahlt, wenn man bedenkt, daß die Berechnungskosten für eine Stunde auf einer Großrechenanlage bei 3000 DM liegen (in den USA: 550 Dollar).

Nach Abschluß dieser Stadien erfolgt noch die Einbeziehung der **Kostenprobleme** in das System. Mit dem Abstimmen des Netzplans auf den Kostenaufgliederungsplan verbindet sich gleichzeitig noch ein erzieherischer Wert, weil durch das Einbeziehen der gesamten Kosten in die Ablaufplanung sichergestellt wird, daß wirklich alle kostenwesentlichen

Faktoren im Netz berücksichtigt werden. Dies empfiehlt sich zweckmäßigerweise in einem Arbeitsgang, da eine nachträgliche Abstimmung sich in praxi als außerordentlich schwierig erweist. Die Verbindung der Zeit- und Kostenfaktoren im Netzwerk ermöglicht es, eine Kostenkurve über die fällig werdenden Baugelder aufzustellen. Eine möglichst frühe Auszahlung der Beträge gewährleistet hierbei eine größere Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Endtermine pünktlich eingehalten werden, während bei einer späteren Auszahlung die Zwischenfinanzierungskosten auf ein Minimum reduziert werden. Mit Hilfe dieser Kostenkurven ist der Bauherr ein Überblick gegeben, der jederzeit Verteuerungen bzw. Einsparungen zeigt, und sie kann mit wesentlich exakteren Unterlagen als bisher ihre Entscheidungen treffen. Durch die dauernde Überwachung des Projekts können die Kostenkalkulationen durch die Ergänzung durch die Ist-Kosten natürlich immer weiter verbessert werden. Insgesamt kann man sagen, daß mit Hilfe der Netzplantechnik die Kostenentwicklung präziser vorhergesagt werden kann als bisher und somit der Netzplan zum Vermeiden von Fehlern und dadurch zu bestimmten Ersparnissen führt.

Nun ist es ein schwieriges Unterfangen, einem vermiedenen Fehler einen Wert bei-

zumessen, er läßt sich kaum in Mark oder Pfennigen ausdrücken. Deswegen sind auch die Vorteile der Netzplantechnik nur verbal zu schildern, denn niemand wird ein Projekt in doppelter Weise ausführen, um im Kostenvergleich den sichtbaren Nutzen zu errechnen. Dennoch kann man an Hand von Erfahrungswerten zu einem durchaus brauchbaren Urteil kommen.

Schwierigkeiten. Die größten Schwierigkeiten bei der Anwendung dieser Planungsmethode liegen weniger an der Tücke des Objekts als vielmehr bei den beteiligten Stellen. Da die Netzplantechnik eine umfangreiche Vorarbeit erforderlich macht, stößt sie bei alten Praktikern auf Widerstand, weil sie den damit verbundenen Zeit- und Kostenaufwand für überflüssig halten. Außerdem ist es nicht jedem Planer angenehm, sich derart „offenbaren“ zu müssen. So ist es oft ein rein menschliches Problem, daß der Netzplaner nicht als Untersuchungsrichter auftritt, sondern die Beteiligten von den Vorteilen des Netzplans zu überzeugen sucht.

Zur erfolgreichen Durchführung erforderlich ist eine exakte Berichterstattung. Ing. J. Rüping zum ruhr-student: „Der Netzplan steht und fällt mit der Meldetätigkeit. Hier liegen auch noch die größten Schwierigkeiten, da wir bei der Vielzahl der Stellen nicht die

gesamte Überwachung des Projekts übernehmen können und auf die Berichterstattung angewiesen sind. Es erfordert viel Fingerspitzengefühl, hierbei auf die einzelnen immer wieder 'erzieherisch' einzuwirken."

Nicht im Netzplan vorgesehen war es, daß im Oktober 1964 der große Kran von einem starken Sturm umgerissen wurde. Hier gelang es mittels der vorhandenen Zeitreserven und durch persönlichen Einsatz die Termine dennoch einzuhalten. Auch hier erwies sich der Netzplan als große Hilfe, da er laufend den Stand des Projektes auswies und zeigte, an welchen Stellen die Arbeiten intensiviert werden mußten, und wo andererseits Zeitreserven noch eine Zurückstellung erlaubten.

Weitere Bereiche. Der wirtschaftliche Einsatz einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage beschränkt sich bei der Anwendung der Netzplantechnik nicht nur auf das Durchrechnen des Netzes, auch andere Bereiche bieten noch gute Anwendungsmöglichkeiten. So hat man in Bochum einen Katalog sämtlicher Bauarbeiten erstellt, um die ständig wiederkehrende Arbeit der Erstellung von Leistungsverzeichnissen zu vereinfachen und um für die gleiche Arbeit auch stets den gleichen Text zu erhalten. In die aus diesem Standardleistungsverzeichnis ausgewählten Positionen braucht der Bauleiter lediglich die errechneten Massen einzusetzen und auf Lochkarten aufgelistet in die Datenverarbeitungsanlage zu geben. Die im Speicherwerk gesammelten Mittelpreise werden mit dem Standardleistungsverzeichnis gekoppelt und vermitteln dem Ausschreibenden schon vor Eingang der einzelnen Angebote einen Überblick, wie hoch die Kosten wahrscheinlich liegen werden. Ebenfalls elektronisch ausgewertet werden die eingehenden Angebote, und die Rechenanlage übernimmt die Aufstellung des Preisspiegels, eine Arbeit, die normalerweise sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. Die Anwendung einer Datenverarbeitungsanlage erweist sich hier als besonders wirtschaftlich, weil bei den vorgenannten Arbeiten viele gleichartige Rechengänge auftreten.

Die in Bochum gemachten Erfahrungen lassen es als wünschenswert erscheinen, bei der Planung und beim Bau künftiger Universitäten auf dieser Linie fortzufahren. Nur mit einer straffen Organisation und mit der Anwendung modernster Planungsmethoden sind Rationalisierungsmöglichkeiten und Vereinfachungen im Verwaltungsbereich gegeben.

Der Netzplan hilft schneller fertig zu werden mit der Arbeit, hoffentlich auch mit der Arbeit beim Bau der Universitäten in Dortmund und Bielefeld!



**Nieder mit
»deutsches panorama«! Ekelhaft sachlich,
durch und durch demokratisch,
widerwärtig konstruktiv!
Weg damit! Nicht empfehlenswert!**

(jedenfalls nicht für Hemmungslose!)

**deutsches
panorama**

Für Sie alle 14 Tage neu.

Überall
erhältlich.

Fordern Sie
ein Probeheft an.

2 Hamburg 50
Königstraße 28

Universitäts-Planung in Großbritannien

16

**Der
ruhr-student
fragte
Mr. Goronwy
Roberts M. P.**

Über den Minister gelangen die Gesuche des Ausschusses um die für die Universitäten notwendigen Zuschüsse an die Regierung. Die vom Parlament für diesen Zweck bewilligten Mittel werden dem Ministerium für Unterricht und Wissenschaft zur Weiterleitung an den Universitäts-Finanzausschuß überstellt. Dem Unterrichtsminister stehen zwei Staatsminister für die Bewältigung seiner Aufgaben zur Seite, die das gesamte Schulwesen — Grundschulen, höhere Schulen, Handelsschulen, technische Lehranstalten und pädagogische Hochschulen — in England und Wales umfassen, ferner die staatliche Förderung der Kunst und verschiedene Aspekte der wissenschaftlichen Forschung, wie auch die Universitäten in ganz Großbritannien.

Einer dieser Staatsminister, im Augenblick ich selber, hat besondere Verantwortung für die Universitäten. Das bedeutet jedoch nicht, daß ich den Universitäten Vorschriften mache oder irgendeine andere Form der Kontrolle über ihre Selbstverwaltung ausübe.

Im Oktober 1963 akzeptierte die Regierung die Empfehlungen des Committee on Higher Education (eines vom Premierminister ernannten Ausschusses unter dem Vorsitz von Lord Robbins) über die Anzahl der Studienplätze, die an den Universitäten zur Verfügung stehen sollten. Die Zahl der vollmatrikulierten Studenten an britischen Universitäten betrug damals 124 000. Das neugesetzte Ziel sah die Schaffung von insgesamt 197 000 Studienplätzen bis Oktober 1967 und 218 000 Plätzen bis Oktober 1973 vor. Der erste Zielabschnitt ist bereits auf dem besten Wege, erreicht zu werden; und um das Ziel für 1973 zu erreichen, genügt eine reduzierte Expansionsrate. Um die wachsende Zahl von Studenten aufnehmen zu können, werden alle bestehenden Universitäten erweitert und neue errichtet.

Die „neuen“ Universitäten gliedern sich in zwei Kategorien:

a) Vollständige Neugründungen, die in den letzten fünf Jahren ins Leben gerufen wurden (die Universitäten East Anglia, Essex, Kent, Lancaster, Sussex, Warwick und York sowie die Universität Stirling, die den Lehrbetrieb im Oktober 1967 aufnehmen wird).

b) Bestehende Colleges of Advanced Technology, die sich auf dem Weg zum Universitätsstatus befinden und die Bezeichnung Universities of Technology erhalten werden.

Die unter diese beiden Kategorien fallenden Institutionen dürften bis 1970 je 3 000 Studierende zählen (bei der Universität Sussex werden es mehr sein). Von den Colleges of

Advanced Technology, die Universitätsrang erhalten, werden drei verlegt und bekommen völlig neue Gebäude.

Die Regierung ist davon überzeugt, daß die geplante Zahl von 218 000 Studienplätzen bis 1973 die Kapazität der bestehenden Universitäten und der genannten neuen nicht übersteigt. Daher dürfte für die kommenden zehn Jahre keine Notwendigkeit bestehen, weitere neue Universitäten zu errichten. Lange vor Ablauf dieser Zeit wird die Regierung jedoch prüfen, ob danach weitere Universitäten erforderlich sein werden, um der Nachfrage nach Studienplätzen gerecht zu werden, die zu dem Zeitpunkt für 1980 zu erwarten ist; die Vorausschätzungen des Robbins-Ausschusses für einen so langen Zeitraum sind natürlich sehr provisorisch.

Die Welle neuer Universitäten in Großbritannien in den letzten Jahren hat auf die akademische Welt als Ganzes stark anregend gewirkt, was auch in akademischen Kreisen vieler anderer Länder anerkannt wird. Jetzt müssen wir weitermachen, indem wir auf den Fundamenten einen festen Bau errichten, die ausgezeichneten Institutionen, die wir heute haben, ausbauen, den Erfolg festigen und angesichts einer immer größeren Vielfalt von Institutionen die Verzettlung von Mitteln und Talenten vermeiden.

Forschung und Lehre

Die Universitäten sind in rein akademischen Angelegenheiten vollkommen unabhängig, und sie allein entscheiden, welche Fächer sie lehren und wie sie sie lehren. Um den Universitäten einen Ausgangspunkt für eine eingehendere Untersuchung der bestehenden Lehrmethoden zu verschaffen, setzte der Universitäts-Finanzausschuß 1961 ein Komitee unter dem Vorsitz von Sir Edward Hale ein, dessen Aufgabe darin bestand, eine vergleichende Studie der Lehrmethoden und Praktiken für Studenten der ersten Semester anzufertigen. Das Komitee veröffentlichte seinen Bericht im Jahre 1964; er hat in weiten Kreisen große Beachtung gefunden, und viele seiner Vorschläge sind verwirklicht worden. Nach Ansicht des Komitees besteht der Hauptzweck der Studienzeit bis zum ersten Examen in der Entwicklung der Fähigkeit des Studenten, selbständig zu denken und zu arbeiten.

An den meisten Universitäten sind Grundlage der Unterweisung nach wie vor Vorlesungen, die in angemessenem Umfang zu besuchen Pflicht ist. Als Ergänzung zu diesen Vorlesungen werden von den Studenten über einzelne

Der gegenwärtige Stand der Universitäts-Planung

Die Universitäten sind sich selbst verwaltende Institutionen, die für ihre Organisation individuell verantwortlich sind. Sie erhalten jedoch erhebliche finanzielle Unterstützungen durch die Regierung, die daher ein erklärliches Interesse an jeglichen Plänen für die Errichtung neuer Universitäten oder die Erweiterung bestehender Universitäten hat, weil dadurch der Anteil öffentlicher Zuschußmittel erhöht wird.

Die Regierung wird in allen Universitäts-Fragen durch den Universitäts-Finanzausschuß (University Grants Committee) beraten, der mit Ausnahme des Vorsitzenden und seines Stellvertreters, die festbeamtet sind, aus ehrenamtlichen Mitgliedern besteht, die aufgrund ihrer akademischen oder industriellen Erfahrungen ausgewählt werden. Sie werden nicht als Vertreter spezieller Institutionen oder Interessen ernannt, sondern unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, daß sie gemeinsam sämtliche akademischen Erfordernisse einschätzen und beurteilen können. Der Ausschuß hat ein großes Sekretariat und einen Hilfsstab von Fachberatern, die Mitglieder des öffentlichen Dienstes sind, ist jedoch selber völlig unabhängig und legt seine Ansichten und Ratschläge dem Minister für Unterricht und Wissenschaft vor.





Themen Hausarbeiten geschrieben, die ein weiteres Eindringen in die Materie erfordern. Hinzu kommen Gruppendiskussionen, und zwar Seminare (bis zu 20 Studenten) und Tutoren-Besprechungen (an denen nur ein oder zwei, jedoch höchstens vier Studenten teilnehmen), in denen diese Arbeiten ausführlich erörtert werden. Bei der Ausbildung in naturwissenschaftlichen und technologischen Fächern spielen auch praktische Kurse und Feldstudien eine große Rolle. Wie viele kleine Studiengruppen jeweils gebildet werden können, beziehungsweise wie häufig sie zusammentreten, hängt weitgehend von dem Zahlenverhältnis zwischen Lehrpersonal und Studenten ab. Dieses Verhältnis beträgt zur Zeit im Durchschnitt etwa 1:8, doch ergeben sich in den einzelnen Fakultäten große Abweichungen von dieser Zahl.

Von den Postgraduierten erwartet man mehr selbstständige Arbeit allein oder in kleinen Gruppen. Während es jedoch bisher üblich war, daß sie als Vorbereitung auf das höhere Examen auf ihrem Spezialgebiet Forschungsarbeit leisteten, werden jetzt in zunehmendem Maße ergänzende Examenskurse eingeführt, die auch eine größere Zahl von Vorlesungen umfassen.

Innenarchitektonische Planung

Die Universitäten können jeden beliebigen Architekten für ihre neuen Gebäude wählen. Einige Universitäten nehmen denselben Architekten für alle erforderlichen Arbeiten. Andere haben einen Hauptarchitekten, der einen Generalplan entwirft und die Arbeit der für die einzelnen Gebäude zuständigen Architekten koordiniert.

Welche Räumlichkeiten ein Gebäude erhalten soll, bestimmen Richtlinien des Universitäts-Finanzausschusses, der die Höhe der Ausgaben festsetzt. Der Universitäts-Finanzausschuß legt jedoch weder die innere noch die äußere Gestaltung des Gebäudes fest. Dafür sind ausschließlich die Universitäten und die Architekten zuständig, die sehr viel Freiheit hinsichtlich der Verwendung der Gelder haben, vorausgesetzt, daß sie die benötigten Räumlichkeiten im Rahmen der bewilligten Kosten erstellen.

Jede Universität hat einen Baubeauftragten, der dafür verantwortlich ist, daß die Gebäude fristgerecht und zu den festgesetzten Kosten fertiggestellt werden. Er fungiert als Verbindungsmann zwischen den künftigen Benutzern des Gebäudes, den Architekten und dem Universitäts-Finanzausschuß.

Professoren oder andere Vertreter der Universität informieren die Architekten über die speziellen Erfordernisse bei komplizierten Räumen, wie Labors. Einige Architektenbüros

sind auf den Entwurf besonderer Gebäudetypen spezialisiert und wissen daher, was im Einzelfall erforderlich ist. Der Universitäts-Finanzausschuß veröffentlicht eine Reihe von Entwurfsrichtlinien, die den Architekten als weitere Informationsquellen dienen.

Die Inneneinrichtung wird entweder von den für das Gebäude zuständigen Architekten oder der Universität selber ausgewählt. Auch hier dürfen die Kosten die von dem Universitäts-Finanzausschuß festgesetzten Grenzen nicht überschreiten.

Finanzierung der Universitäten

Bis zum Ende des ersten Weltkriegs bezogen die Universitäten den größten Teil ihrer Einkünfte aus Stiftungen, privaten Schenkungen, Studiengebühren und in vielen Fällen auch aus Zuschüssen kommunaler Behörden. Im Juli 1919 war jedoch ersichtlich, daß die Universitäten nicht mehr ausschließlich von solchen Einkommensquellen existieren konnten, und es wurde das sogenannte University Grants Committee ins Leben gerufen — ein Ausschuß, dessen Aufgabe es sein sollte, die finanziellen Erfordernisse des Hochschulwesens zu untersuchen und die Regierung über die bestmögliche Verwendung vom Parlament bewilligter Deckungszuschüsse zu beraten.

Seitdem hat die Regierung ihre Zuschüsse für die Universitäten ständig erhöht, und heute machen sie über 70 Prozent der regelmäßigen Einkünfte der Universitäten und über 90 Prozent der Ausgaben für neue Gebäude und Ausrüstungen aus („einmalige“ Zuschüsse). Für das Finanzjahr 1966/67 sind staatliche Zahlungen von über 200 Millionen Pfund vorgesehen (2,24 Milliarden DM), und zwar 131 Millionen Pfund (1,46 Milliarden DM) für wiederkehrende und über 70 Millionen Pfund (784 Millionen DM) für einmalige Ausgaben.

Bei den wiederkehrenden Zuschüssen geht die Regierung heute so vor, daß sie alle fünf Jahre den Universitäten für das nächste Quinquennium Gelder en bloc bewilligt. Dies geschieht unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Universitäts-Finanzausschusses, die sich auf die finanziellen Erfordernisse der Universitäten in den jeweiligen fünf Jahren stützen sowie der verfügbaren Mittel. Der für jedes Jahr festgesetzte Gesamtbetrag wird dann vom Universitäts-Finanzausschuß unter die einzelnen Universitäten aufgeteilt. Jede Universität hat die Pflicht, diese Zuschüsse und ihre Einkünfte aus anderen Quellen bestmöglich zu nutzen, und es steht ihr frei, die Gelder nach ihrem Gutdünken für Gehälter, Ausrüstungen, Unterhalt der Gebäude u. a. auszugeben — vorbehaltlich lediglich gewisser Vereinbarungen, beispielsweise über die

Höhe der Gehälter für das akademische Lehrpersonal. Zusätzlich zu diesen Zuschüssen erhalten die Universitäten Studiengebühren (die jetzt weitgehend von lokalen Unterrichtsbehörden getragen werden) sowie Zahlungen verschiedener Art von Forschungsräten und anderen staatlich finanzierten Organen. Alles in allem werden rund 90 Prozent der wiederkehrenden Ausgaben der Universitäten auf die eine oder andere Weise aus öffentlichen Geldern gedeckt.

Eine Kontrolle über die einmaligen Ausgaben, das heißt über die Kapitalausgaben, wird dadurch ausgeübt, daß man die Aufwendungen für neue Universitätsgebäude begrenzt, die alljährlich mit Hilfe öffentlicher Gelder in Angriff genommen werden dürfen. Auch hier wird der Gesamtbetrag dem Universitäts-Finanzausschuß zur Verfügung gestellt. Der größte Teil dieser Summe wird vom Ausschuß dann für einzelne Projekte zugeteilt, beispielsweise für ein neues Physiklabor an der einen Universität oder ein zusätzliches Studentenwohnheim an einer anderen. Ein kleiner Restbetrag wird den Universitäten zur beliebigen Verwendung für kleinere Verbesserungen und Modernisierungsarbeiten zur Verfügung gestellt. Damit die Universitäten ihre Bauprojekte langfristig vorausplanen können, gibt die Regierung jetzt den Kostenaufwand für Universitätsgebäude, den sie zu decken bereit ist, drei oder vier Jahre im voraus bekannt.

Die Methode, nach der einzelne Gebäude finanziert werden, ist in der Antwort auf Frage Nr. 3 umrissen worden.

wywis

Ein Begriff für:

**Schreibmaschinen
Addiermaschinen
Rechenmaschinen
Buchungsmaschinen
Fakturiermaschinen
Vervielfältiger
Umdrucker
Fotokopiergeräte
Diktiermaschinen**

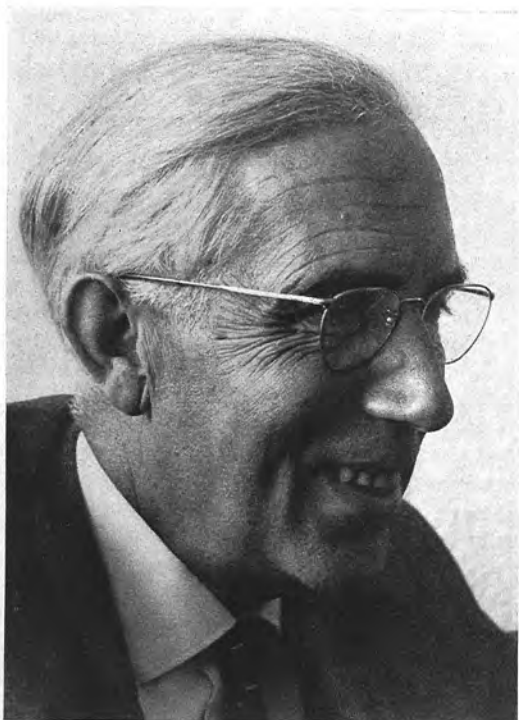


**Bochum
Südring 19
Ruf 6 14 23**



**Zum
Thema
Studienreform
äußerten
sich u. a.**

Prof. Dr. Waldemar Besson (links)
Dr. Fritz Hufen (rechts)
Dr. Hans Dichgans (links unten)
Dr. Ulrich Lohmar (mitte unten)
Herr Karl Moersch (rechts unten)



19 Zur Studienreform

Die Empfehlung im Meinungsstreit - Eine Kompilation

In der Kulturpolitik der Bundesrepublik ist die Diskussion über die Hochschulreform in neue Bewegung geraten. Anlaß dazu sind die „Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen“ des Wissenschaftsrates, die auf 80 Seiten eine längst fällige Studienreform für die Hochschulen vorschlagen und dabei mit nüchternem Realismus manches Tabu der deutschen Universitätstradition aufzulösen suchen. Die ersten Befürworter und Gegner der Vorschläge sind angetreten, und auch der Bundestag hat sich in einer „Aktuellen Stunde“ mit dem Für und Wider dieses wichtigen Beitrags zu einer Hochschulreform beschäftigt.

Die Verfasser der Empfehlungen bezeichnen die Unsicherheit, in der ein großer Teil der Studenten sich gegenüber den von den Hochschulen angebotenen Veranstaltungen befindet, als den augenfälligsten Mißstand des Studiums. Die Schwierigkeit hänge mit einem der Grundzüge der deutschen Hochschule zusammen, daß nämlich dem Studenten zugemutet werde, sein Studium in eigener Verantwortung zu planen und zu bewältigen. Wörtlich heißt es: „Zu der Unsicherheit hat in Verbindung mit dem Prinzip der Eigenverantwortlichkeit das zu anspruchsvolle Ziel der Ausbildung nicht wenig beigetragen. Man darf deshalb von einer realistischen

Bestimmung dieses Zieles eine heilsame Wirkung erwarten. Sie kann jedoch nur eintreten, wenn der Weg zum Studienziel nicht wie bisher ins Belieben jedes einzelnen gestellt, sondern deutlich markiert wird.“

Die Empfehlungen suchen drei Realitäten Rechnung zu tragen:

1. der Vermassung der Universität,
2. dem durch Spezialisierung, Stofffülle und innere Aushöhlung alter Bildungsbegriffe bedingten Studienchaos,
3. der durch diese Umstände und hinzukommende äußere Tatsachen bedingten überdehnten Studiendauer.

Normalstudium: 8 Semester

Ausgangspunkt der Empfehlungen ist nicht die Studienzeitverkürzung. Solange es den Studenten innerhalb einer durch administrative Maßnahmen begrenzten Studienzeit überlassen bleibt, ihr Studium selber einzurichten, müssen Unternehmungen wie der Beschluß der Westdeutschen Rektorenkonferenz, die Immatrikulationszeit zu beschränken, am Kern der Reform vorbeigehen.

Der entscheidende Vorschlag der Empfehlungen ist der Ansatz des Normalstudiums auf acht Semester. Dieses Normalstudium wird als durch Wissenschaft berufsausbildend charakterisiert. Für die große Zahl der Studierenden wird endlich die Fiktion aufgegeben, daß jedermanns Studium potentiell auf den Gelehrtenberuf hinführen habe oder doch hinführen könne. Wie radikal ernst es den Professoren, die im Wissenschaftsrat versammelt sind, mit dieser Um- und Abkehr von lieben, alten Vorstellungen ist, beweist der Vorschlag der Einführung eines Zwischenexamens nach vier Semestern und der geregelte Studiengang während der ersten vier Semester.

Ein Studiendekan, wohl ein Professor mit besonderen pädagogischen Gaben und entsprechendem Sinn für die Verantwortung der Hochschule gegenüber den Bedürfnissen der Gesellschaft, soll die Anfangssemester beraten und führen.

Mit diesem Normalstudium von acht Semestern würde die Vermassung an den Hochschulen mit einem Schlage, unabhängig von der Frage, wie rasch die Neugründungen vorankommen, abnehmen. Auch würden die Verluste an Zeit und Kraft in den ersten Semestern, wenn nicht ausgeschaltet, so doch eingeschränkt werden.

Das achtsemestriges Normalstudium, das noch immer nicht den Eintritt in den Richter-, Lehr- oder Verwaltungsberuf vor das sechszwanzigste Lebensjahr zu legen vermag, da Wehrdienst und praktische Berufsausbildung (Referendarzeit) zum Studium zu zählen sind,

ist für alle Studenten obligatorisch, einschließlich der Beschränkung der studentischen Freizügigkeit und des Studienplans.

Aufbau- und Kontaktstudium

Nach acht Semestern kann der wissenschaftlich befähigte Student ein Aufbaustudium anschließen. Nur dies kann und sollte zur Promotion führen. Aus diesen Studenten hätte sich unter anderem auch die Mannschaft der künftigen Gelehrten zu rekrutieren. Außer dem Normalstudium und dem Aufbaustudium kennt das Gutachten das sogenannte Kontaktstudium. Durch diese Empfehlung macht der Wissenschaftsrat organisatorisch Ernst mit Gedanken und Erörterungen, die zwar jedermanns prinzipielle Zustimmung finden, jedoch auf Bedenken stoßen, sobald Konsequenzen gezogen werden. Das Kontaktstudium bedeutet die nach abgeschlossener akademischer Ausbildung weiterlaufende Universität. Der Mensch, den die Hochschule normal für einen Beruf ausgebildet hat, kann nach acht Semestern nicht im Sinne des Vollbesitzes wissenschaftlicher Erkenntnisse und Einsichten fertig sein. Es gibt in unserer Zeit weniger denn je ein sogenanntes „abgeschlossenes“ Studium.

Sog. Akademische Freiheit

Der stärksten Kritik sind sicher die Forderungen des Wissenschaftsrates an das Grundstudium ausgesetzt. Um in acht Semestern zu einem sinnvollen Abschluß zu gelangen, sind genaue Studienpläne erforderlich, damit „der Weg zum Studienziel nicht wie bisher weitgehend ins Belieben jedes einzelnen gestellt, sondern deutlich markiert wird“.

Für vier exemplarische Fächer — Germanistik, Chemie, Medizin, Elektrotechnik — hat der Wissenschaftsrat Modelle entwickelt, die zeigen, wie sich der grundsätzlich gleiche Aufbau des Studiums angemessen variieren läßt.

Bis zur in allen Fächern obligatorischen Zwischenprüfung nach dem vierten Semester wird eine stärkere Einschränkung der ohnehin fraglich gewordenen akademischen Freiheit und straffe Führung des Studenten angeregt. Individuelle Beratung, Begrenzung des Lehrstoffes und der Pflichtübungen, dazu kleine Teilnehmerzahlen bei allen Übungen sollen dem Studenten erlauben, intensiv und gesichert zu arbeiten. Ziel der Ausbildung ist nicht wie bisher die Erfüllung eines immensen Stoffpensums, vorgeschrieben von der Prüfungs- oder Berufspraxis, sondern „die Einübung und Befestigung in wissenschaftlicher Denkweise“. Das wird schließlich auch grundlegend die Prüfungsbestimmungen ändern müssen.

Schon vor der vollständigen Veröffentlichung des Gutachtens erregten die Empfehlungen des Wissenschaftsrates lebhaften Widerspruch — vor allem von Seiten der Geisteswissenschaftler. Der entscheidende Einwand lautet, daß die Einheit von Forschung und Lehre aufgegeben werde. Der Hamburger Ordinarius für Kunstgeschichte, Professor Wolfgang Schöne, schrieb in einem zwanzigseitigen Memorandum, eine solche Studienreform bedeute nicht Reform, sondern Umsturz.

Auch Hans-Joachim Schoeps, Professor für Religions- und Geistesgeschichte in Erlangen, warnte vor einer Neuordnung des Studiums, wie sie der Wissenschaftsrat empfiehlt, da durch sie das Recht junger Menschen, ihr Studium in Freiheit selber zu gestalten, geschmälert werde. Er empfahl sogar seinen Kollegen, die Mitarbeit an einer Hochschule aufzukündigen, die sich den Empfehlungen anschliesse und damit eher ein durchrationalisierter Großbetrieb oder eine Klippschule werde als eine Universität.

Vertreter dieser Richtung übersehen allerdings einiges:

1. Die Hochschulen betreiben bisher schon in weiten Bezirken straffe Lehrpläne und Berufsausbildung, wenn auch nach Fakultäten verschieden stark. Medizin und Rechtswissenschaft haben eine langjährige Praxis erarbeitet, in der Forschung und Lehre nebeneinander und ineinander funktionieren, ohne daß die Forschung unter den unabwieslichen Forderungen der Gesellschaft an Berufsausbildung leide.
2. Die große Figur des Hochschullehrers hat sich gerade in Deutschland immer dadurch charakterisiert, daß sie in der systematischen Lehre den Geist der Forschung, wenn auch nicht den Prozeß des Forschens zu vermitteln wußte.
3. Die Entlastung der Hochschule vom fiktiven „gelehrten“ Bemühen der vielen, allzuvielen kann unter den heutigen Umständen endlich die Forschung für ihre spezifischen Aufgaben freisetzen.

Positiv reagierte der Verband Deutscher Studentenschaften, der in den neuen Empfehlungen eigene, 1962 in einem Gutachten „Studenten und die neue Universität“ entwickelte Vorstellungen wiederfand.

Professor Sieverts, der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, nahm die Empfehlungen als eine „Provokation im guten Sinne“ auf. Die WRK begrüßte sie „als eine wertvolle Hilfe bei den Bemühungen der Hochschulen um eine sachgerechte Ausgestaltung des Studiums und als wichtigen Beitrag zur Fortführung der Studienreform“; mit

dieser Anerkennung nahm die WRK den Empfehlungen gleichzeitig den Anschein, als handele es sich dabei um etwas völlig Neues und Revolutionäres. Innerhalb der Rektorenkonferenz war das Echo differenziert, Zustimmung zu einzelnen Punkten und allgemeinen Tendenzen steht neben rigoroser Ablehnung.

Der Generalsekretär der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Dr. Fischer, formulierte die Sorge, ob sich das gänzlich ökonomisch bestimmte Universitäts-Modell, das von Momenten der Produktivität, des gesellschaftlichen Bedarfs geprägt sei, überhaupt noch eine wissenschaftliche Ausbildung zulasse, da die Synthese von Lehre und Forschung hierbei in der Praxis ernsthaft gefährdet sei.

Vor den Gefahren eines berufsorientierten Akademikertums warnte der Sekretär der Kommission für Prüfungs- und Studienordnungen, Dr. Reschke. In dieser Kommission sind die Kultusminister und die Rektoren vertreten. Eine Verkürzung des Studiums auf acht Semester sei zum Beispiel in der Psychologie nicht praktikierbar, für das zehn Semester unerlässlich seien. Ähnliches gelte für die Physik. Man müsse bei der vorgeschlagenen Reglementierung eine unerwünschte Reaktion der Wirtschaft befürchten, die dann ihren Bedarf an Nachwuchskräften ausschließlich mit promovierten Physikern decke.

Damit aber wird das Aufbaustudium Bestandteil des generellen Studiengangs; die beabsichtigte Studienverkürzung wirkt sich als zusätzliche Verlängerung der Studienzeit aus. Dr. Reschke warnte vor den Folgen einer Studiengliederung in Studium und Aufbaustudium, die sich leicht als eine Graduierung von Lehrern erster Klasse und zweiter Klasse auswirken könne. Derartige Befürchtungen sind bereits von den Apothekern geäußert worden. Sie werden geteilt von den Juristen, wie Professor Jahrreiß, der frühere Vorsitzende der Rektorenkonferenz, darstellte. Eine größere Effektivität des juristischen Studiums sei nicht mit der Teilung in Studium und Aufbaustudium und der daraus resultierenden Teilung von A-Juristen und B-Juristen zu erzielen; erfolgversprechender erschien dem Kölner Juristen, die Einheit von Studium und Referendarzeit zu betonen, das Studium über das Abschlußexamen hinaus in einem Ausbildungsstadium fortzusetzen, das genügend Zeit für eine solche Betätigung biete.

Auch die Empfehlung des Wissenschaftsrats, in jedem Studiengang eine Zwischenprüfung einzufügen, findet unterschiedliche Aufnahme. Professor Henkel bejahte nachdrücklich die Bemühungen, die jungen Studenten zu ernsthaftem Arbeiten, zu systematischem Studium anzuhalten, war jedoch von der Zweckmäßig-

keit der Zwischenprüfung nicht überzeugt. Professor Jahrreiß lehnte eine solche Prüfung für die Juristen ab: Es sei unmöglich, nach zwei Jahren einem normalbegabten Studenten, der im Abitur eine gewisse Reife nachgewiesen hat, das weitere Studium des gewählten Fachs zu untersagen. Noch beim Studienabschluß lasse sich über die Qualifikation zu einer juristischen Laufbahn nicht immer Endgültiges sagen.

Eigengesetzlichkeit der Fächer

Wie an dem Detail der Zwischenprüfung sichtbar wurde, ergeben sich die differenzierten Reaktionen auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrats aus der jeweiligen Eigengesetzlichkeit der Studienfächer. So zeigte sich der Marburger Mediziner Professor Hensel im ganzen durchaus befriedigt, er unterstellte jedoch, daß die Studienreform mit dem Ausbau der Gebäude Hand in Hand gehe und es tatsächlich möglich werde, die Studierenden in kleinen Gruppen zusammenzufassen.

Aus der Sicht der Naturwissenschaften kritisierte Professor Groth, der Bonner Rektor, die Empfehlungen seien nicht radikal genug, für 60 Prozent aller wissenschaftlichen Berufe genüge ein dreijähriges Studium, falls man nur die rechten Abschlüsse finden könne. Professor Scheuerl, Frankfurt, Vertreter der Rektorenkonferenz in der gemeinsamen Kommission für Prüfungs- und Studienordnungen der Kultusminister und der Rektoren, vertrat die gleiche Auffassung. In den Geisteswissenschaften komme den Aufnahmeprüfungen in die Hauptseminare die Bedeutung von Zwischenprüfungen zu; die Empfehlungen des Fakultätentages zielen auf eine Rechtsgleichheit zwischen den einzelnen Hochschulen ab. Diese Empfehlungen, die im Juni 1965 verabschiedet wurden, beginnen sich eben jetzt auszuwirken, nehmen also die Reformvorschläge des Wissenschaftsrats vorweg.

Ähnliches gilt für das Philosophicum, das der Wissenschaftsrat in seiner jetzigen Form ablösen will. Darüber werde seit fünf Jahren beraten, stellte Professor Scheuerl fest. Eine Entscheidung sei schon bald zu erwarten. Generell müsse festgehalten werden, daß die Kommission für Prüfungs- und Studienordnungen viel rigorosere verfahren habe. In vielen Punkten sei man hier ganz konkret den Wissenschaftsrats-Empfehlungen um Jahre voraus. Das gelte vor allem auch für das den Empfehlungen beigegebene Modell Chemie, für das die Prüfungskommission Anfang April eine neue Rahmenordnung beschlossen hat, die einschneidende Straffungen aufzuweisen hat.

Eine Gewerkschaft



mit Format

*dynamisch und wirkungsvoll
mit einer
verantwortungsbewußten und
fortschrittlichen
Bildungsarbeit*



„Ich kann nicht verstehen, daß Sie sich hier im Kraftwerk so viel Mühe mit dem elektrischen Strom machen. Bei uns zu Hause drehen wir bloß am Schalter.“

Nicht die unbestrittene Notwendigkeit zur Konzentration, zum exemplarischen Lehren beunruhigt die Universitäten. Der Widerspruch entzündet sich vielmehr an einer Form der Reglementierung, die eines allgemeinen Schemas willen die Eigengesetzlichkeit der Fächer nicht ausreichend berücksichtigt und Eingriffe zur Folge hat, die sich eher hemmend als fördernd auswirken dürften.

Nachdem die Rektorenkonferenz aber im Grundsatz die Empfehlungen für die Neuordnung des Studiums gebilligt hat, ist auch die Initialzündung für die innere Reform gegeben. Wunder sind allerdings nicht zu erwarten. Es gibt keinen Tag X, an dem das Unternehmen „Reform“ anläuft. Der Wissenschaftsrat hat pflichtgemäß ein Modell erstellt, die Rektorenkonferenz hat es gutgeheißen, die dritte beteiligte Instanz, die Ständige Konferenz der Kultusminister, wird es weiterempfehlen. Allen drei Gremien kommt erhebliches mora-

lisches Gewicht zu. Aber: Befehlen können sie nichts.

Die Entscheidung liegt in unserem föderal gegliederten, demokratischen System auf der zweiten Ebene des ganzen Apparates, bei den Fakultäten und Akademischen Senaten, Repräsentanten der akademischen Selbstverwaltung, bei den Kultusministern als Aufsichtsbehörde und, last not least, bei ihren Kollegen von der Finanz.

Die Studienreform kostet im Anfangsstadium viel Geld. Sie bedingt eine weitere Aufstockung in allen Sparten des Lehrkörpers, eine weitere Vermehrung der Unterrichts- und Übungsstätten. Im Endeffekt wird sie freilich Ersparnisse bringen durch die Rationalisierung und Befristung aller Studiengänge, durch die Befreiung der Universität von dem Ballast an unqualifizierten Studenten, den man heute mitschleppt, infolge falscher Auslegung des Begriffs von den gleichen Bildungschancen.

Erst wenn die Fakultäten, deren Reformeifer übrigens unterschiedlich sein dürfte und deren Situation tatsächlich von Fach zu Fach verschieden ist, ihr Votum gegeben haben, kann die Rektorenkonferenz bei der nächsten Plenarversammlung Anfang 1967 weiter beraten. Die Fakultäten, die mittels ihrer internen Fakultätentage durchaus die Möglichkeit haben, von Fach zu Fach für alle Hochschulen zu einheitlichen Beschlüssen zu gelangen, sind gebeten worden, ihre Stellungnahmen bis zum Jahresende zu formulieren.

Sie wären gut beraten, wenn sie sich auch mit den Fachschaftsvertretern der Studentenschaft in Verbindung setzten und deren Vorstellungen, soweit diese vernünftig sind, berücksichtigten. Erst wenn die Rektorenkonferenz zu Gesamtempfehlungen gelangt ist, können die Kultusminister ihrerseits Entscheidungen treffen. Das ist der Preis, den wir für das föderale System zahlen müssen.

Ein revolutionärer Ansatz

Sinn und Grenzen der Studienreform- Vorschläge

Dr. Fritz Hufen

Mit den Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums, die der Wissenschaftsrat Mitte Juni feierlich dem Bundespräsidenten und mit ihm auch der Öffentlichkeit übergab, sollte auf dem Wege zur Hochschulreform ein weithin sichtbarer, nicht umgehbarer Markstein gesetzt werden. Bei aller gebotenen Skepsis gegenüber dem Versuch, gleichsam vom Rande hier in das Zentrum längst notwendiger und gebotener Reformmaßnahmen einzudringen, muß heute, nach den ersten offiziellen und offiziösen Reaktionen von Hochschulen, Fakultäten und Kulturbehörden, doch gesagt werden, daß auch diese Reformvorschläge

wesentlich weniger artikulierten Widerstand fanden als es die Kenner und die professionellen Beobachter der akademischen Szenerie erwartet hatten. Das muß, zugegeben, kein allzu hoffnungsvolles Zeichen sein. Das vorläufige Einverständnis der Westdeutschen Rektorenkonferenz (Plenum vom 7. Juli) und die weitgehende, wenngleich überraschend gut differenzierte Zustimmung des Verbandes Deutscher Studentenschaften können die Schwierigkeiten nämlich auch mit dem Mantel der Nächstenliebe zudecken, die von den eigentlich Betroffenen, den Fakultäten, den Professoren und den Studentischen Fachschaften ausgehen.

Freilich muß gesehen werden, daß der Wissenschaftsrat auch mit den Studienreform-Vorschlägen den sicheren Hafen seines bisherigen Selbstverständnisses nicht verlassen hat: Die Bedächtigkeit des allgemeinen Reformprozesses wird nicht durch jähe revolutionäre Einsichten und Vorschläge unterbrochen; das hohe Gremium ist auch diesmal nicht in den Ozean unabsehbarer Widrigkeiten hinausgesegelt, um Neuland zu erobern. Es hat die vorhandenen Bestrebungen und Tendenzen, Überlegungen und Erkenntnisse in ein gewisses System gebracht. Es bietet den Vorzug, mindestens zur Grundlage von weiteren Gedanken und — fast überall — von modifizierten Formen der Verwirklichung hingenommen zu werden. Wer nicht völlig verböhrt in ideologisch vermauerten Vorstellungen von unserer Gesellschaft und der

Stellung und Aufgabe unserer Hochschulen in ihr verharren möchte, wird die Vorschläge wenigstens diskutabel finden.

So konnten denn mit vollem Recht die naturwissenschaftlichen Fakultäten und die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler darauf hinweisen, daß sie Studien- und Prüfungsordnungen ausgearbeitet hätten, die dem Grundgedanken und dem Modell des Wissenschaftsrates — etwa in der Chemie — mindestens entsprechen, ja über sie hinausgehen. Und auch Stichmarken, wie „Zwischenprüfung“, „gegliedertes Studium“, „Ausbau des Mittelbaus“, „Mut zur Masse“ sind vertraute Begriffe aus der Reformdiskussion; Prüfungen und Scheine sind teilweise längst Übung, Studienkontrollen Selbstverständlichkeit in den Fachrichtungen nahezu aller Fakultäten — sogar in den Geisteswissenschaften, die sich sonst wohl noch am meisten aus dem Idyll überkommener akademischer Freiheit aufgeschreckt fühlen.

Die revolutionären Ansätze sind nicht zu übersehen — freilich auch nicht die Tatsache, daß die Empfehlungen sich durchweg eben auch nur in den Ansätzen, nicht in revolutionär durchgreifenden Vorschlägen erschöpfen. So zurückhaltend es ausgedrückt sein mag: letztlich geben die Empfehlungen der Hochschule doch ein neues oder zusätzliches Selbstverständnis, und zwar als die Ausbildungsanstalt für eine steigende Anzahl von Studenten gemäß dem Bedarf der modernen, d. h. der industriellen Gesellschaft. Sie war das immer,

hat sich aber im Gefolge falsch verstandener Bildungsideologie des 19. Jahrhunderts daran gewöhnt, sich in der Hauptsache als Forschungsinstitut, bestenfalls noch als Bildungsstätte für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu sehen.

Der Wissenschaftsrat hat sich indessen — wie auch an einer Reihe anderer Stellen — nicht die Zeit genommen, dem Bedarf an Akademikern für die nächsten Jahre oder gar das nächste Jahrzehnt konkret auf den Grund zu gehen, obwohl umfassende Untersuchungen, ausgelöst durch einen Auftrag an das Institut des Baseler Gelehrten Bombach, gegenwärtig laufen und, mit Unterstützung des Bildungsforschungs-Instituts in Berlin und der Kultusbehörden, noch bis Jahresende zu einem Abschluß gelangen sollen. Immerhin hat er sich zu der Erkenntnis bekannt, daß die wissenschaftliche Hochschule heute keine abgeschlossene Bildung mehr im Sinne des Vollakademikertums des 19. Jahrhunderts, also auch keine universale Berufsausbildung mehr vermitteln kann. Er hat ferner die Feststellung gewagt, daß der an deutschen Universitäten gehätschelte Grundsatz der „akademischen Freiheit“ heute praktisch nichts anderes ist als die „Zumutung an den Studenten, sein Studium in eigener Verantwortung zu planen und zu bewältigen“. Diese „Zumutung“ läßt sich nicht mehr realisieren — im Gegenteil ist sie als „Leistungsansporn heute in einem irreversiblen Prozeß so grundlegend geändert, daß sie zu einem Hemmnis geworden ist.“ Dieser irreversible Prozeß wird weiter nicht umschrieben; doch wird auch nicht mehr gefragt, „ob der Grundsatz der eigenen Verantwortung jedes Studenten sich Einschränkungen gefallen lassen muß“.

Die Einschränkungen werden als gegeben angenommen, und es steht lediglich zur Debatte, wie weit der Begriff der akademischen Freiheit überhaupt noch Geltung behalten kann.

Daraus folgt, daß in jeglicher Bemühung um die Studienreform das Studium in klaren Umrissen für die Studierenden erscheint. Das Tasten, das Suchen, das Risiko des Scheiterns, das in der akademischen Freiheit begründet war, wird auf ein Minimum begrenzt — weil man erkannt hat, daß sich die soziologische Struktur auf den Universitäten radikal geändert hat und sich ständig wandelt: Es studieren nicht mehr vornehmlich die Kinder einer homogenen Bildungsschicht, die gewissermaßen die Sprache der Akademie schon im Elternhaus kennenlernten und sich in ihr wie selbstverständlich bewegen. Vielmehr wird immer mehr eine soziologisch aus vielen Schichten zusammengesetzte Masse studieren mit dem Ziel, in der verwissenschaftlich-

ten Umwelt sich bewegen zu können. Hier wird die totale Freiheit in der Tat zur sinnlosen Energieverschwendung.

Freilich hütet sich der Wissenschaftsrat auf weiten Strecken allzu ängstlich, radikale Folgen aus den eigenen, überall hervortretenden Denksätzen zu ziehen: So etwa die Folge einer viel radikaleren Trennung von Forschung und Lehre als sie heute noch zur Universitätsideologie dazugehört. Hier sind einzelne Denker, etwa Helmut Schelsky, wesentlich weitergegangen: Er hat in seiner Denkschrift zur Gründung der Ostwestfalen-Universität die Ausbildungslehreveranstaltungen weitgehend dem Mittelbau überlassen; die Lehrverpflichtung der Ordinarien soll sich nur in der allgemeinen Aufsicht und vor allen Dingen auf dem Niveau der Forschung abspielen.

Auch der Verzicht auf das überlieferte Elitedenken geschieht nur mit halbem Herzen. Aus dem Grundstudium, das der Wissenschaftsrat konsequent „Studium“ nennt, um es als den eigentlich normalen Ausbildungsprozeß zu kennzeichnen, hat er den Begriff der Elite praktisch ausgeschaltet. Doch das Elite-Leitbild des Professors als des eigentlichen Studienziels taucht mit dem Aufbaustudium, in dem der Student mit der wissenschaftlichen Arbeit vertraut gemacht, ja unmittelbar an sie herangeführt werden soll, wieder auf. So ist die Gefahr einer sozialen Zweiteilung an den Universitäten nicht gebannt, ja sie wird geradezu verschärft durch die allgemeine Abschlußprüfung am Ende der vier Studienjahre, die zunächst einmal das normale Studien-Ende bedeuten soll. Der Wissenschaftsrat weist darauf hin, daß die Abschlußprüfung, die in das Aufbaustudium hineinführt, besonders scharf gehalten werden kann, um geeignete Bewerber heranzuführen. Doch kann man die Bedingungen für eine Prüfung, die nach den Vorstellungen des Wissenschaftsrats zwar von Akademikern abgehalten, aber auch eine Berufseingangsprüfung sein muß, nicht mit dem Blick auf ein wissenschaftlich-elitäres Ausbildungsziel aufbauen.

Hier wird die Konfrontation der Hochschulen mit ihrer oft übersehenen Ausbildungsaufgabe praktisch wieder in Frage gestellt. Ein breiter Strom wird möglicherweise nach dem Bedarf rein wissenschaftlicher Bildung eng kanalisiert, also mit dem Blick auf das Aufbaustudium. Und genau damit wird das Bewußtsein dafür wieder unterhöhlt, daß die Überfüllung, mit der die Hochschule heute fertig werden muß, keine Ausnahme, sondern die Regel ist, solange die Gesellschaft zur Bewältigung ihrer komplizierten Aufgaben wissenschaftlich gebildete Menschen in großer Anzahl braucht.

wywar

Ein Begriff für:

**Schreibmaschinen
Addiermaschinen
Rechenmaschinen
Buchungsmaschinen
Fakturiermaschinen
Vervielfältiger
Umdrucker
Fotokopiergeräte
Diktiermaschinen**



**Bochum
Südring 19
Ruf 6 14 23**

Es gibt noch eine Reihe weiterer Belege dafür, daß der Wissenschaftsrat die revolutionären Ansätze und Folgen seiner Empfehlungen zwar erkannt hat, sie aber der praktischen Realisierung ohne deutlichen Wegweiser überläßt. So hat er beispielsweise den Begriff des „Kontaktstudiums“ gewissermaßen als dritte Bildungsstufe eingeführt, den höchst aktuellen Gedanken der „education permanente“ aber nur in Umrissen dargestellt. Hier fehlt es einfach an einem durchdachten Modell, und dies ist um so bedauerlicher, als gerade hier die Anschauungen noch am meisten durcheinandergehen und einer festen Wegführung bedurft hätten.

Aber schon mit dem Begriff des „exemplarischen Studiums“ ist der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen kaum fertig geworden. Hier wie dort hat er sich in der merkwürdigen Hast, mit eben diesen Empfehlungen zur Studienreform einen erheblichen Prestigeerfolg zu erringen, zu wenig Zeit zum Durchdenken der gesamten Materie, wie sie bisher in der Reformdiskussion ausgebreitet wurde, genommen. Nirgendwo findet man einen Hinweis darauf, daß beispielsweise sich die Erkenntnis bestimmter naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeiten oder die Einsicht in ganz bestimmte geistige Prozesse auf ganz andere Gegebenheiten oder Vorgänge übertragen lassen. Nirgendwo ist also das Exemplarische als Methode genauer und — wenigstens an einem einzigen überzeugenden Modell — mit der Fülle der in ihrem Zusammenhang auftauchenden psychologischen, soziologischen und hermeneutischen Probleme deutlicher umrissen worden.

Die Diskussion der offiziellen und offiziellen Stellen, vor allem der Fakultäten und Fachrichtungen nach der Veröffentlichung der Empfehlungen weist darauf hin, daß man die grundlegenden Umwälzungen, die die logische Folge einer konsequenten Realisierung dieser Empfehlungen wären, möglichst in konventionellem Sinne zu neutralisieren sucht. Man nimmt die Empfehlungen an, soweit sie in die Vorstellungen passen, die man selbst seit langem angestellt hat. Für den Studenten mag indessen die Folge in absehbarer Zeit einigermaßen erträglich sein, weil sich mehr und mehr bei den Fakultäten die Erkenntnis durchsetzt, daß man das Problem eines gründlichen Studiums nicht mehr durch seine unbedenkliche Verlängerung lösen kann.

So ist es wahrscheinlich, daß sich auf die Dauer gerade die sehr schwierig erscheinenden Probleme, wie etwa eine organische Gliederung des Studiums (auch in den Geisteswissenschaften) oder die Form der akademischen Abschlußprüfung bewältigen lassen. Die Lust, die studentische Freiheit einzuschränken und den Studenten in ein System von Studienplänen einzuzwängen, wird, wie die Formulierungen der Empfehlungen deutlich beweisen, immer zwingender. Und nicht nur die Professoren, sondern auch die offiziellen Vertretungen der Studentenschaft selber drängen auf Formen, die dem Studenten, vor allem in den ersten Semestern, den Studiengang so plastisch wie möglich machen.

Als Mittel seiner Kontrolle und Eigenkontrolle wird von den Empfehlungen die Zwischenprüfung, etwa nach dem vierten Semester, als ideale Lösung angeboten. Revolutionär und damit zukunftsweisend ist das allerdings nicht: Wenn es gelingt, auch in den geisteswissenschaftlichen Fächern das Aufsichtssystem zu verschärfen — indem man etwa nach dem Vorbild vieler Universitäten studentische Hilfskräfte stärker zur Kontrolle und Anleitung jüngerer Semester heranzieht und die Selbstkontrolle durch ein System von Seminaren, die erfolgreich belegt werden müssen, selbstverständlich macht — so erübrigt sich eine zusammenfassende Zwischenprüfung (es sei denn für solche, deren Erfolge fragwürdig und deren Leistungen auf Wunsch der Professoren oder der Studenten selbst noch einmal zur Diskussion gestellt werden sollten).

In den naturwissenschaftlichen Fächern ist das Studium durch feste Pläne sowieso so weitgehend gegliedert, daß es einer generellen Zwischenprüfung nach dem zweiten Studienjahr nicht mehr bedarf.

Das gegliederte oder gestufte Studiensystem bringt unzweifelhaft Gefahren mit sich, die in

der Diskussion mit dem Schlagwort der „Verschulung“ angedeutet werden. Ist damit die Methode gemeint, den einzelnen Studenten in einer unabsehbaren Masse zu erfassen und ihn mit Hilfe von Assistenten und studentischen Hilfskräften in einem Gruppensystem auf den Weg zur wissenschaftlichen Erkenntnis ohne unnötige Umwege einzuweisen, so muß es hingenommen werden. Doch laufen Studenten, die nach dem Plan des Wissenschaftsrates in den ersten beiden Jahren an die Kette fest umrissener Studienpläne gelegt werden — und überdies noch ausdrücklich in den ersten beiden Studienjahren ihre Hochschule nicht verlassen sollen, Gefahr, auch in den letzten beiden Studienjahren weitgehend unbeweglich zu sein; denn dann bereiten sie sich ja auf die Abschlußprüfung als Berufseingangstor vor. Die Tendenz, um des leichteren Weges im vertrauten System keinen Sprung mehr an eine andere Universität, und schon gar nicht ins Ausland zu wagen, wird übermächtig. Der festumrissene Studienplan ist nun einmal, wie man es auch drehen und wenden mag, eine Versuchung für die Schwachen und auch für die Durchschnittlichen und eine Faszination für die Starken. Die Freizügigkeit kann bei dem Hang der Deutschen zur Perfektion schließlich zu einem Nichts verkümmern. Man wird die Möglichkeit nicht aus dem System ausschließen dürfen, daß der zum Wagnis entschlossene Student nicht durch Formalismen gehemmt wird und daß er, der noch das Risiko der Seitenwege nicht scheut, wenn schon keine Regel, dann jedenfalls an den deutschen Hochschulen auch nicht zur Ausnahme wird.

Eine unumgängliche Folge der Empfehlungen ist zweifellos der Ausbau und die Ausstattung des Mittelbaus mit weiterreichenden Privilegien, wie etwa dem Prüfungsrecht. Der Verfasser sprach während der internen Diskussion um die Empfehlungen mit einem ihrer Initiatoren, dem hessischen Kultusminister Professor Schütte; dabei stellte sich heraus, daß bei diesem, und sicherlich nicht nur bei diesem Kultusminister, allein der Entschluß gereift war, den Ausbau der Ordinariate zugunsten des Mittelbaus zu bremsen. Dies ist nicht ohne Gefahr, denn einerseits soll zweifellos die Vermehrung der Ordinarienzahl nicht unter dem Aspekt der Ausbildung erfolgen, weil ihre Sache in erster Linie die Forschung ist. Doch wenn sich, wie die Empfehlungen meinen, die Ordinarien schon um die Studienbetreuung kümmern sollen, wird auch um die Erhöhung ihrer Zahl weiter gekämpft werden müssen. Ein Mischsystem ist sicher der beste Ausweg: Während der Ordinarius

die Oberaufsicht behält, delegiert er wesentliche Lehr- und auch Prüfungsbefugnisse an Assistenten und studentische Hilfskräfte.

Anders ist die Gliederung der Studentengruppen in überschaubare Arbeits- und Tutorien-Gruppen, wie es die Empfehlungen des Wissenschaftsrates vorsehen, nicht zu erreichen.

Das heißt freilich, daß der akademische Mittelbau über die gegenwärtigen Ansätze hinaus noch erheblich ausgebaut wird und daß die Lehrveranstaltungen teilweise einen ganz anderen Charakter annehmen: Nicht nur Professor Schelsky hat darauf hingewiesen, daß etwa die Vorlesungen, soweit sie sich in einer gewissen Routine bewegen (Hauptvorlesungen), beschränkt werden sollen, um dem Studenten die Möglichkeit zu geben, sich über Bücher und Quellen selber ein Bild vom Studienstoff zu machen.

Überhaupt bekommt die Einheit von Lehre und Forschung durch die Tätigkeit des Mittelbaus einen ganz neuen Aspekt: Diese Einheit wird nicht unbedingt mehr in jedem einzelnen Professor und in jeder einzelnen Lehrveranstaltung praktiziert. Vielmehr geht sie vom Professor und seinen wissenschaftlichen Assistenten aus, und sie wird in den Lehrveranstaltungen des Mittelbaus als stets sich wandelnde, zu neuen Perspektiven reichende Arbeitsbasis genommen. Darum ist auch die Vorstellung so absurd, daß man den größten Teil der heute noch akademischen Lehrveranstaltungen praktisch an Fachhochschulen abgeben könne. Das innige Band neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und ihrer sofortigen Übertragung in den Unterricht an der Hochschule würde zerreißen; denn die Fachhochschule kann ihrer Art nach nur den schematisierten Unterricht praktizieren, dem es an vielem, vor allem aber an der unmittelbaren Nähe zur Arbeit des Forschers fehlt.

Der Ordinarius soll in dem neuen System selbstverständlich nicht auf jede Lehrtätigkeit verzichten — aber er kann sie rationeller gestalten: Er bringt die wissenschaftliche Erkenntnis den Studenten des Aufbaustudiums und seinen unmittelbaren wissenschaftlichen Schülern nahe, und seine Lehre verteilt sich über ein Netz von Sprachrohren, dargestellt von diesen seinen Schülern in den mehr lehrhaft ausgestatteten Hauptseminaren und Vorlesungen für die Masse jener Studenten, die sich im eigentlichen „Studium“ auf den akademischen Beruf vorbereiten.

Es kann keine Frage sein, daß die Empfehlungen des Wissenschaftsrates in den nächsten Monaten noch heftig diskutiert, modifiziert und vielleicht hier und dort auch

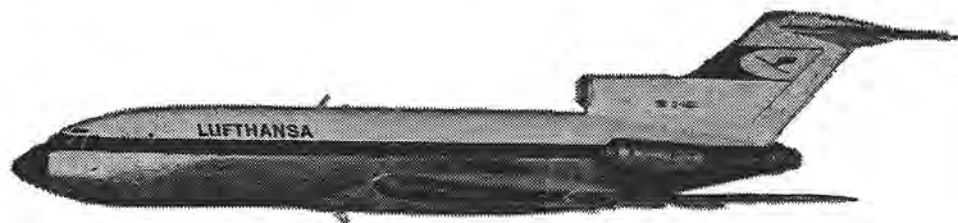
erweitert werden. Die Fakultäten und Fachschaften rüsten zu einer vertieften Diskussion, die durch neue Empfehlungen des Wissenschaftsrats wahrscheinlich noch intensiver gestaltet werden: Das Gremium ist bekanntlich dabei, für die wissenschaftliche Forschung an den Universitäten Schwerpunkt-Empfehlungen zu erarbeiten. Die beiden Problemkreise, Studienreform und Schwerpunkte, werden sich schon wegen der organisatorischen Folgerungen überschneiden müssen. Es wird abzuwarten sein, wie entschlossen der Wissenschaftsrat an die äußerst komplizierte Schwerpunkt-Frage herangeht. Jedenfalls wird es von dieser Entschlossenheit abhängen, ob es gelingt, seine Vorstellungen von einer neuen Formierung des Studiums auch nur einigermaßen bei den Hochschulen durchzusetzen, dadurch das Studium produktiver zu machen und damit praktisch auch die Grundlage für eine rationelle Forschung zu schaffen.

War der Wissenschaftsrat zu brav?

Prof. Waldemar Besson

Die neuen Empfehlungen des Wissenschaftsrates überraschen nur den, der die innere Entwicklung der deutschen Universitäten in den letzten Jahren nicht genauer verfolgt hat. Hier ist einfach zusammengefaßt und in klare Terminologie gebracht, was an vielen Orten längst diskutiert und mancherorts auch schon praktiziert wird. Eine Revolution bewirken wollte der eher konservative Wissenschaftsrat gewiß nicht. Sein Verdienst ist es auch diesmal, wie bei früheren Anlässen, die vielfältigen Einzelbemühungen um die Studienreform besser aufeinander abzustimmen, die kleineren Rinnsale zu einem mächtigeren Strom reformerischer Aktivität zu vereinigen und dieser durch seine unbezweifelbare Autorität eine bessere Legitimierung zu geben.

Sind Sie
Flug-Experte?



Dann beteiligen
Sie sich am

Preisausschreiben im ruhr-student

Heft 7 / Januar 1967

Zu
gewinnen
sind

je 1 Flugreise in die Weltstädte

Kopenhagen · London · Paris

(einschl. Taschengeld)

mit der



Lufthansa

Wer die Notwendigkeit der Reform der deutschen Universität bejaht, wird sich ermutigt fühlen. Wer Widerstand leistet, wird es jetzt schwerer haben. Vor allem die staatlichen Stellen, bei denen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates ein geradezu kanonisches Ansehen zu genießen pflegen, haben nun eine nützliche Gebrauchsanweisung an der Hand, an der sie ihr eigenes Verhalten in Sachen Studienreform vernünftiger als bisher zu orientieren vermögen. Die Erregung der Traditionalisten, die uns für die nächste Zukunft einige muntere hochschulpolitische Diskussionen verspricht, braucht die Männer des Wissenschaftsrates nicht zu irritieren. Es handelt sich dabei ohnedies um Rückzugsgefechte.

Eher könnte man bedauern, daß der Wissenschaftsrat auch diesmal wieder nicht konsequent genug gewesen ist. Man verzeihe mir den Ausdruck: Vielleicht ist der Wissenschaftsrat viel zu brav in seinen Gedanken und Worten, wenn man an das tatsächliche Ausmaß der Desorganisationen an deutschen Hochschulen und an das offenbar nicht geringer werdende Mißverhältnis von Aufwand und Ertrag denkt. Es steht auch zu befürchten, daß eine sinnvolle Neuordnung des Studiums, wie sie jetzt geschehen könnte, nicht geschehen wird, weil der Wissenschaftsrat vorsichtig die institutionellen Konsequenzen ausgespart oder bloß angedeutet hat. Ist denn selbst das Minimum, das der Wissenschaftsrat vorschlägt, zu erreichen, ohne tiefgreifende Veränderung unserer akademischen Selbstverwaltung, ohne eine neuartige Gliederung des Lehrkörpers, die einfach mit der Zauberformel „Verstärkung des Mittelbaus“ überflüssig gemacht werden kann? Braucht es nicht in den Universitäten Organe, die über genügend Führungswillen und Autorität verfügen, um „vested interests“ aus dem Feld zu schlagen?

Die grundlegende Reform des Rektorats und des Dekanats ist meiner Meinung nach eine der Voraussetzungen, daß eine neue Ordnung des Studiums eingeführt und durchgehalten werden kann. Ferner, was nützt alle Überlegung des Wissenschaftsrates, solange die Prüfungsordnungen nicht drastisch reformiert sind, da doch die Struktur der Prüfung weiterhin die Struktur des Studiums bestimmt? Hätte man nicht umgekehrt verfahren, die akademischen Berufsbilder endlich auf das moderne Niveau heben, die Prüfungsordnungen anpassen und dann das Studium in Aufbau und Form verändern müssen? Der erste Schritt hätte doch wohl sein müssen, den Dualismus von akademischer und staatlicher Prüfung zu beseitigen. Ohne dies ist im Grunde keine wirksame Studienzeiterkürzung möglich.

Und noch ein Gedanke drängt sich auf, wenn man die Beispiele des Wissenschaftsrates genauer betrachtet. Wie soll das alles möglich sein, ohne an das Kernstück der deutschen Universität, an Rechte und Pflichten ihrer Ordinarien zu rühren, die doch vor allem Glanz und Elend der deutschen Universitätstradition ausmachen?

Solch besorgte Fragen sollen die Leistung des Wissenschaftsrates nicht schmälern. Das Gesetz, unter dem er angetreten ist, läßt ihm wohl nur den Weg behutsamen und pragmatischen Vorgehens. Er wird deshalb nur froh sein, daß man an anderen Stellen, wie etwa in Konstanz über seine Empfehlungen schon hinaus ist, freilich nun auch die praktische Probe aufs Exempel machen muß. Im Gedanken des Aufbaustudiums, einem Kern der Konstanzer Konzeption, liegt wohl auch der wichtigste Punkt der neuen Empfehlungen des Wissenschaftsrates, freilich auch ihre größte Gefahr, daß nämlich nun zwei Klassen von Akademikern sich bilden könnten. Wir haben am Volljuristen schon genug und brauchen nicht auch noch den Vollakademiker. Die Einführung des Kontaktstudiums ist vollends ein Schritt in Neuland, der aber noch mehr als die deutsche Universität die deutsche Gesellschaft und den deutschen Staat reformieren würde, verwirklichte man ihn.

Im Kern zielt der Wissenschaftsrat mit seinen neuen Empfehlungen auf eine neue Gestalt der akademischen Freiheit, die nicht verwechselt werden soll mit Anarchie und Desorganisation. Ob er dabei genügend bedacht hat, daß nicht nur die Studierenden diese akademische Freiheit oft mißverstehen, sondern viel öfter noch Professoren, Dekane und Rektoren? Deshalb sollte der Wissenschaftsrat nun als nächstes darangehen, zu erforschen, wie diese und ihre Institutionen sich ändern müssen, damit die deutsche Universität im internationalen Wettbewerb um die Gestaltung der Zukunft bestehen kann.

(Dieser Artikel wurde erstmals im „Handelsblatt“ vom 24./25. Juni 1966 veröffentlicht)

Eine Warnung vor bequemer Lösung auf dem Rücken der Studenten

Hans-Joachim Haubold

Als im Mai 1966 die Vollversammlung des Wissenschaftsrates die „Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen“ (im folgenden WR-Empfehlungen) verabschiedete und sie im Juni publizierte, war die beteiligte Öffentlichkeit auf dieses Thema vorbereitet, und zwar durch die Diskussion um die Einführung einer befristeten Immatrikulation und durch die Auseinandersetzung zwischen Westdeutscher Rektorenkonferenz (WRK) und dem Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) um die Broschüre „Studienreform 1965“. (Wolfgang Heinz und Heinz Theodor Jüchter, Studienreform 1965. Perspektiven, Bonn, Dez. 1965. Schriften des VDS 4.) Diese Broschüre stellte die rein administrativen Maßnahmen wie befristete Immatrikulation in den größeren Zusammenhang einer umfassenden Studienreform. Außerdem haben unter unterschiedlichen Aspekten die Beratungen der Studienstiftung des Deutschen Volkes (Studienreform. Ein Beitrag zur Reform der Universität. Bonn, Dez. 1965. Studienstiftung des Deutschen Volkes) und vor allem der Studentengemeinden während des gemeinsamen Evangelisch-Katholischen Studententages in Göttingen dazu beigetragen, die Probleme der Studienreform stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken (Arbeitsbuch des Evangelisch-Katholischen Studententages in Göttingen 1965. „Studieren ist anders“. Herausgegeben im Auftrag der Evangelischen Studentengemeinde und der Katholischen Deutschen Studenteneinigung von Jochen R. Klicker und Johannes Hoffmann).

Doch der wichtigste Beitrag zu der Diskussion um die Studienreform sind zweifellos die „WR-Empfehlungen“.

Ich kann mich nicht der Meinung anschließen, die besagt, daß die Empfehlung des WR vor allem ein Impuls für die Weiterführung der bisher schwebenden Studienreformdiskussion vor allem in den Fakultätstagen sei, weil gerade die grundsätzliche Ausrichtung auf eine Diskussion um Studien- und Ausbildungsziele in diesem Gutachten neu ist. Es soll jedoch nicht verkannt werden, daß bereits an einigen Fakultäten Maßnahmen zur Studienreform begonnen worden sind.

Der Wissenschaftsrat (WR) geht aus von der Ortsbestimmung der Wissenschaft für die Gesellschaft: „Die wissenschaftliche Durchdringung der Praxis führt dazu, daß direkte Erfahrung und Überlieferung zunehmend unzulänglich und fragwürdig werden. An ihre und an die Stelle von Fertigkeiten und Künsten treten von der Forschung bestimmte wissenschaftliche Methoden und Kenntnisse. Die Praxis in allen Bereichen braucht deshalb immer mehr Menschen, die, im Umgang mit der Wissenschaft zugleich diszipliniert und aufgeschlossen, in der Lage sind, aus eigener sachlicher Einsicht und nicht nur als im Verfahren der Praxis Eingeweihte zu entscheiden, zu planen und zu handeln“ (S. 9). „In einer Gesellschaft, in der Bildung auf allen Stufen ein Grundrecht aller ist, haben Studium und akademische Bildung aufgehört, das Privileg einer relativ kleinen Schicht zu sein. Zugleich wächst der Bedarf an Personen mit wissenschaftlicher Ausbildung. Die Wende, die sich damit in der Einstellung und im Verhalten der Öffentlichkeit und des einzelnen Staatsbürgers zu den Hochschulen im nationalen und internationalen Bereich vollzieht, stellt die Hochschulen vor die Aufgaben, deren Erfüllung eine zentrale politische Bedeutung erhalten hat“ (S. 11).

Für die Hochschulen selbst fordert der Wissenschaftsrat, daß die Einheit von Forschung und Lehre wiederherzustellen sei, wenn sie ihre Aufgaben wahr- und die Wissenschaftlichkeit ernstnehmen wollen: Die Trennung von Forschung und Lehre läuft der Tendenz einer wachsenden für den Fortschritt der Wissenschaft notwendigen Verschulung bestehender getrennter Einrichtungen zuwider.

In diesen Rahmen fällt die Bestimmung des Ausbildungszieles, das das „zentrale Problem“ (S. 13) der WR-Empfehlungen ist. Leider ist in der bisherigen Diskussion über dieses Gutachten zu wenig auf die Funktion dieser Zielbestimmung, die der rote Faden der gesamten Empfehlungen ist, eingegangen

worden. Man hat sich zu schnell auf die organisatorischen und administrativen Vorschläge gestürzt. Erst eine ausführliche Diskussion über die Ausbildungsziele vermag die hinreichenden Gründe für weitergehende Reformmaßnahmen zu liefern.

Allerdings ist die Beschreibung des Ausbildungszieles in der Arbeit des Wissenschaftsrates nicht eindeutig genug: „... (es) zeichnen sich deutlich zwei extreme Positionen ab.

Nach der einen muß es das Ziel der wissenschaftlichen Hochschulen sein, die Studenten zur selbständigen Mitwirkung in der Forschungsarbeit zu bringen, nach der anderen kann die Ausbildungsfunktion für die weitaus überwiegende Mehrzahl der Studenten nur darin bestehen, sie auf wissenschaftlicher Grundlage mit den für ihren Beruf nötigen Kenntnissen zu versehen“ (S. 13). Als Lösung schlägt der Wissenschaftsrat die Aufgabe des einheitlichen Studienzieles und die „Differenzierung des Ausbildungszieles in gestuften Studiengängen“ vor. In einem zeitlich begrenzten, durch eine Prüfung abgeschlossenen Studium sollen die Studenten befähigt werden, einen Beruf zu ergreifen, der Wissenschaft voraussetzt. Die an der Forschung Interessierten und zur Forschung Befähigten (eine kleine Zahl) sollen die Gelegenheit erhalten, in einem Aufbaustudium ihre Fähigkeiten zu entfalten. Das Kontaktstudium schließlich soll allen im Beruf Stehenden die Möglichkeit geben, sich mit dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Entwicklung, mit seinen Methoden und Verfahren zu beschäftigen.

Die derart vorgenommene Aufgliederung des Studienzieles weist jedoch einige wesentliche Widersprüche auf. Wenn das Ausbildungsziel als ein dynamisches und nicht feststehendes Ziel eingeführt wird — ein Vorgang, der sich nur schwer durchsetzen kann und zu einer ständigen Überprüfung der Studieninhalte führen muß —, wenn ferner Wissenschaft bezeichnet wird als eine der Lebensvoraussetzungen unserer gegenwärtigen Gesellschaft und Wissenschaft selbst Forschung und Lehre heißt, dann ist es nicht überzeugend von dem Ziel zu reden als einer „Erziehung zu selbständigem, kritischem Denken durch Wissenschaft“. Wissenschaft muß nach dieser Formel auch die Beteiligung an der Forschung umfassen, andernfalls könnte die Fähigkeit zur Kritik nicht hinreichen, die Praxis wissenschaftlich zu durchdringen und zu kritisieren, die *éducation permanente* zu realisieren in der Aneignung des wissenschaftlichen Fortschritts nach der Weckung von Interessen, das (spätere) berufliche Handlungsfeld als Forschungsobjekt anzu-

sehen und anzugehen. Daß die Mölichkeit des gegenteiligen Verstehens nicht ausgeschlossen ist, legt das Aufbaustudium dar: „Das Aufbaustudium dient vor allem der Vertiefung des Studiums. Es soll die Studenten in engeren Kontakt mit der Forschung bringen, als dies im Studium möglich oder nötig ist“ (S. 30).

Die Differenzierung der Studentenziele kann aber nicht willkürlich haltmachen vor dem Aufbaustudium und dieses nur als Vertiefungsstudium ansehen. Die Differenzierung und Dynamik von Ausbildungsgängen, die Förderung der in der Bundesrepublik stark vernachlässigten Interdisziplinären Forschung und der Vorteil, sich wegen vieler Gründe für ein Aufbaustudium zu entschließen — das alles könnte sich für den wissenschaftlichen Nachwuchs günstig auswirken.

Zur Realisierung der Empfehlungen

Zur Frage, inwieweit die Forschung im Studium notwendig ist, müssen sich Vertreter der einzelnen Fächer zusammen mit Forschern der Hochschuldidaktik und -methodik zusammensetzen, damit nicht Fachegoismus und vermeintliche Einheitlichkeit des Faches die Reformmöglichkeiten von vornherein in Frage stellen. So muß speziell die Verlagerung der „eigentlichen“ Diskussion in die Fakultäten und Fakultätentage zu aufmerksamer Beobachtung herausfordern. Kritische Aufmerksamkeit zieht besonders der Einzelvorschlag der Germanisten auf sich: hier scheint tatsächlich — geht man vom Ergebnis aus — noch keine intensive Diskussion um hochschulgemäße Fachdidaktik und -methodik vorausgegangen zu sein.

Die angemessene Diskussion der vorliegenden Einzelentwürfe wie die Konkretisierung in den übrigen Fachrichtungen erfordert die gleichberechtigte Teilnahme der Studenten an den Diskussions- und Beratungsgremien, die sich mit den WR-Empfehlungen befassen. Diese Gremien müßten aufbauen können auf Untersuchungen über fachbezogene Forschungspolitik und -entwicklung, dem Ernstnehmen wissenschaftlicher Methoden ohne Zuhilfenahme sachfremder Zwänge und Mittel. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß Vorlesungsrezensionen geeignet sind, eine studentische Öffentlichkeit zu schaffen und die Rationalität der Methoden zu gewährleisten. Dazu bedarf es einer großen Verantwortungsbereitschaft engagierter Studenten und einer guten Fachschafts- und Studentenschaftsarbeit.

Die einzelnen Modelle für Studienpläne, die der Wissenschaftsrat entwickelt hat, sollen hier nicht diskutiert werden — es steht jedoch fest, daß sie von einem überlegten Gesamtmodell ausgehen. Sie versuchen vor allem das Problem des vorzeitigen Studienabbruchs und der notwendigen Studieneinführung und der begleitenden Kontrolle gerecht zu werden.

Es muß jedoch abschließend nachdrücklich gewarnt werden — wie es in der Tagespresse zu lesen war — die Studienreform „administrativ-zügig“ durchzuführen, solange nicht die Einzelvorschläge verwirklicht werden. Als Beispiel seien hier Studienberatung, Arbeit in kleinen Gruppen, Studienpläne, exemplarische Prüfungen genannt. Die einfachere und bequemere Lösung würde sich zu allererst auf dem Rücken der Studenten abspielen und nicht ohne erhebliche Rückwirkungen auf die Universitäten bleiben können. Diese Rückwirkungen nämlich beabsichtigte der Wissenschaftsrat sicherlich nicht, als er schrieb: „Ihre (die der WR-Empfehlungen, d. Verf.) Verwirklichung wird die Korrektur und auch die Preisgabe mancher durch Alter ehrwürdigen Vorstellungen notwendig machen; sie wird große Anstrengungen von den Hochschulen, aber auch vom Staate fordern.“

Politiker zur Studienreform

Der „ruhr-student“ sprach mit den Bundestagsabgeordneten Dr. Dichgans (CDU), Dr. Lohmar (SPD) und Moersch (FDP)

ruhr-student

In der umstrittenen Broschüre „Studienreform 1965“ des Verbandes Deutscher Studentenschaften heißt es, daß nicht Vertreter von Hochschulen, sondern Politiker die Diskussion um die Studienreform 1963 entfacht und bis heute in Gang gehalten hätten. Herr Dr. Dichgans, Sie werden in dieser Broschüre als einer dieser Politiker genannt, daher an Sie die Frage: Hat die Hochschule bisher auf dem Gebiet der Studienreform versagt?

Dr. Dichgans

Nein, das möchte ich nicht sagen — ganz im Gegenteil. Die Hochschulen haben sich seit vielen Jahren mit dem Problem der Studienreform befaßt, aber es ist natürlich bei der Organisation unserer Hochschulen für den einzelnen Professor nicht ganz einfach, seine Ideen durchzusetzen. Bei den Universitäten gilt ja bekanntlich das Prinzip der Einstimmigkeit. Die Fakultäten können also nur agieren, wenn alle Kollegen der gleichen Meinung sind. Ich würde sagen, daß man diese Schwierigkeit der Hochschulen anerkennen muß. Die Politiker haben es in diesem Sinne einfacher, sie können Einzelinitiativen starten, ihre Kollegen gewinnen. Das, was wir Politiker getan haben — keineswegs nur ich, sondern auch andere Kollegen —, baut auf der Arbeit, die in der Universität selber geleistet worden ist. Wir haben nur neue Impulse in das Geschäft gebracht.

ruhr-student

Sie würden also sagen, daß die Unbeweglichkeit der Hochschulen in dieser Frage an der unbeweglichen Institution der Hochschule liegt?

Dr. Dichgans

Ich bin in der Tat dieser Meinung. Als die Organisation unserer Hochschulen geschaffen wurde, hatte eine Hochschule wie Freiburg z. B. etwa 400 Hörer. Solange die Dinge so waren, konnte man natürlich die Universitäten anders verwalten als das heute notwendig ist. Ich bin der Meinung, daß die Organisation der Hochschulen der Entwicklung der Studentenzahlen nicht gefolgt ist.

ruhr-student

Herr Dr. Lohmar, würden Sie den gleichen Schluß ziehen?

Dr. Lohmar

Im großen und ganzen kann man sich über die Beobachtung dieses Tatbestandes wohl nur einig sein. Soweit ich sehe, sind auch viele ihren eigenen Institutionen gegenüber halbwegs kritisch eingestellte Hochschullehrer der gleichen oder ähnlichen Auffassung, wie sie Herr Dichgans eben skizziert hat. Die Frage ist, welche Folgerungen man daraus zieht.

ruhr-student

Man hätte doch vielleicht erwarten können, daß die Westdeutsche Rektorenkonferenz Empfehlungen zur Studienreform vorlegt und nicht gerade der Wissenschaftsrat. Die WRK ist doch im Grunde genommen erst verantwortlich für diese Dinge.

Dr. Lohmar

Ich finde die Tatsache, daß der Wissenschaftsrat den ersten Schritt getan hat, deswegen gut, weil hier zum erstenmal zwischen einer repräsentativen Gruppe von Wissenschaftlern und den verantwortlichen Kultur- und Wissenschaftspolitikern von Bund und Ländern in einer round-table-Konferenz eine Übereinstimmung über wesentliche Prinzipien der Studienreform erzielt worden ist. Das ist ein Konsens, der es vielleicht für die WRK erst möglich macht, sich in ihrer späteren Konferenz in Hamburg mit diesen Dingen zu befassen. Ein zeitlich umgekehrter modus procedendi hätte möglicherweise zu einer weniger eindeutigen Aussage geführt. Zugleich hätte sie den Nachteil gehabt, daß die Politiker durch eine Stellungnahme der WRK eben weniger verpflichtet worden wären als sie durch die von ihnen gemeinsam erarbeitete Stellungnahme des Wissenschaftsrates ins obligo genommen worden sind. Kurzum: Eine Verbindlichkeit im Sinne des Sich-daran-halten-müssens dieser Empfehlungen zur wissenschaftlichen Seite, d. h. zu den Hochschulen und zur politischen Seite, d. h. zu den Ländern hin, ist durch den Wissenschaftsrat in höherem Maße gewährleistet als ihn irgendeine andere Institution wie die WRK hätte erreichen können.

ruhr-student

Nun zu dem Inhalt der Empfehlungen: In der Bundestagsdebatte über die Vorschläge gab es sehr unterschiedliche Meinungen: Die Meinung der Sprecher der SPD war geteilt, die der CDU waren skeptisch und die FPD setzte sich für das Gutachten ein. Herr Dr. Lohmar, wie beurteilen Sie die Empfehlungen?

Dr. Lohmar

In diesem Gutachten des Wissenschaftsrates sind einige wesentliche zeitlich und sachlich überfällige Vorstellungen zur Studienreform zusammengefaßt worden. Die Kritik, die im wesentlichen eine Preisgabe der Einheit von Forschung und Lehre einerseits und eine Veränderung des wissenschaftlichen Charakters des Studiums andererseits befürchtet, geht einfach an den institutionellen Vorschlägen, die in dem Gutachten zu lesen sind, vorbei und...

ruhr-student

Können wir auf die Frage der Einheit von Forschung und Lehre gleich noch einmal zurückkommen, Herr Dr. Lohmar, und vielleicht noch die grundsätzliche Stellungnahme von Herrn Dr. Dichgans und dann von Herrn Moersch abwarten.

Dr. Dichgans

Im Grundsatz kann ich dem Herrn Kollegen Lohmar voll zustimmen. Ich halte dieses Gutachten für einen sehr großen Fortschritt, weil endlich einmal eine Institution von diesem Range klare Vorstellungen über Studiendauer herausgegeben hat, eine Vorstellung, die dahingeht, daß der normale Student nach 4 Jahren sein Studium beenden soll.

Moersch

Ich halte dieses Gutachten für sehr notwendig, das vielleicht schon viel früher hätte kommen müssen, weil ohne eine derartige Reform — wie immer man zu den Einzelheiten stehen mag — die Misere an den deutschen Hochschulen nicht beendet werden kann.

ruhr-student

Sie, Herr Dr. Lohmar, sprachen eben schon das Grundproblem der ganzen Diskussion an: Ist die Einheit von Forschung und Lehre in diesem Gutachten gewahrt?

Dr. Lohmar

Ich finde die — soweit Forschung und Lehre in Betracht kommen — Zweiteilung des Studiums in Grundstudium und darauf folgendes, mehr der Forschung gewidmetes, Hauptstudium sanktioniert im Grunde genommen nur einen Zustand, der seit langem besteht. Aber die Vorschläge des Wissenschaftsrates bringen in den bestehenden Zustand eine gewisse Systematik, eine vernünftige zeitliche und sachliche Zuordnung dieser beiden Ausbildungsabschnitte. Selbst wenn man der Meinung ist (und ich bin in der Tat dieser Meinung), daß jeder Student die institutionelle Chance haben und behalten muß, sich im Laufe seines Studiums im Sinne von Forschung wissenschaftlich zu betätigen, kann man nicht davon ausgehen, daß jeder Student das will und dazu in der Lage ist. Eine gediegene und vernünftige Grundbildung in seinem Fach scheint mir auch für eine spätere Mitarbeit in der Forschung eine unerläßliche Voraussetzung zu sein und deswegen ist es einfach arbeitsmethodisch gesehen vernünftig, diese Zweiteilung in dem Sinne vorzuschlagen und durchzusetzen — wie sie der Wissenschaftsrat formuliert hat.

ruhr-student

Sie sprechen die Systematik an, Herr Dr. Lohmar. Manche Kritiker meinten, das Studium sei zu schematisch ausgebaut worden: man könne die Geisteswissenschaften nicht etwa mit den Naturwissenschaften im Aufbau des Studiums über einen Kamm scheren.

Dr. Dichgans

Wenn man eine Reform machen will, dann muß man zunächst ein allgemeines Leitbild aufstellen. Es ist selbstverständlich, daß dieses Leitbild dann differenziert werden muß. Es gibt bis heute Studiengänge, z. B. bei den Juristen, bei denen nur sieben Semester vorgeschrieben sind, weil eine Referendaraus-bildung folgt. Es wäre ganz sinnlos — weil jetzt acht Semester als generelle Richtlinie herausgegeben ist — das juristische Studium nun zu verlängern. Auf der anderen Seite sind wir uns wohl darüber klar, daß die Mediziner wahrscheinlich mit acht Semestern nicht auskommen werden. Man muß hier also etwas differenzieren.

ruhr-student

Dürfen wir die folgende Frage grundsätzlicher Art in die Debatte werfen: Kann man im Zeitalter der Berufsausbildung an den Universitäten die Einheit von Forschung und Lehre eigentlich noch aufrecht erhalten?

Moersch

Im strengen Sinne wird es natürlich schwierig sein, die Einheit von Forschung und Lehre in allen Fächern aufrecht zu erhalten. Aber im Prinzip muß die Lehre dazu befähigen, mit wissenschaftlicher Methodik arbeiten zu können. Damit ist ja im Grunde die Forschung schon mit drin. Eine Trennung im eigentlichen Sinne ist sicherlich nicht möglich. Ganz zweifellos wird in den höheren Semestern ohnedies mehr für die Forschung getan werden müssen.

ruhr-student

Meinen Sie mit „höherem Semester“ das Haupt- oder Aufbaustudium?

Moersch

Es wird schon im Hauptstudium beginnen müssen. Wenn weniger Teilnehmer in einem Seminar sind, dann kann doch viel eher eine mehr der Forschung dienende Seminararbeit — z. B. in einem Oberseminar — geschrieben werden, als wenn es sich um eine Massenabfertigung handelt, wo eben mehr der schulische Betrieb zum Zuge kommt. Ihre Frage kann man schematisch überhaupt nicht beantworten: das ist mehr oder weniger doch eine Folgeerscheinung der Überfüllung der Hochschulen und des Mangels an Dozenten. Wenn wir das System mit mehr Tutoren, wissenschaftlichen Räten und mehr Dozenten für die jetzige Zahl der Studenten am Ende erreichen, dann wird meiner Ansicht nach in

zehn Jahren über das Problem, ob die Forschung zu kurz käme, gar nicht mehr gesprochen werden müssen, weil die Forschung dann ganz selbstverständlich wieder ihren Platz hat.

ruhr-student

Die praktische Folgerung aus den Empfehlungen des Wissenschaftsrates ist ja tatsächlich die Stärkung des Mittelbaus. Der Mittelbau wird wohl zum allergrößten Teil für die Lehre verantwortlich sein: da wird dann doch das Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre „durchlöchert“ werden?

Dr. Dichgans

Ich würde die allergrößten Bedenken dagegen haben, einen Mittelbau einzurichten, der nur für die Lehre da ist, also etwa eine Art gehobener Studienräte. Im Gegenteil: der Unterricht sollte in allen Stadien von Lehrkräften erteilt werden, die im Prinzip geeignet sind, auch ordentliche Professoren zu werden. Eine Trennung in hochqualifizierte und weniger qualifizierte Lehrer widerspricht dem Wesen der Universität.

Moersch

Ich glaube, wir sind in Deutschland immer dabei, Scheinprobleme zu errichten. Was heißt hier „Forschung und Lehre“? In Wahrheit ist doch das Problem, wie die Lehre in Deutschland an der Universität stattfindet, nämlich die Frage nach der Hochschuldidaktik. Wenn die Hochschuldidaktik wirklich so gut wäre wie sie sein müßte, dann würde man nicht ständig fordern, den Schwerpunkt mehr auf die Lehre zu legen. In Wahrheit geht es nicht darum, die Forschung etwas kürzer kommen zu lassen, sondern es geht darum, die Lehre, die Didaktik an der Hochschule entscheidend zu verbessern, unter deren Qualität gerade die ersten Semester ganz besonders leiden.

ruhr-student

Ein großer Forscher muß doch nicht unbedingt auch ein guter Lehrer sein, Herr Dr. Lohmar?

Dr. Lohmar

Man sollte das Problem eher umgekehrt formulieren. Was zwingt unsere Fakultäten bei ihren Berufungsverhandlungen dazu, lediglich die Forschungseignung als ausschließliches Kriterium anzulegen? Warum sehen sie nicht wenigstens auch auf die Lehrbefähigung eines jungen Wissenschaftlers, der sich habilitieren möchte?

Wenn man Forschung und Lehre als gleichrangige und gleichberechtigte Elemente der Universität sieht, muß die Qualifikation in beiden Hinsichten gegeben sein, wobei es immer so sein wird, daß der eine sicher mehr als Lehrer und der andere mehr als Forscher begabt ist. Aber die Fakultäten selber könnten durch mehr Gleichgewichtigkeit dieser beiden Kriterien bei ihrer Nachwuchspolitik einiges dazu tun, die Sorge, die Sie formuliert haben, zu beheben.

Moersch

Ich habe im naturwissenschaftlichen Bereich die Erfahrung gemacht, daß diejenigen Wissenschaftler, die einen großen Namen haben, im allgemeinen auch sehr gute Lehrer gewesen sind, weil sie eben sehr präzise denken können. Ich sehe also durchaus die Möglichkeit, daß einer, wenn er wirklich eine wissenschaftliche Kapazität ist (das bedarf vielleicht bei dem einen oder anderen einer besonderen Ausbildung) durchaus in die Lage versetzt werden kann — durch kleine Nachhilfen vielleicht — ein sehr guter Lehrer im eigentlichen Sinne zu sein.

ruhr-student

Was sind „kleine Nachhilfen“?

Moersch

Das sind die Hilfen, die jeder Volksschullehrer auf der Pädagogischen Hochschule bekommt, nämlich wie man etwa eine Gruppe von Zuhörern fesselt, wie man ein Problem darlegt usw. Das kann man lernen, das ist keine Sache, zu der man ein Genie sein muß.

Dr. Dichgans

Ich möchte noch einmal bei dem, was Kollege Lohmar über die Zusammensetzung des Lehrkörpers gesagt hat, ansetzen. Die Schwierigkeiten rühren sicher daher, daß es viele Fakultäten gibt, wo die Professoren aus der rein wissenschaftlichen Karriere kommen. Daher mein Vorschlag: Man sollte z. B. Oberlandesgerichtsräte oder Oberstudienräte zu Professoren machen, wenn sie sich durch eine entsprechende wissenschaftliche Arbeit qualifiziert haben. Ich würde vorschlagen, diese Herren zunächst einmal als Professoren auf Zeit zu berufen, ihnen während drei oder vier Jahren die vollen Pflichten eines Professors zu geben. Wenn sie sich bewähren, werden sie ordentliche Professoren auf Lebenszeit, wenn sie sich nicht bewähren, gehen sie eben an das Oberlandesgericht oder an die Schule zurück. Ich glaube, das würde eine fruchtbare Wechselwirkung von Lehre und Praxis ergeben, die auch der Didaktik zugute käme.

ruhr-student

Eine andere Frage: Prof. Besson hat in diesem ruhr-student zu den Empfehlungen folgendes geschrieben: „Vielleicht ist der Wissenschaftsrat viel zu brav in seinen Gedanken und Worten, wenn man an das tatsächliche Ausmaß der Desorganisation an den deutschen Hochschulen ... denkt“. War er zu brav?

Dr. Dichgans

Der Wissenschaftsrat hat genau das richtige getan, er hat alles das getan, was man der Wissenschaft und den Universitäten in diesem Augenblick zumuten konnte. Sicher wird das, was der Wissenschaftsrat geschrieben hat, nicht das letzte Wort in 50 Jahren sein. Die Bildungsreform ist eben eine permanente Aufgabe.

ruhr-student

Die Forderungen des Wissenschaftsrates sind ja im Grunde genommen eine Zusammenfassung bestehender Forderungen, die früher schon einmal erhoben worden sind. War der Wissenschaftsrat nicht doch zu brav, Herr Dr. Lohmar?

Dr. Lohmar

Brav finde ich keine passende Kategorie zur Kennzeichnung der Haltung des Wissenschaftsrates. Seine Vorschläge sind sachgemäß in zweierlei Hinsicht: Sie sind — glaube ich — keine psychologische Überforderung der Beteiligten in der wissenschaftlichen und politischen Welt. Sie haben zweitens die Forderungen zusammengefaßt, die methodisch, institutionell und sachlich einfach vorrangig sind, die nun mal verwirklicht werden müssen. Beides muß ein Dokument auszeichnen, das eine Aussicht haben soll, Realität zu werden.

Moersch

Die Aufgabe des Wissenschaftsrates war ja nicht, einen Extremfall zu konstruieren, sondern das vorzuschlagen, was auch in absehbarer Zeit verwirklicht werden kann. Er hätte ja seine eigene Autorität in Frage gestellt, wenn er Angriffsflächen gezeigt hätte, die nicht notwendig waren.

ruhr-student

Was geschieht, wenn die Hochschulen — trotz der relativ positiven Reaktion der Westdeutschen Rektorenkonferenz — die Vorschläge des Wissenschaftsrates nicht realisieren? Der Kultusminister von Hessen, Prof. Schütte, hat gesagt: „Dann kommt die Stunde der Kulturpolitik!“

Dr. Dichgans

Wir sollten zunächst davon ausgehen, daß die Universitäten das auch selber machen. Es ist doch hochofreulich, daß dieses Gutachten

nicht zu Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen Wissenschaftsrat und Rektorenkonferenz geführt hat. Trotz mancher interner Meinungsverschiedenheiten haben sich beide auf die gleiche Plattform gestellt.

Ich würde also nicht sagen, daß die Kulturpolitik sozusagen den Stock im Schrank darstellt, der wirksam wird, wenn die Dinge nicht aus eigener Initiative gelöst werden. Die Kulturpolitik sollte ständig aktiv sein, ständig Impulse in das System geben und die Entwicklung beschleunigen, die alle gutwilligen Leute in den Universitäten ja auch heute von sich aus betreiben möchten.

ruhr-student

Die Rektorenkonferenz hat aber moniert, daß sie nicht gehört worden ist ...

Dr. Dichgans

Ich will mich in diese Formalien nicht einmischen, weil ich die Details zu wenig übersehe. Als Politiker sind wir nur an dem Ergebnis und nicht an dem Ablauf im einzelnen interessiert.

ruhr-student

Herr Dr. Lohmar, würden Sie vielleicht — wenn Sie wollen — die Äußerung Ihres Parteifreundes Schütte interpretieren?

Dr. Lohmar

Ich neige von Natur aus wenig dazu, solche apodiktischen Formulierungen nachempfinden zu können. Ich möchte es eher mit der pragmatischen Beobachtung genug sein lassen, daß die Hochschulen mit der gebührenden Aufmerksamkeit davon Kenntnis nehmen müssen, mit welcher Intensität, mit welcher Sorgfalt und auch mit welcher Eindeutigkeit im Resultat sich ihre Repräsentanten im Wissenschaftsrat und in der WRK mit den Politikern über diese Vorschläge verständigt haben. Man kann also nicht so tun, als ob es sich hier um eine Stellungnahme 397 oder 538 in der zwanzigjährigen Hochschulreform-Diskussion nach dem Kriege handelt, sondern es handelt sich hier dem politischen und wissenschaftlichen Gewicht nach um eine sehr viel beachtlichere Stellungnahme, die aus der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Politikern entstanden ist. Wenn die Hochschulen dieses Dokument mit dem ihm zukommenden Ernst würdigen, kann ich es mir eigentlich schlecht vorstellen, daß sie es so mißverstehen, daraus keine zeitlich und sachlich angemessenen Konsequenzen zu ziehen. Ich glaube, die Stunde der Kulturpolitik, von der Herr Schütte sprach, wird wohl von den Universitäten selber genützt werden.

Unsere Pfandbriefe sind wegen ihrer hohen Verzinsung zur Anlage von Sparkapital immer zu empfehlen.

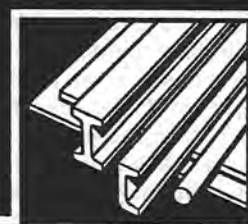


Jede Bank oder Sparkasse gibt Ihnen Auskunft.
Auch wir selbst beraten Sie gerne.

Deutsche Pfandbriefanstalt Wiesbaden - Berlin

62 Wiesbaden · Paulinenstr. 15 — 43 Essen · Theaterplatz 8

Eisen und Metall



Schrott	Walzstahl
Roheisen	Qualitätsstahl
Ferrolegerungen	Maßbleche
NE-Metalle	Seebergung
Abbrüche	Schiffsabwrackung

Nutzeisen und Grubenausbau

EISEN UND METALL AKTIENGESELLSCHAFT
GELSENKIRCHEN · AHLMANNSHOF 22 · TEL. 20881 · TELEX 0324798



GOCKEL+NIEBUR

Baugesellschaft m. b. H., Bochum

Münster · Hagen

Erdbau
Betonbau
Eisenbahnbau
Wasserbau
Tunnelbau
Straßenbau
Industriebau
Rammarbeiten

Moersch

Ich bin der Meinung, wir müssen überzeugen und die öffentliche Meinung muß überzeugt werden. Gerade in diesem Bereich wäre jeder Versuch eines Befehls oder jeder Versuch des Druckausübens im Grunde sinnlos. Wir müssen allerdings mit aller Entschiedenheit unsere Meinungen vortragen, denn wir sind in erster Linie dafür verantwortlich, daß die öffentlichen Mittel in einer rationellen Weise genützt werden. Wir müssen einen Effekt und zwar den bestmöglichen Effekt der Gelder sehen. Ich will damit niemandem das Recht beschneiden, für seine Fakultät andere Lösungen vorzuschlagen, das soll durchaus geschehen. Alles, was hier vorgeschlagen wird, wird sorgfältig diskutiert werden müssen.

Aber daß sich an den deutschen Hochschulen etwas ändern muß, ist wohl völlig unbestritten. Wir sind dafür verantwortlich, daß eine gewisse Nachhilfe in der öffentlichen Meinung mitgegeben wird. Wir haben eben keine eigene gesetzgeberische Kompetenz, wir sind lediglich diejenigen, die einige, die einige Gesetze wie Ausbildungsvorschriften u. ä. ändern müssen, damit dann die Studienreform auch praktisch werden kann.

ruhr-student:

Die Aufgabe der Kulturpolitiker auf diesem Gebiet ist also eine rein rhetorische?

Moersch

„Rhetorisch“ heißt in diesem Fall für mich der Versuch von dem als richtig Erkannten auch andere zu überzeugen, die bisher noch nicht überzeugt waren. Ich meine, das Parlament ist auch ein Ort, wo eben diskutiert wird. Daraus bilden sich dann Meinungen und schließlich auch eine öffentliche Meinung.

ruhr-student

Die Bundestagsdebatte über die Studienreform wird also fortgesetzt?

Moersch

Man wird bei irgendeiner kommenden Gelegenheit ganz gewiß auf dieses Thema wieder eingehen müssen.

Dr. Lohmar

Ich meine — und da werden wohl alle drei Fraktionen übereinstimmen, wenngleich sich ja die CDU im Bundestag den Vorschlägen des Wissenschaftsrates als Fraktion kritischer als die FDP und SPD gegenüber geäußert hat —, daß wir im Frühjahr 67 eine Gelegenheit suchen müssen, im Parlament mit dem Wissenschaftsrat und der WRK in ein Gespräch zu kommen, in ein parlamentarisches

Hearing vielleicht, um zu klären, was aus diesen Vorschlägen geworden ist, damit eine rasche, vielleicht auch modifizierte Durchsetzung der Vorschläge gewährleistet wird. Das ist eine Aufgabe des Bundestages, hier im Sinne der kritischen und drängenden Anteilnahme an der Diskussion teilzunehmen.

Moersch

Dieses Thema bietet sich für ein Hearing geradezu an, um eine Zwischenbilanz zu ziehen, herauszufinden, wo besondere Schwierigkeiten sind, wo es läuft. Zwei Gebiete sollten wir besonders dabei herausgreifen, die jetzt ja auch in der Öffentlichkeit ganz besonders umstritten sind, nämlich die Ausbildung der Philologen und der Mediziner. Es wird viele Mißverständnisse klären, wenn jeder interessierte Verband einmal offen zu Worte kommt. Wir sollten tatsächlich die Diskussion in den Bundestag verlegen und den Bundestag als Ort der Handlung wählen.

ruhr-student

Haben Sie recht herzlichen Dank für das Gespräch, meine Herren.

Interessieren Sie sich
für Bildungspolitik
und Fragen der Studienreform ?

Interessieren Sie sich
für
Studentenschaftsfragen ?

Interessieren Sie sich
für Universitäts-Neugründungen
in Nordrhein-Westfalen ?

Dann abonnieren Sie
der ruhr-student
auf beiliegender Bestellkarte

In Münster hatte der Rechtsstaat keine Chance

Hartmut Rotter

„Zu Mariä Geburt fliegen die Schwalben fuhr“, so lautet ein altes deutsches Sprichwort. Natürlich weiß der Chronist nicht, wie viele der am Vormittag des 8. September im Sitzungssaal 1 des Münsteraner Oberverwaltungsgerichtes andächtig der Urteilsbegründung des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichtes lauschenden Studentenvertreter im geistigen Besitz dieser Volksweisheit waren; ihre Gefühle aber beschreibt dieses alte Wort sehr treffend. Gegenstand der Verhandlung und des nachfolgenden Urteils war der Klinkhammer-Prozeß, Auflage Nummer 2.

Man erinnere sich: Der Dortmunder Gerichtsreferendar Gerd Klinkhammer, ausgestattet mit einem in Jahren harter Arbeit in der studentischen Selbstverwaltung erworbenen

empfindsameren Rechtsbewußtsein als es dem normalen mausgrauen Studenten eigen ist, hatte sich bei Einschreibung in die Matrikel der ehrwürdigen Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn (Zweck: Die Erlangung der ebenfalls ehrwürdigen Doktorwürde der gleichfalls ehrwürdigen Juristischen Fakultät) geweigert, den obligaten Sozialbeitrag zu leisten. Klinkhammer — wir sagten es schon — war als engagierter Vertreter der Ideen der studentischen Selbstverwaltung von vornherein über den Vorwurf erhaben, die Zahlung aus Desinteresse an den mit dem studentischen Sozialbeitrag unterhaltenen studentischen Sozialeinrichtungen zu verweigern. Ihm ging es um die Anerkennung rechtsstaatlicher Prinzipien, auch und gerade im Hochschulrecht. Seine Begründung war ebenso kurz wie einleuchtend. Er meinte, daß die Erhebung eines Sozialbeitrags vom einzelnen Studenten nur dann rechtens sein könne, wenn die Beitragserhebung durch die Studentenschaft vorgenommen würde. Derjenige, der die Mittel bereitstelle, soll auch über ihre Verwendung entscheiden können. Das Verwaltungsgericht in Köln gab ihm recht. In einem umfangreichen, mit großer Sorgfalt erstellten Urteil, wurde die Universität Bonn verpflichtet, die Weigerung der Rückmeldung Klinkhammers rückgängig zu machen und der entsprechende Paragraph der Bonner Universitäts-Satzung, der die Regelung von Sozialbeiträgen durch den Senat vorsieht, für nichtig erklärt. Gegen dieses Urteil hatte die Universität Bonn Berufung eingelegt, über die am besagten 8. September in Münster verhandelt und entschieden wurde. Ihr Ergebnis haben wir oben mit dem Zitat des alten Bauernspruches schon kurz dargestellt.

Das Oberverwaltungsgericht Münster beschied unter Abänderung des Kölner Urteils die Klage Klinkhammers abschlägig. Da die schriftliche Urteilsbegründung im Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht vorliegt, muß sich diese Anmerkung zum Münsteraner Urteil auf die mündliche Urteilsbegründung beschränken, und trägt daher den Charakter des Vorläufigen.

Anders als das Verwaltungsgericht Köln, das bei seinem Urteil davon ausging, daß auch bei Eingriffen in die Rechtssphäre des Studenten das Gesetzmäßigkeitsprinzip der Verwaltung gilt, stellt sich das Oberverwaltungsgericht Münster auf den Standpunkt, daß innerhalb des Hochschulbereichs ein absolutes „Selbstgestaltungsrecht“ der Universität anerkannt sei. Das Urteil ist in mehr als einer Hinsicht problematisch: Die Entscheidung des Gerichts, daß die Universität zur Erhebung

von Sozialbeiträgen berechtigt ist, läuft darauf hinaus, daß der Universität ein sozialer Fürsorgeauftrag über den Studenten zuerkannt wird, und zwar in der Weise, daß die Wahrnehmung dieses sozialen Fürsorgeauftrages gänzlich zur Disposition der Hochschule steht. Konsequenterweise bedeutet das, daß die Hochschule allein für Sozialmaßnahmen gegenüber dem Studenten zuständig ist; daß ein Handeln des Staates etwa in diesem Bereich gegen die verfassungsmäßigen Garantien der Hochschule verstoßen würde. Eine solche Auslegung des Selbstverwaltungsrechts der Hochschule steht in völligem Widerspruch zu der bisher in Rechtsprechung und Lehre vertretenen Auffassung, daß die Selbstverwaltungsrechte der Universität auf Forschung und Lehre beschränkt sind.

Man wird die schriftliche Urteilsbegründung abwarten müssen, um genauer sehen zu können, welche Gründe den Münsteraner Senat zu dieser wahrhaft bemerkenswerten Rechtsprechung veranlaßt haben. Auffallend war ferner die völlige Außerachtlassung des bisherigen preußischen Studentenschaftsrechts durch das Gericht (jedenfalls in der mündlichen Begründung).

Hätte das Gericht sich stärker mit diesen Vorschriften auseinandergesetzt, so wäre es schwerlich zu der lapidaren Feststellung gekommen, daß die Universitäten „schon immer“ einen Sozialauftrag gegenüber dem Studenten gehabt hätten. Ähnlich problematisch ist die Auffassung des Gerichts, daß die Hochschule bei der Erfüllung ihrer Aufgaben ein Selbstverwaltungsrecht habe, gegenüber dem eine Berufung auf das Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung nicht erfolgen könne. (Das Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung besagt, daß Eingriffe in die Rechtssphäre des Bürgers seitens des Staates nur erfolgen dürfen, wenn dazu eine Ermächtigung in einem Gesetz gegeben ist). Wie gesagt, man wird die schriftliche Urteilsbegründung abwarten müssen, um sich mit der Rechtsansicht des Münsteraner Gerichts sorgfältig auseinandersetzen zu können. Soviel steht jedenfalls heute schon fest: Das Münsteraner Urteil wird nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit sein. Zwar hat das Gericht die Revision nicht zugelassen, der Kläger wird aber die Nichtzulassung der Revision im Wege der Beschwerde angreifen. Die Hoffnung Klinkhammers und der seinen Prozeß mit Aufmerksamkeit verfolgenden Studentenschaft sind nun auf das Bundesverwaltungsgericht gesetzt. Vielleicht hat der Rechtsstaat in Berlin mehr Chancen als am 8. 9. 1966 in Münster.

Zum Problem der befristeten Immatrikulation

Seit die Westdeutsche Rektorenkonferenz im vergangenen Sommer den Senaten der Universitäten und Technischen Hochschulen die Empfehlung gab, zur Begrenzung der Studiendauer die Studenten nur für die in ihrer Fakultät angesetzte Mindeststudienzeit unter Hinzurechnung von zwei Semestern zu immatrikulieren, herrscht Unbehagen an den Stätten des Geistes. Die „ewigen Studenten“ bekommen kalte Füße. Ging die Realisierung auch in der allgemeinen Polemik bisher unter, so fand man an einigen Universitäten den Gedanken eigentlich doch nicht so unympatisch.

In Erlangen beschloß man, der Empfehlung zu folgen, und 300 Studenten erhielten ihre Exmatrikel. Aber im Gegensatz zu den 300

Spartiaten des Leonidas zeigten die 300 Studiker wenig Bereitschaft zum Opfermut. Der Protest war erheblich, und nach eingehender Überprüfung der Fälle durfte die Hälfte der Betroffenen an die Universität zurückkehren. Der Rest machte keinen Gebrauch von der Möglichkeit der Überprüfung, er wandte sich vollberuflich den bisher erschlossenen Finanzquellen zu oder — immatrikulierte sich an einer anderen Universität. Begnügte man sich in Erlangen noch mit einem Protest, so reagierte man in Berlin gleich mit einer Demonstration, als die Juristische Fakultät der Freien Universität dem Beispiel der Erlanger folgen wollte. Rektor Lieber gab nach und versprach eine „Überprüfung der Angelegenheit“.

In der Tat trifft solch rigoroses Einschreiten nicht den Kern des Problems. Man schlägt den Sack und meint den Esel. Versuche, das Symptom zu kurieren, bleiben wirkungslos, wenn die Ursache der Krankheit nicht beseitigt wird. Reformiert werden muß an anderer Stelle: Im Aufbau des Studiums. „Befristete Immatrikulation“ und ihre Verwirklichung schaffen im Augenblick nur Härtefälle — oder nützen überhaupt nichts. Wer 14 Semester und mehr studiert hat, sitzt in keinem Hörsaal, und man findet ihn in keinem Seminar. Er nimmt niemandem den Platz weg. Die Rechnung ist einfach: Hätte er studiert, hätte er Examen. So dient ihm sein Studentenausweis allenfalls noch zur Aufrechterhaltung seines Sozialprestiges und zum Kaufe verbilligter Kinokarten.

Gewitzt durch die Erfahrungen in Erlangen und Berlin fand man in Bochum eine elegantere Lösung. Was den Griechen das Trojanische Pferd, war den Bochumern die Prüfungsordnung.

Die Prüfungsordnung der Abteilung 7 — Wirtschaftswissenschaften — sieht vor, daß die Studenten nach frühestens 4, spätestens aber nach 5 Semestern eine Zwischenprüfung in den Fächern Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Jura und Statistik ablegen müssen. Eine Wiederholung nach einem Semester ist möglich. Vier Semester nach erfolgreicher Zwischenprüfung muß der zweite Teil der Diplomprüfung (Hauptexamen) absolviert werden. In der Addition ergeben sich also maximal 11 Semester Studienzeit. Auf den ersten Blick sieht diese Regelung auch humaner aus als der Vorschlag der Rektorenkonferenz, der dem Studenten nur einen Verbleib von höchstens 10 Semestern gestattet. Man kann aber auch anders konstruieren:

Hat ein Student nach 4 Semestern eifriger Arbeit die Zwischenprüfung ordnungsgemäß abgelegt, so muß er sich nach weiteren 4 Semestern zum Hauptexamen melden. Nehmen wir an, unser Student hat Pech beim Hauptexamen, ebenso bei der Wiederholung; in diesem Falle zahlt sich sein Fleiß in den ersten Semestern so aus, daß er nach 9 Semestern die Universität verlassen muß, zu einer Zeit also, da erst ein Drittel seiner gleichsemestrigen Kommilitonen in Köln den Weg ins Prüfungsamt gefunden hat, um sich zur Ablegung der Diplomprüfung zu melden. Die Chance, durch Verlängerung des zweiten Teils des Studiums mehr Zeit für die Vorbereitung auf das Hauptexamen zu gewinnen, hat er nicht. Zumindest nicht auf dem Papier. Fazit: Den Vogel, der am Morgen singt...

„Unkenntnis schützt vor Strafe nicht“, sagt man und sollte hinzufügen: „aber Kenntnis!“ Für Schlaumeier hat auch dieses Reglement Lücken: man läßt sich ein Semester beurlauben oder meldet sich krank. — Die Augen lächeln, und das Publikum ist's zufrieden.

Indes bietet diese Regelung auch echte Vorteile für den Studenten, zumindest der Teil bis zur Zwischenprüfung. Hier hat er klar gesteckte Ziele und die lange Anlaufzeit gespart, um sich in dem gewaltigen Verwaltungsapparat zurecht zu finden. Das ist zweifellos ein Fortschritt gegenüber der bisherigen Regelung. Eine weniger glückliche Hand zeigte man bei der Gestaltung des zweiten Teils des Studiums, der der wissenschaftlichen Arbeit gewidmet sein soll. Eine flexiblere Gestaltung der Bemessungsgrenzen wäre dabei unserer Meinung nach sinn-



Die Zeitung die sich bezahlt macht

Vorzugspreis für Studierende DM 4,50 (statt DM 9,60) monatlich bei freier Zustellung an die Studien- bzw. Ferienanschrift. Auf Wunsch kostenlose Probeflieferung.

Vorzugspreise für die im HANDELSBLATT-Verlag erscheinenden Zeitschriften: DER BETRIEB DM 4,- • DIE ABSATZWIRTSCHAFT DM 3,25 • WIRTSCHAFT UND WETTBEWERB DM 5,40 • ATOMWIRTSCHAFT — Atomtechnik DM 3,75 • CHEMISCHE INDUSTRIE DM 3,75.

VERLAG HANDELSBLATT • 4000 DÜSSELDORF • POSTFACH 1102

voller, weil die Fortschritte bei dieser Arbeit sehr vielen äußeren Faktoren unterworfen sind, auf die der Student wenig Einfluß ausüben kann. Wer will ihm mangelnden Fleiß vorwerfen, wenn er beispielsweise benötigtes Zahlenmaterial für seine Diplomarbeit zu spät erhält? Was sich im ersten Teil des Studiums als Hilfe erwies, wirkt sich hier eher hemmend auf das Gesamtziel aus. Durch eine erzwungene frühe Abgabe verschlechtert sich möglicherweise im Einzelfalle das Ergebnis, was man sicher nicht beabsichtigte, als man die Prüfungsordnung aufstellte.

Ihre Bedenken gegenüber dieser Prüfungsordnung erläuterten bereits Detlef Süßmilch, AStA-Chef der Ruhr-Universität, und Klaus W. Laepple, Vorsitzender der Studentenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, schriftlich und mündlich dem Kultusministerium. Ergebnis ihrer Vorsprache: „Über diese Sache müssen wir uns noch einmal unterhalten.“

Hoffen wir, daß in dieser Unterhaltung eine Lösung gefunden wird, die auch als richtungsweisend für die anderen Universitäten betrachtet werden kann.

Im Anfang war das Wort — aber wenn das Wort zum Gerede wird, wäre es besser ungesagt geblieben. Insofern ist die Bochumer Initiative nur begrüßenswert. Nur bedeutet — um mit den Wirtschaftswissenschaftlern zu sprechen — „minimale Durchlaufzeit“ nicht auch „optimale Durchlaufzeit“. Aber zumindest sind die Bochumer Änderungen im Vergleich zur „befristeten Immatrikulation“ konstruktiv, weil sie beim Studienaufbau ansetzen. Bringt der Abschluß eines 14endens einem Jäger Ruhm, so verleitet er im Bereich der Universität nur zu einem Lächeln, denn der hätte sein Studikerleben ohnehin wegen „Altersschwäche“ aufgeben müssen. Der Hochschulmisere wird dadurch kaum abgeholfen.

In Köln findet der Student den „Schwarzen Peter“ nur noch in der eigenen Tasche. Hier wird ihm auf der Rückseite der Studienbescheinigung mitgeteilt, daß er jede Überschreitung der Mindeststudienzeit unter Hinzurechnung eines Examssemesters selbst zu vertreten hat, womit überfüllte Seminare und lange Wartezeiten in der Universitätsbibliothek ausreichend erklärt sind.

Wir möchten in das „schwebende Verfahren Studienreform“ nicht eingreifen. Diese Beispiele sollen nur erläutern, wie notwendig sie geworden ist!



Auch der, der fern vom Gasnetz lebt, braucht auf Komfort nicht zu verzichten. Denn überall gibt es Progas-Flüssiggas, die rationelle Energie aus Flaschen und Tanks, für Haushalt, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft. Im ganzen Bundesgebiet sichern Progas-Vertriebsstellen die perfekte Gasversorgung — überall und jederzeit.



PROGAS GmbH & Co. KG · 46 Dortmund
Ruhrallee 99

STUDENTEN

dringend gesucht

Wir interessieren uns für Sie als Zuschauer in unseren Vorstellungen. Nicht so sehr wegen der möglichen Mehreinnahmen - Sie brauchen auf allen Plätzen ja nur die Hälfte zu zahlen (für diese Hälfte interessieren wir uns natürlich auch). Vor allem aber legen wir Wert auf Sie als aufgeschlossenes, kritisches, junges Publikum. Von Ihren Reaktionen erhoffen wir uns, daß sie uns neue Maßstäbe für neue Formen und Inhalte finden helfen. Wir bieten Ihnen einen farbigen Spielplan auf zwei Bühnen - im großen Haus und in den neuen Kammerspielen. In Kürze werden wir Ihnen ein Sonderprogramm ankündigen. Über die laufenden Vorstellungen informieren Sie unsere Wochenplakate



SCHAUSPIELHAUS BOCHUM

HANS SCHALLA

Königsallee 15

Ein Ausdruck ostkirchlicher Frömmigkeit

**Ikonenmuseum
Recklinghausen**

In diesem Jahr kann das Ikonenmuseum in Recklinghausen auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Als sich 1955 die Möglichkeit ergab, zwei bedeutende, in der Bundesrepublik beheimatete Privatsammlungen russischer Ikonen zu erwerben, griff die Stadt Recklinghausen beherzt zu, obgleich die Ikonenmalerei bei der Mehrzahl der Kunsthistoriker sich damals nicht besonderer Wertschätzung erfreuen durfte.

Es waren vor allem die Künstler (z. B. Kandinsky, Jawlensky, Chagall), die sich durch die glutende Farbigkeit Nowgoroder Ikonen, durch die Formsicherheit byzantinischer Tafeln, durch die Lust zum Fabulieren, wie sie auf Ikonen naiver Maler in Rußland und im Balken zu finden ist, anregen und entzünden ließen.

Inzwischen schlägt den stummen und doch so beredten Zeugen ostkirchlicher Frömmigkeit und Glaubenskraft eine Welle der Sympathie entgegen, und in Recklinghausen ist das im Zentrum der Altstadt gelegene, stille Haus gegenüber dem Westportal der ehrwürdigen, romanischen Propsteikirche, in dem die Ikonensammlung untergebracht ist, das Ziel gläubiger Menschen vieler Konfessionen aus aller Welt geworden, und ebenso gern besuchen Künstler, Kunsthistoriker, Religionswissenschaftler und Geschichtsforscher das Museum zum Studium oder zu stiller Einkehr.

Mit einem Grundstock von 73 Ikonen hatte das Ikonenmuseum im Sommer 1956 den Besuchern die Pforten geöffnet. Durch glückliche Zukäufe ebenso wie durch Schenkungen hat sich inzwischen die Sammlung auf fast 500 Kunstwerke und Objekte der Ostkirche vermehrt.

Thomas Grochowiak
Direktor
der Städtischen Museen Recklinghausen

Die Welt der Ikonen

Unter dem Begriff Ikone versteht man heute gemeinhin das gemalte Tafelbild der orthodoxen Kirchen. In ihren Anfängen sind die Ikonen nur die Fortführung der spätantiken Malerei in einem fest umrissenen Themenkreis. Etwa im 5. Jahrhundert bahnt sich ein Wandel in den Auffassungen über die Ikonen an, der sich in Anlehnung an die Bild-Theologie der Kirchenväter vollzieht. Der Mensch ist ein Abbild Gottes, und der Apostel Paulus nannte Christus ein Bild Gottes, des Unsichtbaren. Die Grundzüge dieser Bildauffassung übertrug man auf die Tafelbilder, denn auch das gemalte Bild hat Anteil am Urbild (dem Dargestellten), weil es ihm durch die Ähnlichkeit verbunden ist. Auf diese

Weise wird das Bild zur Offenbarung und gültigen Stellvertretung des Urbildes und wird kultfähig. Es genießt Verehrung durch die Gläubigen, und „die dem Bild erwiesene Verehrung geht auf das Urbild über“ (Basilios der Große).

Dem Ikonenmaler wird daher immer wieder die Bewahrung der Ähnlichkeit zum Urbild als Forderung gestellt. Er wird damit in den Porträtikonen an bestimmte Archetypen gebunden, die das wirkliche Aussehen des Dargestellten wiedergeben. Das sind Archetypen (nicht von Menschenhand geschaffene Bilder), wie das Mandylion von Edessa, das auf wunderbare Weise die Gesichtszüge Christi festhielt, oder Bilder, deren Entstehung in die Lebenszeit des Dargestellten zurückreicht, wie es bei den dem Evangelisten Lukas zugeschriebenen Marienbildern der Fall ist. In der überwiegenden Mehrzahl sind aber wohl vorhandene Bildtypen einzelner Gestalten zur Tradition erklärt worden, ohne daß eine Ähnlichkeit zur historischen Gestalt nachweisbar war.



Die frühesten Ikonen haben sich aus dem 6. Jahrhundert erhalten; für die davorliegende Zeit haben wir nur literarische Bezeugungen. Diese frühen, vorikonoklastischen (aus der Zeit vor dem Bilderstreit 726—843) Ikonen zeigen das Vorhandensein zweier Grundtendenzen, die über die ganze byzantinische Zeit nebeneinander bestehen bleiben und sich gelegentlich auch mischen. Im palästinensisch-ägyptischen Raum stellen wir eine stärkere Abstrahierung fest, deren Wurzeln wohl in der orientalischen Geistigkeit liegen. In der Hauptstadt der damaligen Christenheit, in Konstantinopel, bleibt die Kontinuität des griechischen Erbes spürbar, und die christliche Thematik wird mit einer an der Antike und am Hellenismus orientierten Ästhetik

Abbildungen

Seite 37

Gottesmutter Hodigitra von Tichvin, russ., um 1600

Seite 38

Christus Emmanuel, russ., Ende 17. Jahrhundert

gestaltet. Leider ist die Zahl der byzantinischen Ikonen aus der Zeit vor dem 14. Jahrhundert nur gering, und man wird zur Betrachtung der stilistischen Entwicklung die Buchmalerei und die monumentale Kunst mit heranziehen müssen.

Nach dem Abschluß des Bilderstreits läßt sich in der Epoche der Makedonenkaiser ein bewußter Rückgriff auf die Antike nachweisen, der nicht zu Unrecht die Bezeichnung „makedonische Renaissance“ trägt. In der anschließenden Epoche der Komnenkaiser gelingt in besonderer Weise eine Harmonie von Geist und Form. Eine verschärfte Beobachtungsgabe verleiht den Gestalten Individualität, die Gefühlswerte werden im Bild zum Sprechen gebracht, und in der Handlung zeichnet sich eine stärkere Dramatik ab. Nach dem Ende des Lateinischen Kaiserreichs und der Rückeroberung Konstantinopels (1261) entsteht unter den Paläologen-Kaisern eine neue Stilrichtung, die den Raum im Landschaftshintergrund und in der Architektur mit einbezieht und im Figurenaufbau körperhafte Gestalten bevorzugt. Nach dem Untergang des Byzantinischen Reiches (1453) wird die Ikonenmalerei vor allem in dem unter venezianischer Herrschaft stehenden Gebiet (Kreta, Ionische Inseln) weiterentwickelt. Abendländische Elemente werden maßvoll aufgegriffen und dem byzantinischen Formkanon eingeordnet.

In den slawischen Ländern des christlichen Balkan vollzieht sich die Entwicklung in enger Anlehnung an Byzanz, wobei als eigener Beitrag eine realistischere Note in die Ikonen eindringt. Auch hier setzt mit der Türkenherrschaft der Niedergang ein, aus dem es nach der Befreiung keine echte Neubelebung mehr gab.

Am kontinuierlichsten vollzog sich die Entwicklung in Rußland, das nach dem 13. Jahrhundert die enge Bindung an die byzantinischen Vorlagen überwindet und — vor allem im Nowgoroder Gebiet — im 14. und 15. Jahrhundert Ikonen von leuchtender Farbenglut und expressiver Ausdruckskraft hervorbringt. Im Moskau, dem erstarkten Zentrum Rußlands, blieb man allerdings der höfischen Eleganz Konstantinopels enger verbunden. Andrej Rubljow († um 1430) wußte die Grazie der Form mit der Demut der Gläubigkeit zu verbinden. Die engere Berührung mit dem abendländischen Europa führte seit dem 16. Jahrhundert zum Aufkommen neuer Themen, deren didaktische und erbauliche Tendenz figuren- und szenenreiche Darstellungen erforderte, denen die archaische Schlichtheit früherer Jahrhunderte nicht gerecht werden konnte. In miniaturhaft feiner Zeichnung und mit ausgeprägtem Sinn für die Verspieltheit



des Dekors und des Details wirkten die Meister der Stroganow-Schule. Der im griechischen Gebiet Venedigs geglückte Versuch einer Synthese abendländischer und byzantinischer Malerei scheiterte in Rußland am Widerstand der Geistlichkeit und wohl auch des Kirchenvolks, denen diese „fränkische“ Malweise zu „sinnlich“ erschien. Nach der radikalen Hinwendung Rußlands zu Europa seit Peter dem Großen blieb die Ikonenmalerei mehr und mehr klösterlichen Werkstätten und Handwerkern in Dörfern überlassen, deren ganze Bevölkerung von der Herstellung der Ikonen lebte. Die Bewahrung der Ähnlichkeit wurde mehr und mehr zu formaler Kopie, und die große Nachfrage nach Ikonen führte zum Malen mit schnellem Pinsel,

zumal seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts gedruckte Ikonen als Konkurrenz angeboten wurden.

Zwar malte man die großen Themen der Ikonenmalerei, das Bild der Dreifaltigkeit, des Herrn, seiner Mutter, der großen Schar der Heiligen und des Heilsgeschehens, wie es seit Jahrhunderten üblich war, aber den schöpferischen Geist des wahren Künstlers suchen wir in diesen späten Ikonen vergeblich, die sich in der Wiederholung des Schemas Genuge tun und oft auch das Absinken in die sentimentale Süße der Devotionalien nicht vermeiden können.

Heinz Skrobucha

Kustos

des Ikonenmuseums in Recklinghausen

Hegel zwischen Ost und West

Zur feierlichen Eröffnung fanden sich im Carolinum, im gotischen Festsaal der 1348 von Kaiser Karl IV. gegründeten Prager Universität, der ältesten Mitteleuropas, rund 200 Philosophen, Sozialwissenschaftler und Juristen aus fast allen Ländern Ost- und Westeuropas ein, aus Amerika, Israel, Australien und Japan.

Kann man sie auch heute noch den traditionellen Schulen der Rechts-, Links-, Alt-, Jung- oder Neuhegelianer zuordnen? Tatsächlich bietet Hegel auch heute noch verschiedenen Positionen eine geistige Heimat. Scheinbar kann man aus seinem Werk alles beweisen, bis ein anderer kommt und das Gegenteil beweist.

Hermann Lübke, Bochumer Ordinarius für Philosophie, analysierte die Gründe dafür, daß Hegels Philosophie von ideologisch verfeindeten Lagern in Anspruch genommen werden kann. Das müsse nicht auf falscher Auslegung beruhen, vielmehr sei es ein Merkmal des Klassikers überhaupt, daß er vielfach verwendbar sei. Er entwickle dabei vermittelnde Kraft für alle außer den Extremisten.

Einen immer neu aufgegriffenen Diskussionsgegenstand in Prag bildete die Anatomie: Hegels Glorifizierung des Staates und die marxistische Forderung nach seiner Abschaffung. Hier erwiesen sich paradoxerweise die Referenten aus der Sowjetunion als weitaus hegelianischer als marxistisch: sie alle verteidigten den Staat — vielleicht aus Angst vor einer möglichen Anarchie im Osten.

Norberto Bobbio aus Turin hielt einen scharfsinnigen Vortrag über Hegel als Vollender und Auflöser der Naturrechtsvorstellungen des 18. Jahrhunderts. Bobbio nahm eine vermittelnde Stellung in dem immer wieder auftretenden Streit ein, ob Hegels Philosophie eine Absage ans Naturrecht sei oder nicht. Er begriff Hegels Rechtsphilosophie als Auflösung und zugleich als Vollendung der Naturrechtstradition.

Hermann Klenner aus Ost-Berlin beanspruchte Hegel als Zeugen für seine Polemik gegen Naturrechtsvorstellungen, die dem Marxismus — und zumal einer Staatsideologie, wie sie in der DDR betrieben wird — selbstverständlich lästig sein müssen. Hegel sei gegen die Auffassung zu Felde gezogen, daß Freiheit die Wahl zwischen mehreren Möglichkeiten sei. Naturrechtler bezeichneten als Naturrechte, was sie selber gerne wollten, es sei ein Zaun um den Tummelplatz der kleinen Leidenschaften. Die Naturrechtsideale der Aufklärer hätten sich als eine Illusion erwiesen, denn Freiheit müsse sich im Prozeß schrittweise entwickeln, man könne sie nicht zu jeder Zeit vom Himmel holen.

Hegel habe sich nicht zum Komplizen der Illusionen dieser Grundrechtsgeber gemacht, sondern gefragt, ob es nicht vielmehr Privatinteressen seien, wenn die Leute Freiheit sagen. Klenner erinnerte an Hegels Vorstellungen vom vernünftigen Staat, der keine Naturrechte brauche, weil dort das Individuum, aus vernünftiger Einsicht, den individuellen Willen zur Höhe der Gesetze erhebe, wo Gehorsam gegen den Staat nur Gehorsam gegen sich selbst sei. An dieser Hegel-Deutung bemängelte Werner Maihofer aus Saarbrücken, daß sie mehr einer Vernichtung des subjektiven Geistes (des einzelnen) im objektiven Geist (des Staates) gleichkäme als dem von Hegel gewünschten Aufgehobensein. Maihofer sprach von der kommenden Gesellschaft der Vielfalt, in der ein Staat danach beurteilt werde, was er für die Verwirklichung des einzelnen biete.

Einen breiten Raum nahmen auch die Erörterungen der Dialektik ein, wobei der Begriff wiederum ein großes Feld divergierender Theorien und Methoden zu decken hatte. Verschiedene Philosophen aus dem Osten verwandten ihre ganze ausgefeilte Kunstfertigkeit der Argumentation darauf, den Dialektischen Materialismus als die Grundlage eines gewaltigen Herrschaftssystems an Hegel anzulehnen und gleichzeitig doch auch wieder von ihm abzuheben.

Damit ist ein Tatbestand angedeutet, der diesen Kongreß über weite Strecken charakterisiert hat. Einerseits zeigte es sich in Prag, daß die Gedankenwelt Hegels dank den angeführten „klassizistischen“ Eigenschaften einen verhältnismäßig guten Rahmen für ein einigermaßen sachliches und damit auch einigermaßen sinnvolles Gespräch zwischen Wissenschaftlern aus West und Ost abzugeben vermag.

Doch die „vermittelnde Kraft“ von Hegels Philosophie reichte kaum je über die äußeren Formen des Gesprächs hinaus. Die Teilnehmer der osteuropäischen Länder gaben vor allem immer wieder zu verstehen: „Wir sind keine Hegelianer, wir sind Marxisten“.

Wenn etwa vom Arbeitsbegriff in der Hegelschen Rechtsphilosophie die Rede war, so wurde vom Russen Karpuschin apodiktisch festgestellt, daß nur die Führer des Proletariats Karl Marx und Friedrich Engels es waren, die es vermochten, das philosophische Problem der Arbeit richtig zu stellen und zu lösen, die materialistische Geschichtsauffassung zu begründen und auf dieser Grundlage die materialistische Dialektik auszuarbeiten.

Ähnliches war bei den Diskussionen über Marxens Hegel-Kommentar zu beobachten: Die Kommunisten lassen Hegel als großen Denker, teilweise auch als Wegbereiter des

Hegel ist — mit Fontane zu sprechen — ein weites Feld, und 1966 im Zeichen Hegels Ostkontakte zu pflegen, erscheint ein wenig problematisch. Dennoch: die „Internationale Hegel-Gesellschaft“ fand sich in diesem September zu ihrem VI. Kongreß in Prag ein, um über Hegels Werk zu sprechen, jenem erratischen Block in der philosophischen Landschaft, der auch heute noch zu engagierten Stellungnahmen herausfordert. Thema im engeren Sinne war Hegels Rechtsphilosophie.

Technik dient dem Fortschritt

Diamant gelten. Er kann und darf in ihren Augen aber nicht an die einmalige Größe des alles überschattenden Philosophen Karl Marx heranreichen.

Wie sehr die kommunistischen Ideologen unter dem manchmal fast hysterisch anmutenden Zwang stehen, die Sonderstellung der Erzväter des Marxismus-Leninismus unangestastet zu erhalten, mußte auch Dr. Beyer (Salzburg) anlässlich seines Vortrags über „Revolutionäre Rechtsphilosophie: 1817 — Hegel, 1917 — Lenin“ drastisch erfahren.

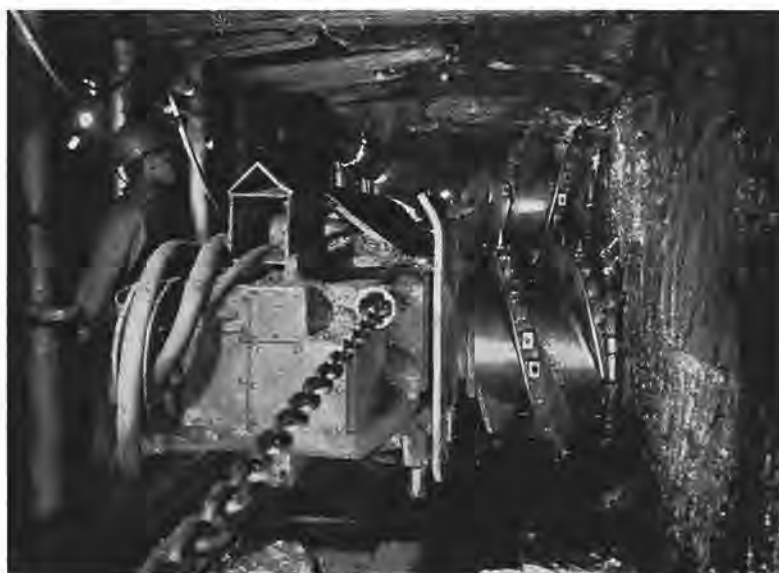
Von der These ausgehend, daß allein der revolutionäre Hegel allein der echte Hegel sei, interpretierte er dessen Rechtsphilosophie nicht nur als Anleitung für den Staatsmann, sondern als Anfang des Handelns selbst und rückte ihn damit an die Seite Lenins. Nach Beyer sind beide durch die Überzeugung verbunden, daß der alte Grund „zugrunde gehen“ muß. Lenins Begriff des Zerschlagens im Sinn einer Schöpfung von Neuem, der mit der Vorstellung des Umschlags von Quantität in Qualität gekoppelt ist, erscheint in dieser Sicht als weitgehend identisch mit Hegels Begriff der Aufhebung.

Die Bremsklötze, die der „richtigen Staatsverfassung“ entgegenstehen, hätten in beiden Fällen zu verschwinden, wenn nicht durch Reform, dann eben durch härtere Mittel, entsprechend dem Ausspruch Hegels in der „Philosophie der Weltgeschichte“: „Der Revolutionär zertritt manche unschuldige Blume, muß auf seinem Weg manches zertrümmern.“

Gegenüber diesen Ausführungen wurde von russischer Seite mit außerordentlicher Schärfe betont, daß der revolutionäre Fortschritt nur einen legitimen Träger habe: den Sozialismus. Das hinderte die gleichen Russen allerdings nicht, Hegel als Kronzeuge gegen das westdeutsche Kommunistenverbot oder den „westdeutschen Kolonialismus“ anzurufen. Und jenen, die in Hegels Philosophie mit guten Gründen Ansätze einer totalitären Ideologie zu erkennen glauben, hielt Mankowski entgegen, sie „sollten sich lieber kritischer mit der heutigen wahrhaft unheilvollen Rolle des imperialistischen Staates und in erster Linie der USA auseinandersetzen, die den Krieg in Vietnam entfesselten“.

Daneben bemühten sie sich immer wieder, für den „bürgerlichen Ideologen Hegel“ mildernde Umstände geltend zu machen. So betonte Piontkowskij, daß Hegel als geistiger Führer der „ökonomisch schwachen und politisch feigen deutschen Bourgeoisie“ gar keine andere Wahl gehabt habe, als mit dem „feudal-absolutistischen Staat“ einen Kompromiß einzugehen.

R. R.



Die Technik, ein Mineral durch Schneiden zu gewinnen, wird bereits in der Steinzeit beim Abbau von Feuerstein angewendet. Der Gedanke, diesen Vorgang für die Kohलगewinnung zu mechanisieren, ist ein Jahrhundert alt. 1849 erfindet Carl Eickhoff, der Gründer des Eickhoff-Werkes, eine Kohlsäge, die einen Schnitt (Schräm) von unten nach oben in den Kohlenstoß zieht. Seit 1862 tauchen in England verschiedene Konstruktionen von Schrämmaschinen auf. Aber erst als Druckluft und Elektrizität zur Verfügung stehen, kann an den Abbau durch Maschinen gedacht werden.

1914 baut Eickhoff die erste mit Druckluft betriebene Großschrämmaschine auf dem europäischen Kontinent. 1921 gelingt die Konstruktion des elektrischen Schrämmotors. Neue verbesserte Maschinen lösen die bisherigen Typen ab. Sie sind so ausgereift, daß sie sich über 20 Jahre im Einsatz bewähren. Nach dem Kriege werden die Maschinen mit hydraulischen Vorschubwinden ausgerüstet und gleiten auf einen Förderer. Die weitere Entwicklung führt zum Walzenschrämlader. 1962 verläßt die 5000. Gewinnungsmaschine das Eickhoffwerk. Ein Jahr später wird der Eickhoff-Doppelwalzenlader, die bisher größte Gewinnungsmaschine für den Untertagebetrieb, gebaut (Bild). Mit ihr kann bei günstigen geologischen Verhältnissen eine Tagesleistung bis zu 3000 t erzielt werden. Die Konstruktion dieser Maschine beruht auf den Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und ist richtungsweisend für die vollmechanisierte schneidende Kohलगewinnung.

Eickhoff

Gebr. Eickhoff · Maschinenfabrik
u. Eisengießerei mbH · Bochum

Eindrücke von der Moskauer Staats- universität

Anfang Oktober kehrten sieben Kölner Studenten von einer zweiwöchigen Reise nach Moskau und Leningrad zurück. Sie waren als erste offizielle deutsche Studentendelegation in die Sowjetunion gefahren. Helga Henselder, Sprecherin des Kölner Studentenparlaments, berichtet über ihre Eindrücke von der Moskauer Staatsuniversität.

ruhr-student

Warum hat die Kölner Studentenvertretung Kontakte zum sowjetischen Hochschulrat aufgenommen?

Helga Henselder

Da sich auf Regierungsebene die notwendige Annäherung nicht zu vollziehen scheint, ist es um so mehr die Aufgabe der akademischen Jugend, unterhalb der politischen Schwelle die Annäherung zu betreiben. Wir wollten beweisen, daß wir auch mit der Sowjetunion Verständigung und Freundschaft suchen.

ruhr-student

Und das Programm?

Helga Henselder

Neben den touristischen Projekten standen Gespräche über Wissenschaft und Studium im Vordergrund. Das sowjetische Hochschulwesen, Studienbedingungen, Stipendien, Wohnheimfragen kehrten als Themen immer wieder. Am meisten beeindruckt hat uns die Lomonosow-Universität.

ruhr-student

Der monumentale Tempel der sowjetischen Wissenschaft...

Helga Henselder

Eine Wissenschaftsfabrik kann man den Wolkenkratzer schon nennen. Gebaut wurde er in den Jahren 1949 bis 1953, zu einer Zeit, als bei uns noch niemand an Universitätsneubauten dachte, vor allem nicht in dieser großzügigen Form. Insgesamt 23 000 Räume soll der Bau haben.

ruhr-student

Und der so geschmähete Zuckerbäckerstil?

Helga Henselder

Nun — neben manchem unnötigen Schmuck und Zierat erscheint der Bau doch recht solide und zweckmäßig, in der Architektur für unseren Geschmack etwas wuchtig und altmodisch, insgesamt aber doch recht imponierend.

ruhr-student

Wieviel Studenten studieren an der Moskauer Staatsuniversität?

Helga Henselder

Die Moskauer Staatsuniversität zählt insgesamt rund 20 000 Studenten. Das sind 10% der Moskauer Studenten. Die übrigen sind an den Technischen Hochschulen, den Pädagogischen und Medizinischen Hochschulen. An der Lomonosow-Universität, die den naturwissenschaftlichen Zweig der Staatsuniversität beherbergt, sind 11 000 Studenten, die 9000 Geisteswissenschaftler sind in der alten Universität. Weitere 12 000 betreiben das Abendstudium an der Staatsuniversität.

ruhr-student

Und der Lehrkörper?

Helga Henselder

An der MGU (Staatsuniversität) gibt es 15 Fakultäten mit 260 Lehrstühlen. Hier arbeiten 3000 Professoren, von denen 145 Mitglieder der Akademie der Wissenschaften sind.

ruhr-student

Das Zahlenverhältnis zwischen Studenten und Lehrkräften ist günstig, vor allem, wenn der akademische Mittelbau berücksichtigt wird.

Helga Henselder

Man folgt dem Prinzip, daß auf je 10 Studenten eine wissenschaftliche Lehrkraft angestellt wird. Hinzu kommt, daß die Universitätszeit in der Sowjetunion nicht den freiheitlichen Charakter hat wie bei uns. Der Studiengang ist im einzelnen festgelegt, ebenso der Zeitpunkt, zu dem die Abschlußprüfung zu machen ist. Eine Verlängerung des Studiums nach Wunsch des Studenten gibt es nicht, auch nicht auf eigene Kosten. Das käme der Gesellschaft zu teuer, hieß es.

ruhr-student

Und wo wohnen die Studenten?

Helga Henselder

Für etwa 6000 Studenten gibt es in der Lomonosow-Universität selbst Studentenheime mit Einzel- und Doppelzimmern, die in ihrer Ausstattung auch den Ansprüchen unserer Studenten genügen würden. Hier zahlt man eine Monatsmiete von vier Rubeln, das sind knapp 18 DM.

ruhr-student

Ein Platz in der Lomonosow-Universität wird sehr begehrt sein, denn die Wohnungslage Moskaus läßt es kaum zu, daß ein Student ein „möbliertes Zimmer“ bekommt, bestenfalls eine Schlafstelle. Überhaupt wird der Zustrom nach Moskau außerordentlich stark sein. Welche Kriterien bestimmen die Zulassung zum Studium?

Helga Henselder

Über die Aufnahme bestimmt der Studentenrat. Durch eine Aufnahmeprüfung versucht man, die Begabtesten auszuwählen. Im Zweifelsfall wird derjenige bevorzugt, der einige Jahre praktische Arbeit nachweisen kann.

ruhr-student

Und Stipendien?

Helga Henselder

Die Zahl der Stipendiaten soll weitaus größer sein als bei uns. Die Bewilligung ist wie bei uns vom Einkommen des Vaters und von den Leistungen des Bewerbers abhängig. Monatlich bekommt der Bewerber 35 Rubel, wenn er sehr gute Leistungen aufweisen kann, 10 weitere Rubel. Wenn die Eltern dem Studenten keinen Zuschuß geben können, muß er innerhalb seines Studienfaches noch eine bezahlte Beschäftigung suchen, die ihm der Studentenrat vermittelt.

ruhr-student

Die Lomonosow-Universität hat sich zu einer Studentenstadt entwickelt, in der es von Kartoffeln bis zum Kaviar alles zu kaufen gibt. Was zahlt der Student in der Mensa?

Helga Henselder

Er kann in fünf verschiedenen Mensen essen und zahlt für ein Mittagessen 40 Kopeken, rund 2 DM.

ruhr-student

Hat man freien Zugang zur Universität?

Helga Henselder

Nur wenn man seinen Propusk, den Ausweis, an einem der vier Eingänge vorweist.

ruhr-student

Und wie halten's die Moskauer Studenten mit dem Marxismus-Leninismus?

Helga Henselder

Die Studenten leben zum überwiegenden Teil voll im Bewußtsein des Sozialismus, aber sie diskutieren heute über sehr viele Dinge, an die sie vor Jahren noch nicht zu denken wagten. Ohne Scheu kritisieren sie die Mängel des Systems, stellen das System selbst aber nicht in Frage.

ruhr-student

Es gibt auch kritische Stimmen.



Helga Henselder

Es lassen sich vielleicht drei Richtungen dieser kritischen Stimmen festhalten. Ein Teil der Argumente geht in Richtung des Neo-Leninismus. Ihre Wurzel haben diese Stimmen in dem Widerspruch zwischen den Zielen der Revolution und dem gegenwärtigen Bestand des sowjetischen Gesellschaftssystems. Sie glauben, ihre Freiheit über ein zentralisiertes Wirtschaftssystem zu erreichen.

ruhr-student

Eine zweite Gruppe der Argumente zielt auf den liberalen Sozialismus.

Helga Henselder

Verfechter dieser Richtung meinen, daß die Ideale der Oktoberrevolution nicht verwirk-

licht werden konnten — auch nicht unter günstigeren Bedingungen. Diese Stimmen konzentrieren sich auf die Frage, wie das Leben für den Einzelnen verbessert werden kann, und sie neigen zu einer Synthese von Sozialismus und Kapitalismus. Ein dritter Kreis der Meinungen ist antisozialistisch, doch sind Stimmen dieser Art nur ganz selten zu hören. Vertreter dieser Gruppe wünschen sich eine neue Gesellschaft auf dem Boden politischer Freiheit und des Privateigentums.

ruhr-student

Und das Verhältnis zu Deutschland?

Helga Henselder

Immer wieder wurde mir von Studenten aller Richtungen gesagt — und hier muß ich die

Funktionäre nicht ausschließen: Wenn die jetzige junge Generation einflußreiche Stellungen in der Sowjetunion und in der Bundesrepublik erhalten wird, dürfte eine Verständigung zwischen beiden Nationen leichter sein.

ruhr-student

Das Ergebnis Ihrer Reise?

Helga Henselder

1967 wird der bilaterale Austausch fortgesetzt. Darüber hinaus ist ein Austausch von zwei Stipendiaten vorgesehen und im Rahmen einer „Eskalation der Verständigung“ ist ein Dreiergespräch zwischen der Humboldt-Universität Ost-Berlin, der Moskauer Staatsuniversität und Studentenvertretern der Kölner Universität in Moskau geplant.

texte 66 beispiele

Wolfgang Bächler
Spaziergang

Zwei Brüste gehen durch die Stadt spazieren.
Sie haben Kopf und Leib verloren,
sie haben nichts mehr zu verlieren.
Die Sonne scheint, die Pflastersteine knarzen.
Die Brüste wackeln mangels Ohren
mit den Warzen.

Kurt Marti

mit dir ist gut kirschen essen

mit dir
ist gut kirschen essen
geliebte

die kerne
spucken wir aus der achten etage
eines hotels
am bahnhof
zu köln

wenn wir uns lieben
schlagen die kirschbäume wurzel
in asphaltsprüngen
und simcapolstern

wenn wir uns lieben
wachsen die stämme
aus kinderwagen
und damenperücken

wenn wir uns lieben
rollen die züge
kirschblütenleicht
von köln über köln nach köln

mit dir
ist gut kirschen essen
geliebte

1

Walter Buller

Winter.
Stürme fegten
die letzten Farben, das warme Licht
ins unnennbare, zeitlose Vergehen.
Und manchmal wölbte sich klar
der Himmel darüber.

Ich
blieb allein.
Die letzten Fragen waren vertrocknet.
Nun spiegelte sich nicht mehr
der weiße Mond
in meinen Tränen.

2

Heinz Piontek

An die Schüler Heisenbergs
Spanisch
mag euch meine Arbeit
vorkommen.

Mit dem Gänsekiel.

Von den Ergebnissen eurer
unbegreiflichen Apparaturen
denke ich:

Überholbar.

Nichts wissend,
zeigen wir uns gegenseitig
die kalte Schulter.

Getrennt
nähern wir uns dem
übereinstimmenden Grund.

Volker von Törne

Scherzlied

Einen Panzer kann man nicht essen.
Ein Panzer ist härter als Brot.
Die einen haben's vergessen.
Die andern schweigen wir tot.

Der eine zahlt seine Steuern.
Dem andern macht man nichts weis.
Die einen erfrieren in Feuern.
Und die andern verbrennen im Eis.

3

Reinhard Döhl

Annalen

Es Anna fiel nicht weit vom Stamm.
Es Anna war ein Kind ihrer Zeit.
Mit der Zeit kam Es Anna auch dahinter.
So kam es mit Es Anna wie es kommen mußte
und sehr weit im Leben.

Da hatte Es Anna was vom Leben und das
gab ihr den Rest.

Es Anna konnte gar nicht genug davon krie-
gen und kriegte Kinder und Kindeskind.
Und die kriegten Zähne.

Es Anna kriegte die Wechseljahre und die
Motten.

Da kriegste die Motten sagte Es Anna und
so war es auch.

Und so war es noch eine Weile und dann
ging es langsam zu Ende.

Es Anna erreichte ein hohes Alter.

Es Anna nahm Abschied vom Leben.

Es Anna starb eines natürlichen Todes.

4

Die Texte entnahmen wir mit freundlicher
Genehmigung der Verlage folgenden Ver-
öffentlichungen:

5

1. Neues bilderreiches Poetarium. Zeitschrift
für Dichtung und Graphik, Frankfurt.

2. Kurt Marti, Gedichte alfabeete & cymbal-
klang. Wolfgang Fietkau Verlag, Berlin
(= schritte elf).

3. Walter Buller, Kleiner Achat im Gerinnsel
der Hoffnung, Damokles Verlag, Ahrens-
burg.

4. Heinz Piontek, Klartext, Gedichte, Hoff-
mann und Campe, Hamburg.

5. Die Diagonale, Halbjahreszeitschrift für
Dichtung und Kritik, Heft 1/1966, Verlag
Herbig, München, Berlin.

6. Reinhard Döhl, Es Anna, Wolfgang Fiet-
kau Verlag, Berlin (=schritte zwölf).

Eierwärmer sind noch kein Ehe- versprechen

„Schenken macht Freude“ — das verheißt uns alle Jahre wieder die Werbung. Zweifellos ist da etwas Wahres dran: Schenken macht Freude, wenn man weiß, was sich jemand wünscht, ohne daß der Betreffende weiß, daß er es sich wünscht. Dazu braucht man dann nur noch das Geld, um das zu kaufen, was sich jemand wünscht, von dem er nicht weiß, daß er es sich wünscht. So einfach ist das.

Deshalb wissen eigentlich auch die meisten Studenten, was sie ihrer Kommilitonin zur Linken als Weihnachts-, Morgen- oder sonstige Gabe zu kredenzen haben. Trotzdem — Pannen können vorkommen.

Da war zum Beispiel Erwin, lediger Jura-student im 8. Semester (und somit potentieller Heiratskandidat). Er beglückte seine Freundin Ute zu allen Fest- und Freudentagen mit „was Praktischem“ (Mokkatassen, Salatbestecke etc.). Und wenn sich Ute vielleicht auch über Parfüm mehr gefreut hätte als über sechs Eierwärmer — sie tröstete sich, daß ja schon alles „für später“ (trautes Heim, Glück mit Erwin) sei. Heute weiß Ute: Eierwärmer sind noch kein Eheversprechen... und traurig spielt sie mit dem Salatbesteck.

Tragisch endete auch die Geschichte mit Rolf und seiner Muse Sabine. Er — Kunststudent und ewig pleite — verehrte ihr, wie schon ihren Vorgängerinnen, stets eigene Werke (in guter Hoffnung, er würde einmal berühmt, und dann — ja dann...). Dagegen hatte Sabine auch nichts einzuwenden. Allerdings weigerte sie sich standhaft, seine Bilder schon jetzt aufzuhängen; denn sie war eine fröhliche Person, Rolfs Gemälde jedoch zeugten von düsterem Weltschmerz (bevorzugtes Thema: kleine Kindersärge).

Nachdem sie auch sein Werk „Ermordung und Begräbnis des kleinen Hanspaul TARAM, dargestellt in einer Komposition des Kunststudenten Rolf...“ (man hat jetzt so lange Titel) in eine Sammelmappe gesteckt hatte, ging die Freundschaft in die Brüche. Seitdem malt Rolf noch traurigere Bilder.

Sie sehen — schenken kann zu Mißverständnissen führen. Deshalb einige Tips (erschwinglich auch für Honnef-Empfänger). Vielleicht basteln Sie mal etwas. Ein Döschen, ein Schächtelchen, ein Kästchen. Ihre Freundin muß etwas **hinein** tun können (also bitte mit Deckel!). Bringen Sie ihr kein Gefäß, das **nur** und **ausschließlich** für Erdnüsse bestimmt ist, schenken Sie einen „Behälter“, in dem Rabattmarken, Sicherheitsnadeln, Strumpfbandknöpfchen etc. etc. ebenso Platz haben wie Lockenwickler und Trägerbändchen (haben Sie überhaupt eine Ahnung, wieviel Tand ein weiblicher Haushalt bietet!). Etwas, das bei fast allen Frauen großen Jubel hervorruft, ist ein lebendiges Geschenk — etwas, das



Etwas Lebendiges ruft Jubel hervor

sie auf Jahre hinaus an Sie erinnert und vor allem etwas, das sie beschäftigt (also das ideale Geschenk, falls Ihre Freundin zuviel Zeit in Sie investiert).

Lebendige Gaben sind ganz einfach zu bekommen und in der Anschaffung billiger als Sie denken.

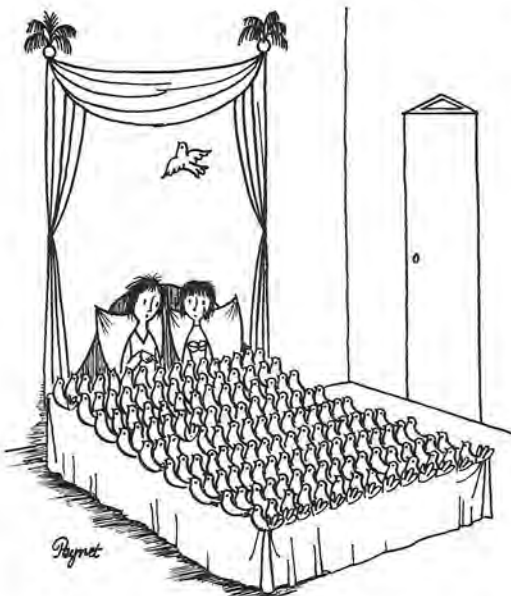
Kaufen Sie Ihrer Freundin doch ein Meerschweinchen (*Cavia procellus* — Preis etwa 6,— DM, Lebenserwartung bis zu 15 Jahren) — die Wirtin wird bestimmt nichts dagegen haben, wenn sie erst einmal sieht, wie possierlich das Tierchen an der Tapete knabbert. Erscheint Ihnen etwas Lebendiges zu gewagt, mein Gott, dann bleiben Sie ruhig bei der Vierteljahrespackung Antibabypillen (Ihr Nachfolger wird es Ihnen danken). Doch seien Sie in der Wahl nicht fantasielos. Ist die Lieblingsfarbe Ihrer Freundin grün — nehmen Sie ein Fabrikat in entsprechender Verpackung, und — bitte — vergessen Sie die Blumen nicht (jede Frau liebt Blumen) — vielleicht Männertreu oder Stiefmütterchen.

Ist Ihre Freundin ein wenig verspielt — ein bißchen Lolita, mit kindlichem Schmollen und Herumnuckeln am Daumen — dann ist ein Stofftier genau das Richtige für sie. Viel besser übrigens als eine Schallplatte. Welche Frau nimmt schon ein Stück Schellack mit ins Bett, selbst wenn's verheißt „I want to hold your ham...“

Zum Schluß noch ein Geschenktipp für die Frau, mit der Sie seit geraumer Zeit frühstücken. Denken Sie an den englischen Ausspruch: „Safety first!“

Wie wär's mit einem Ring...?

jojo



Denkst du gar nicht mehr an die Eierwärmer

Die beste Schule

die es gibt, eine hohe Schule für die Erwachsenen, für Männer und Frauen, ob Politiker, Wirtschaftler, Architekten, Ingenieure, Ärzte, Studenten und Wissenschaftler aller Art, ob erfahrene oder junge Menschen, das ist eine gute Tageszeitung. ■ Sie unterrichtet, unterhält und fesselt den aufmerksamen Leser jeden Tag aufs neue. Wer sie täglich liest, eignet sich Kenntnisse an, die ihm in seinem Beruf Vorteile vor den anderen verschaffen und seine allgemeine Bildung verbreitern und vertiefen. Die Glossen und Kommentare erleichtern ihm die eigene Meinungsbildung und machen ihn in der Diskussion sicher. DIE SCHULE, die am wenigsten kostet



Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

WASAG-CHEMIE AG ESSEN

Rolandstraße 9

Wir liefern:

Industrie-Sprengstoffe, Collodium-Wollen aller Art, Schwarzpulver, Zündschnüre, Zündmaschinen, Patronier-, Hüllenwickel- und Paraffiniermaschinen

Wir liefern,

projektieren und errichten:

Komplette Fabrikations-Anlagen auf unserem Produktionsgebiet, auf dem unserer Tochter- und Beteiligungs-Gesellschaften und auf verwandten Gebieten

SCHILDKRÖT AG vormals
RHEINISCHE GUMMI- UND CELLULOID-FABRIK
MANNHEIM-NECKARAU

Wir liefern:

Halb- und Fertigfabrikate aus Celluloid, Kunststoff und Gummi, Puppen und Spielzeuge, Kämmen und andere Spritzgußartikel



WASAG-CHEMIE AG
Vertretungen in aller Welt
1891—1966



Produktionsprogramm:

Werk Westhofen

Gittermaste
Waggons in Spezialausführung
Behälter und Apparate
Wagen für den Bergbau
Zieh-, Stanz- und Preßteile
Lochbleche
Kabelkanäle
Feuerverzinkung

Werk Werdohl

Warm hergestellte Federn aller Art
Gesensschmiedestücke aller Art
roh und fertig bearbeitet

Werk Horb

Ölhydraulik

STAHLWERKE BRÜNINGHAUS

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Westhofen/Westf.

Lob des Bettes

„Warum“, so mag sich schon mancher gefragt haben, „warum hat man dem Erfinder des Bettes noch kein Denkmal gesetzt?“

Fast die Hälfte unseres Lebens verbringen wir im Bett, zuweilen zu zweit, manchmal auch mit einem Fieberthermometer unterm Arm. Wer hat noch nicht — wenn unbarmherzig der Wecker klingelte — mit Werner Finck geseufzt:

MEINES LEBENS A UND Z
SIND DER DIWAN UND DAS BETT

Allein — sein Bett zu lieben, sich behaglich darin auszustrecken und sich süßen Träumen hinzugeben — das allein genügt nicht. Wenn man schlafen geht, sollte der Kragen des Nachthemdes nicht zugeknöpft und das Halstuch abgenommen werden. Wir sollten eine Nachtmütze von dünner Baumwolle oder Seide tragen, am besten gestrickt. Manche Personen tragen Mützen von Kammgarn oder Flanell, aber die sind äußerst unsauber. Der Zweck dieses Kleidungsstückes ist vor allem, das Haar zu schützen und zu verhindern, daß es zerraut oder verflochten wird.

In Strümpfen zu schlafen ist eine üble, unreinliche Gewohnheit. Nach Dr. Hunter liegen Frauen, die ihre Ehemänner lieben, meist auf der rechten Seite. Es ist gesünder, allein zu schlafen als gepaart. Die Chinesen empfehlen, vor dem Niederlegen Zähne und Zahnfleisch zu bürsten.

Das Nachthemd gilt heute als altmodisch, ich ziehe es jedoch dem sogenannten Schlafanzug bei weitem vor. Ich glaube sogar, daß es gesünder ist. Zudem haben die Beinkleider das lästige Bestreben, sich während des bewegten Schlafes über die Waden zum Knie hinaufzuschieben. Es bedarf beim Aufstehen eines Schlenkers der Beine, sie wieder zum Herabrutschen zu bringen.

Immer sind sie zerknittert und verkrüppelt. Auch das Oberteil verschiebt sich gern, so daß in der Kreuzgegend eine nackte Stelle klafft, dort, wo ich gegen Frösteln besonders empfindlich bin.

Das weite lange Nachthemd dagegen ist das klassische Gewand des Schlafes und der Träume, das rechte Priesterkleid der Nacht. Im Bett scheiden sich die Geister: die einen lieben vorgewärmte, die anderen kühle Betten. Benjamin Franklin hatte in seinem Schlafzimmer vier Betten stehen: sobald er eines davon warm gelegen hatte, verließ er es und wechselte ins nächste. Er liebte die Kühle über alles.

Sehr systematische Überlegungen über das Bett stellte James Joyce in „Ulysses“ an. Es heißt dort:

„Welche Vorteile hatte ein besetztes Bett gegenüber einem unbesetzten Bett? Das Fehlen nächtlicher Einsamkeit, die Überlegenheit der menschlichen (reifes Weib) über die nichtmenschliche (Krug mit heißem Wasser) Erwärmung, das Anregende der morgendlichen Berührung, das sparsame Plätten, falls die Hose genau gefaltet der Länge nach zwischen die Sprungfeder matratten (gestreift) und die wollene Matratze (kariert) gelegt wurde.“ Weitere Hinweise über Sinn und Nutzen des Bettes gibt Kurt Kusenberg im „Lob des Bettes“, erschienen im Rowohlt-Verlag.



Höllen- maschinen schreien nicht Mama

Es begann damit, daß Herr Pempelstroh eines Morgens erwachte und an seiner Nase eine Beule vorfand. Er tastete den Zuwachs an seinem schnauzenähnlichen Riechorgan vor dem Spiegel ab, ohne eine Erklärung für die sonderbare Erscheinung zu finden. Des Abends zuvor hatte er in einer Illustrierten einen Bericht über siamesische Zwillinge gelesen, und schon fürchtete er insgeheim, in Bälde womöglich doppel-näsiger seinen Amtsgeschäften nachgehen zu müssen, als ihm der Unsinn solcher Betrachtungsweise zu Bewußtsein kam.

Die Beule schrumpfte indes nicht, wie Herr Pempelstroh gehofft, sondern vergrößerte sich von Tag zu Tag. Und eines Morgens platzte die Haut, und aus der Spalte schob sich ein Pilz hervor, einem Wiesenchampignon nicht unähnlich.

Herrn Pempelstroh, der solcherlei bisher nur an den Asphaltträndern seines täglichen Arbeitsweges hatte beobachten können, verwunderte der Vorgang nicht wenig, zumal sich in der Umgebung, dem Gesetz der Pilzstreuung folgend, eine Reihe weiterer Beu-

len gebildet hatte. Ehe noch eine Woche um war, schien sein Gesicht von einer wahren Pilzkultur übersät, die an Regelmäßigkeit und Frische des Wuchses einer gezielten Champignonzucht in nichts nachstand.

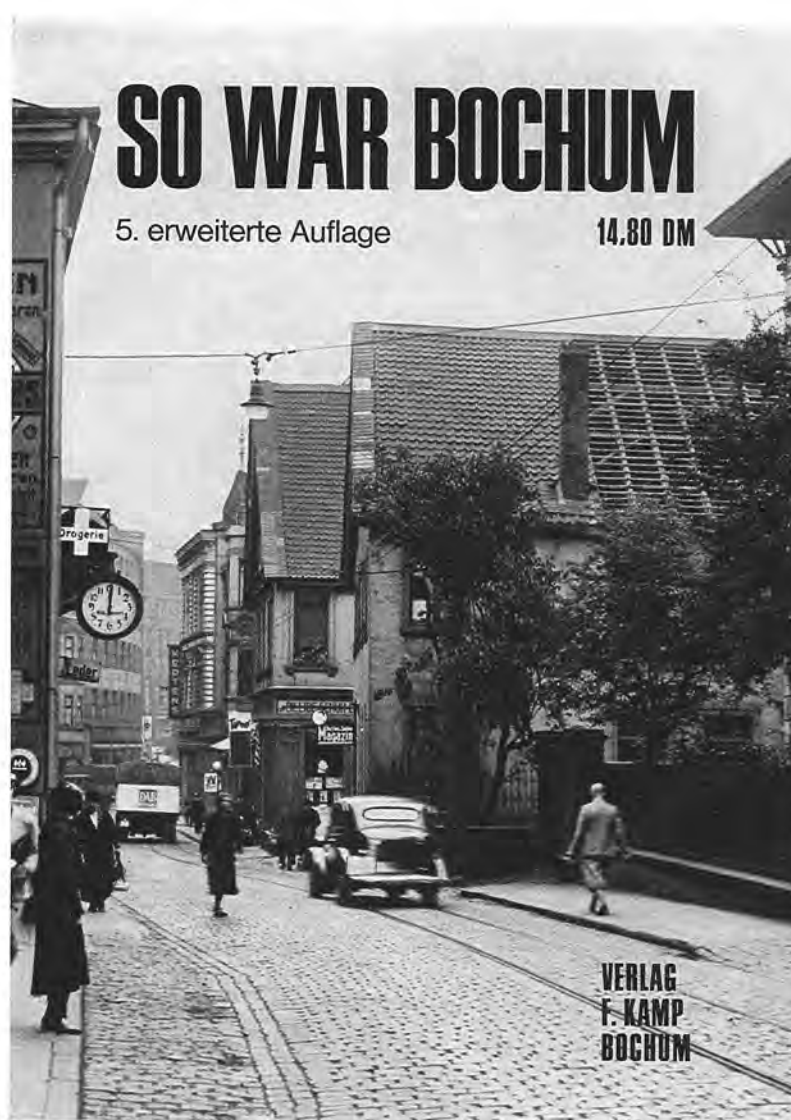
Für Herrn Pempelstroh war damit der Zeitpunkt gekommen, einen Arzt aufzusuchen, denn die sonderbare Fruchtbarkeit seines Gesichtes war ihm nicht geheuer; ganz abgesehen davon, daß der Spott der Bürokollegen das Mitleid bei weitem überbot.

Sein Hausarzt Dr. Aloys Schiefele — ein gewiegter Allesheiler, wie es deren seit Paracelsus nicht viele gab — sprach ihm gehörig Mut zu und zeigte nebenher großes Interesse für die wildsprossenden Pilze. Er prüfte sie an Hand eines Pilzlehrbuches, das in seiner umfangreichen Bibliothek neben der „Ärztlichen Betreuung des Vaters bei Geburten“ und „Der Blinddarm mit der Brille des Augenarztes gesehen“ verstaubte, und diagnostizierte sie als einwandfreie Champignons. Und da er ein Genießer aller Gaben der Natur war, schnitt er sich mit dem Messer vorsichtig eine halbe Schüssel voll Champignons aus Pempelstrohs Gesicht und entließ dann den verängstigten Patienten, nicht ohne ihm geraten zu haben, dreimal täglich in eine Wanne voll kalten Wassers zu springen.

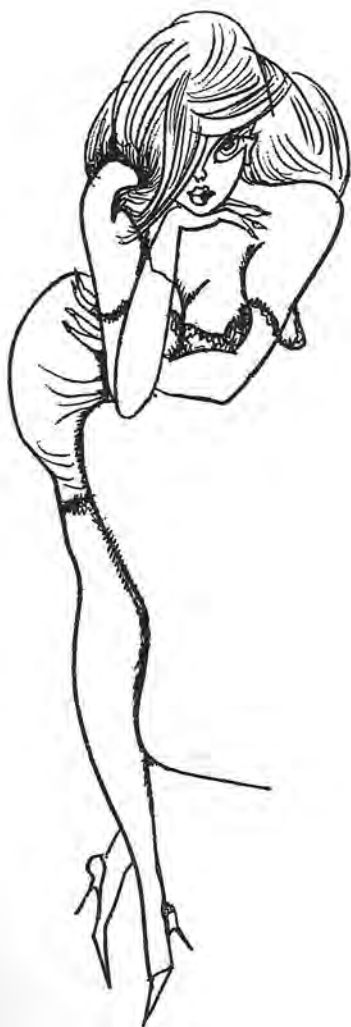
Wiewohl Herr Pempelstroh die Kuranweisung getreulich befolgte, blieb der gewünschte Erfolg aus. Nach weiteren sechs Tagen begannen sich sein Rücken und seine Oberschenkel sprossenhaft zu wölben.

In höchster Verzweiflung, über und über mit Pilzen bedeckt, trat er zwei Wochen später wieder vor Dr. Schiefele. Der verordnete ihm neuerlich Kaltwasserduschen, neunmal täglich zu nehmen, schnitt sich sein Honorar aus des Patienten Rücken und versicherte dem Ärmsten mit genießerischem Zungenschlag, er habe noch nie so vollendete Champignons gegessen wie jene aus Pempelstrohs Antlitz. „Sie unsagbar Glücklicher“, pries er gar noch den Verzagten, „Sie haben nun täglich, sooft Sie nur wünschen, ein herrliches Pilzgericht zur Hand, ohne sich lange mit den Marktweibern herumärgern zu müssen.“

Herr Pempelstroh, der unfreiwillige Pilzzüchter, ist nur eine der skurrilen Gestalten, die dem Leser von Helmut Schinagls Surreatesken in seinem Buch „Höllenmaschinen schreien nicht Mama“, vorgestellt werden, das in der DELP'schen Verlagsbuchhandlung (München) erschienen ist. Eine Strohwitwe fängt Feuer und geht in Flammen auf, die Brunnenfiguren einer Stadt protestieren mit einem Schweigemarsch gegen die mangelnde Pflege, eine Sau rennt „Mama“-schreiend durch ein Dorf — bizzarer Humor wechselt mit boshafter Gesellschaftskritik.



Leitfaden für Playboys



Es kann nicht unsere Aufgabe sein, einen Partygirl-Erkennungsdienst zu bieten. Dafür ist dieser Komplex viel zu differenziert, viel zu stark abhängig von den jeweiligen Personen. Playboys und Partygirls lassen sich — trotz mancher immer wieder feststellbaren gleichen Merkmale — nicht klar typisieren. Die Tochter eines Zirkusreiters kann eine verträumte Rilke-Verehrerin sein, lieb, aber brav, hübsch, aber von unnahbarem Wesen. Pfarrerstöchter sind munter, frech und zu allerlei Schandtaten bereit, sagt man, nachdem man diese jungen Damen früher für unerreicht hielt.

Gibt es überhaupt Anhaltspunkte, nach denen sich der Playboy richten kann, wenn er den bunten Strauß seiner Playgirls auffrischen möchte? Schauen wir uns in den einzelnen „Sparten“ um:

Mannequins

Diese Damen sind mit ihrer eigenen Schönheit so beschäftigt und gleichermaßen von ihr überzeugt, daß man sie für Parties lediglich als Dekoration verwenden kann. Diese Aufgabe allerdings lösen sie hervorragend.

Bardamen

sollte der Playboy Primanern und alternden Managern überlassen. Es gibt Ausnahmen, aber diese Bardamen sind in festen Händen und lesen abends Böll.

Adlige Damen

Sie sind kaum auf einen gleichen Nenner zu bringen. Ihnen ist nur gemeinsam, daß sie nicht von einem Bürgerlichen geheiratet werden wollen, es sei denn, das Krönchen besteht — aus Mangel an Masse — nur noch aus Messing.

Für offizielle Parties sind adelige Damen als gesellschaftliche Staffage von großem Wert.

Starlets

(ohne TV- oder Filmvertrag) sind sehr als Partygirls zu empfehlen, zumal, wenn die Party publikumswirksam ist. Der Ehrgeiz zwingt diese Damen zu den höchsten Anstrengungen. Wenn unter Ihren männlichen Gästen allerdings Produzenten oder Regisseure sind bzw. vorgeben, dies zu sein, besteht die Gefahr, daß diese Mädchen vorzeitig mit ihren neuen „Entdeckern“ aufbrechen.

(mit Vertrag) können jede Party schmeißen, weil sie nur von sich und ihrer augenblicklichen Rolle sprechen. Daher ist Vorsicht geboten.

Akademikerinnen

gelten fälschlicherweise als absolut ungeeignet. Nicht täuschen lassen. Unter jungen Medizinerinnen (gelegentlich sogar Juristinnen)

findet man liebe und dankbare Partygirls. (Man sollte nur vermeiden, sie als Akademikerinnen vorzustellen, weil sich die meisten Männer dann aus Angst verziehen).

Stars

sind besonders schwierig. Man sollte zuvor feststellen, welche Rolle der eingeladene Star zuletzt gespielt hat. Diese Rolle spielt der Star auf Parties meist weiter.

Chorsängerinnen

Nicht einzeln einladen. Sind nur im Chor originell — auch auf Parties.

Malerinnen

(Graphikerinnen) Erstere sind oft für Parties ihrer Art zu schwierig oder auch zu ungepflegt. Graphikerinnen sind keine weiblichen Bohemiens — also nicht viel erwarten, am besten gar nichts.

Töchter aus gutem (wohlhabendem) Hause

sind dann als Partygirls geeignet, wenn es einem gelingt, ihnen klar zu machen, daß sie für die Einladung sehr, aber auch sehr dankbar sein müssen. Man sollte ihnen versprechen, daß sie auf der Party einige ganz herrliche, verrückte Typen kennenlernen können. Transvestiten, dichtende Strichmädchen, morphinistische Maler usw.

Sportlerinnen

Nichts für schwache und ängstliche Männer. Im übrigen aber sagt man diesen Mädchen einen starken Hang zum erotischen Ausgleichssport nach.

Schlagersängerinnen

kommen sofort, wenn man ihnen verspricht, daß ihre sämtlichen Platten aufgelegt werden. Sie werden vollends schwach, wenn man sie mit einem Komponisten zusammenbringt, der erheblich bekannter ist als sie selbst.

Millionenerbinnen

kommen fast nur noch zu Parties, die in übelbeleumundeten Lokalen, auf halbgesunkenen Schiffen, in Matrosenpuffs und dergleichen stattfinden.

Sind meist weder amüsant noch beteiligen sie sich an den Veranstaltungskosten. Einziger Reiz: die reiche Erbin — gegen angemessene Vermittlung — mit einem der Gäste zu verheiraten (fliegen bekanntlich auf Adelige — wobei sie degenerierte bevorzugen).

Striptease-Tänzerinnen

kommen sehr gerne. Sind aber — sofern die Einladung als „privat“ gilt — sehr brav.

Entnommen dem „Leitfaden für Playboys“ von Michael Schiff, erschienen in Moderne Verlags-GmbH, München.

Warum Millionen Verbraucher im **RATIO-MARKT** kaufen



Der Verbraucher von heute kauft kritischer und preisbewußter denn je. Er vergleicht Preise und Qualitäten, ehe er sein Geld ausgibt.

Millionen Menschen haben erkannt, daß sie im **RATIO-MARKT** günstig kaufen. Denn hier wird kein unnützer Aufwand getrieben. Keine aufwendigen Dekorationen, kein übertriebener Service verteuern die Ware.

Der **RATIO-MARKT** begnügt sich mit geringen Handelsspannen, bei allen Artikeln — zum Nutzen des Verbrauchers.

Das Angebot im **RATIO-MARKT** umfaßt alle Artikel

des täglichen Bedarfs: Kleidung, Wäsche, Schuhe, Uhren, Schmuck, Lederwaren, Möbel, Teppiche, Gardinen, Haushaltswaren, Fernsehgeräte, Elektrogeräte, Kühlschränke, Herde, Öfen, Waschmaschinen, Spielwaren, Werkzeuge, Sport- und Campingartikel, Autozubehör usw. — außer Lebensmitteln.

RATIO-MARKT

Münster, Albersloher Weg, Loddenheide

Bochum, Hofsteder Straße, am Ruhrschnellweg

Laatzen b. Hannover, Karlsruher Straße, am Messegelände

RATIO-MARKT

Bei RATIO kaufen, heißt mit Verstand kaufen

Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen

Veränderungen im Lehrkörper

Herr Privatdozent Dr.-Ing. Paul Arthur Mäcke aus Aachen wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1966 zum ordentlichen Professor ernannt und auf das Ordinariat für „Stadtbaugesamtes“ der Fakultät für Bauwesen berufen, unter gleichzeitiger Ernennung zum Direktor des Instituts für Stadtbaugesamtes.

Herr Dr. rer. nat. Günther Rehage, Dozent für „Physikalische Chemie“ in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, wurde mit Urkunde vom 5. September 1966 zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Herr Dr. rer. nat. Ernst-Friedrich Vangerow, Dozent für „Geologie und Paläontologie“ in der Fakultät für Bergbau und Hüttenwesen, wurde mit Urkunde vom 5. September 1966 zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Herr Dr.-Ing. Werner Wenzel, Dozent für „Metallurgie der Eisenhüttenprozesse“ in der Fakultät für Bergbau und Hüttenwesen, wurde mit Urkunde vom 5. September 1966 zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Herr Baudirektor Dr.-Ing. Erhard Hübner, Privatdozent für „Eigenschwingungen linearer Systeme“ in der Fakultät für Maschinenwesen, wurde mit Urkunde vom 7. September 1966 zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Herr Dr.-Ing. Hans-Günther Rohs, Privatdozent für „Sonderfragen des Werkzeugmaschinenbaues“ in der Fakultät für Maschinenwesen, wurde mit Urkunde vom 7. September 1966 zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Herr Dr.-Ing. Otto Müller, Lehrbeauftragter für „Materialbewirtschaftung im Bergbau“, ist zum Honorarprofessor ernannt worden.

Herr Dr. Wolfgang Ludwig, bisheriger Privatdozent für „Physik“, ist infolge seiner Ernennung zum ordentlichen Professor und der damit verbundenen Berufung zur Universität Gießen aus dem Lehrkörper ausgeschieden.

Herr Dr. rer. nat. Peter Sartori, bisheriger Privatdozent und Obergeringieur am Lehrstuhl für Anorganische Chemie und Elektrochemie, ist am 12. September 1966 zum Dozenten ernannt worden. Mit Wirkung vom gleichen Tage wurde ihm die Dozentur für „Anorganische Chemie“ übertragen.

Herr Dr. Hein-Peter Stüwe, Dozent am Lehrstuhl für Allgemeine Metallkunde und Metallphysik, ist für die Zeit vom 1. August 1966 bis 28. Februar 1967 für einen Studienaufenthalt in Japan beurlaubt worden.

Herr Heinz Staat, Kustos am Lehrstuhl für Strömungslehre, ist mit Wirkung vom 18. August 1966 zum Oberkustos ernannt worden.

Herr Dr.-Ing. Alfred Boettger, Kustos am Lehrstuhl und Institut für Städtebau und Landesplanung, ist mit Wirkung vom 9. September 1966 zum Oberkustos ernannt worden.

Herr Dr.-Ing. Arno Beckers, Oberkustos am Lehrstuhl und Institut für Wärmetechnik und Verbrennungsmotoren, ist für die Zeit vom 1. Oktober 1966 bis zum 30. September 1969 zur Fortsetzung seiner Vorlesungstätigkeit an der Universidad Técnica Federico Maria in Valparaiso (Chile) beurlaubt worden.

Habilitation

Am 27. Juli 1966 hat sich Herr Dr. phil. Hanno Kesting aus Aachen bei der Philosophischen Fakultät als Privatdozent für „Soziologie“ habilitiert. Thema der Habilitationsschrift: „Öffentlichkeit und Propaganda“.

Dieter Schinzel, 1. Vorsitzender des AStA der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, ist 24 Jahre alt und verbrachte ein Drittel seines Lebens von 1945 bis 1953 in Italien. Nach seinem Abitur im Jahre 1963 in Berlin absolvierte er ein halbjähriges Praktikum im Max-Planck-Institut für Physik in München, bevor er sich im Wintersemester 1963/64 an der Technischen Hochschule in Aachen immatrikulierte, um das Studium der Physik zu beginnen. Im Sommersemester 1965 legte er sein Vordiplom ab.



Chef des AStA der Studentenschaft der Technischen Hochschule ist er seit Februar 1966.

Ruhr-Universität Bochum

Auszeichnungen

Der griechische König Konstantin verlieh im Juli der Professorin für byzantinische und neugriechische Philologie an der Ruhr-Universität Bochum, Dr. Isidora Rosenthal-Kamarinea, in Anerkennung ihrer Verdienste das Goldkreuz der Kommandeure (den Komtur) des Königlichen Ordens des verdienstvollen Wirkens.

Frau Professor Dr. Rosenthal-Kamarinea ist bereits im Jahre 1958 von König Paul mit dem Goldenen Verdienstkreuz ausgezeichnet worden.

Veränderungen im Lehrkörper

Zum ordentlichen Professor der Ruhr-Universität wurde im September der Privatdozent an der Universität Heidelberg, Dr. Reinhart Koselleck, Lehrstuhl für Politische Wissenschaften unter Berücksichtigung der Neueren Geschichte, ernannt.

Zu ordentlichen Professoren der Ruhr-Universität Bochum wurden im Oktober ernannt:

der apl. Professor an der Universität Bern, Dr. Urs Jaeggi, Lehrstuhl für Soziologie,

der o. Professor an der Universität Frankfurt, Dr. Gerhard Pfeleiderer, Lehrstuhl für Biochemie.

Zum ordentlichen Professor der Ruhr-Universität (Lehrstuhl für Altes Testament, Evgl. Theologie) wurde der o. Prof. an der Humboldt-Universität, Dr. Siegfried Herrmann, ernannt.

Zum ordentlichen Professor der Ruhr-Universität (Lehrstuhl für Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaften) wurde der o. Prof. an der Universität Münster, Dr. Karl Horst Schmidt, ernannt.

Eine Gastprofessur für das Wintersemester 1966/67 wurde an Professor Dr. Frederic Kanfer von der University of Oregon für das Fach Psychologie übertragen.

Auf Antrag der Rechtswissenschaftlichen Abteilung hat der Kultusminister des Landes NRW dem Bochumer Oberstadtdirektor Dr. Petschelt für das Wintersemester 1966/67 einen Lehrauftrag über „Beamtenrecht“ erteilt.

Auf Antrag der Abteilung für Philologie hat der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen dem Direktor am Schauspielhaus Bochum, Dr. Günter Skopnik, für das Wintersemester 1966/67 einen Lehrauftrag für „Theatergeschichte“ erteilt.

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Auszeichnungen

Der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen überreichte am 23. Juli 1966 Prof. Dr. Hubert Jedin das vom Bundespräsidenten wegen seiner wissenschaftlichen Verdienste verliehene Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Niehaus, Direktor des Instituts für Agrarpolitik und Marktforschung, erhielt am 6. September 1966 das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Die Naturwissenschaftlich-Philosophische Fakultät der Technischen Hochschule Braunschweig hat Prof. Dr. Dr. Fritz Voigt die Ehrendoktorwürde (Dr. rer. nat. h. c.) verliehen.

Prof. Dr. iur. Dr. h. c. Hermann Conrad wurde am 9. Juli 1966 von der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck die Würde eines Ehrendoktors der Staatswissenschaften verliehen.

Veränderungen im Lehrkörper

Prof. Dr. Harri Meier hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Romanische Philologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster erhalten.

Prof. Dr. O. Strecker, Direktor des Instituts für Landwirtschaftliche Marktforschung an der Forschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig-Völkenrode erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Marktlehre und landwirtschaftliches Informationswesen.

Dr. Johann Michael Fritz hat einen Lehrauftrag für „Museumskunde“ mit Datum vom 6. Juli 1966 erhalten.

Prof. Dr. Nikolaus Himmelmann-Wildschütz, Saarbrücken, wurde zum 1. September 1966 zum ordentlichen Professor für Klassische Archäologie in Bonn ernannt.

Privatdozent Dr. Rudolf Morsey hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Würzburg angenommen.

Privatdozent Dr. Hans Joachim Hirsch hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Strafrecht und Strafprozeßrecht der Universität Regensburg erhalten.

Prof. Dr. Jürgen Salzwedel hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, insbesondere Steuer- und Wirtschaftsrecht, der Freien Universität Berlin erhalten.

Charmante Chefin des AStA Bonn ist die 22jährige Madeleine Hackspiel. Sie studiert im 8. Semester Philologie (Deutsch, Französisch) und ist seit 1964 Mitglied des Studentenparlaments. Im Sommersemester 1965 sowie im Wintersemester 1965/66 war sie als Kulturreferentin tätig. Im Anschluß daran erfolgte im Sommersemester 1966 ihre Wahl zur 1. AStA-Vorsitzenden in Bonn. Weiterhin ist sie Mitglied des Landesverbandes, des Delegiertenrates und des Sozialausschusses des Verbandes Deutscher Studentenschaften. Ist das Verhältnis zwischen AStA-Vorstand und Senat, Rektor und Fakultäten „traditionell gut und ausgeglichen“, so bestehen mit der Hochschulverwaltung doch leider viele Verständigungsschwierigkeiten. Grund: „Wegen durchaus nicht fortschrittlicher Grundeinstellung der Verantwortlichen der Hochschule gegenüber der Studentenschaft“ schließen die Vertreter der Studentenschaft oft Kompromisse, die studentischer Selbstverwaltung wenig dienlich sind.



Universität zu Köln

Veränderungen im Lehrkörper

Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt:

Herr Dr. rer. pol. Hans E. Büschgen, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre

Herr Dr. agr. Martin Schmiel, Lehrstuhl für Wirtschafts- und Berufspädagogik

Herr Dr. rer. pol. Gerd Rose, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre

Herr Dr. med. Max Eder, Lehrstuhl für Pathologie und Pathologische Anatomie

Herr Dr. rer. nat. Curt Meyer, Lehrstuhl für Mathematik

Herr Dr. rer. nat. Peter Dombrowski, Lehrstuhl für Mathematik

Herr Dr. jur. Karl Heinrich Friauf, Lehrstuhl für Öffentliches Recht

Für ihre Habilitationsleistungen wurden ausgezeichnet:

Herr Privatdozent Dr. Manfred Neumann mit der *venia legendi* für Wirtschaftliche Staatswissenschaften

Herr Privatdozent Dr. Philipp Herder-Dorneich mit der *venia legendi* für Sozialpolitik

Rektoratsübergabe

Die feierliche Rektoratsübergabe von Herrn Prof. Dr. rer. pol. Günter Schmolders an Herrn Prof. Dr. med. Werner Scheid erfolgt am 23. November 1966

Über die Grenzen Kölns hinaus bekannt durch den Austritt des AStA Köln aus dem Verband Deutscher Studentenschaften und die Bestreikung der Kölner Verkehrsbetriebe nach einer drastischen Fahrpreiserhöhung ist Klaus W. Laepple, rühriger Chef des AStA Köln. Er ist 26 Jahre alt und studiert seit dem Sommersemester 1963 Wirtschaftswissenschaften, Soziologie und Politische Wissen-

schaften an der WiSo-Fakultät der Universität zu Köln. Seit dem Wintersemester 1963/1964 ist Klaus W. Laepple Mitglied des Kölner Studentenparlaments, im Wintersemester 1964/65 wurde er zum 2. Vorsitzenden des AStA bestellt, und seit dem Sommersemester ist er 1. AStA-Vorsitzender. Am 1. April 1966 übernahm er außerdem das Amt des 1. Vorsitzenden des Sozialausschusses im Verband Deutscher Studentenschaften. Seine Wahl zum Vorsitzenden der Studentenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgte im Mai 1966.

Westfälische Wilhelms- Universität Münster

Jura-Student im fünften Semester ist der Oldenburger Jürgen Barth, 1. Vorsitzender des AStA Münster. Er ist 23 Jahre alt und diente erst dem Vaterland, bevor er sich an der Westfälischen Wilhelms-Universität immatrikulierte. Als Mitglied des achten Studentenparlaments avancierte er zum Vizepräsidenten und Wahlleiter der Wahlen zum neunten Studentenparlament. Daran anschließend arbeitete er als stellvertretender AStA-Vorsitzender für die Studentenschaft, bis er am Ende der Amtszeit Polaczek das Amt des ersten Vorsitzenden übernahm. Jürgen Barth ist außerdem Mitglied einer Studentischen Korporation, und zwar der „Burschenschaft der Pflüger Halle zu Münster“.



Impressum

der ruhr-student

Studentenzeitung
für Nordrhein-Westfalen

Herausgeber
Studentenschaft des Landes
Nordrhein-Westfalen

Verantwortlich Klaus W. Laepple

Geschäftsführung Peter Schlenzka

Redaktion
Verantwortlich für den Teil
Zur Studienreform — Hendrik Bussiek,
Die Empfehlungen im Meinungsstreit
und Kulturprismen — Heinz Schulte,
Quo vadis, academie?,
Computer bauen billiger und
Hochschulnachrichten — Rüdiger Zinken

Fotos Klaus Barisch (4), British information
Service (2), dpa (1), Manfred Hannok (3),
Foto-Wiemann (2), Archiv (2),

Titelbild Klaus Barisch

Anschrift der Geschäftsführung
und Redaktion
5000 Köln-Sülz 1, Universitätsstraße 16,
Studentenhaus, Telefon 41 42 30

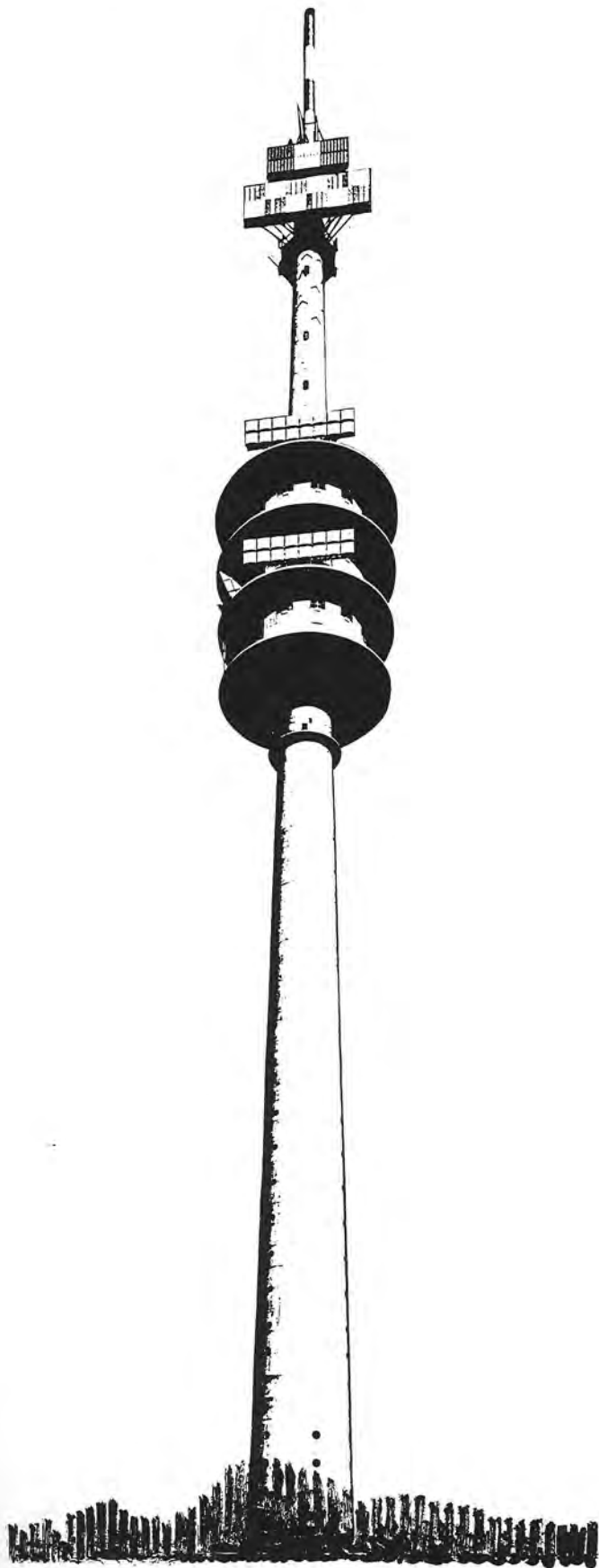
Konten
Westfalenbank Bochum 50 9892
Städt. Sparkasse Bochum 2/9676

Druck und Vertrieb
Schürmann & Klagges
4630 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16

Schutzgebühr DM 1,—

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Der Diplom-Ingenieur der Bundespost ist Führungskraft und Treuhand großer Werte



Die Deutsche Bundespost gehört zu den fortschrittlichsten Verkehrs- und Nachrichtenverwaltungen der Welt. Um den hohen Ansprüchen zu genügen, die Wirtschaft und Gesellschaft heute an das Nachrichtenwesen stellen, bedient sich die Bundespost einer rationellen Organisation und modernster mechanischer und automatischer Einrichtungen. Die Diplom-Ingenieure der Deutschen Bundespost werden entscheidend tätig bei der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Planung neuer Anlagen, bei der Kalkulation, Vergabe und Überwachung der an die Industrie erteilten Aufträge und bei der Entwicklung rationeller Betriebsverfahren. Sie sind Beamte des höheren Bundesdienstes. Sie leiten größere Dienststellen. Sie müssen als Vorgesetzte vielen Menschen Vorbild sein. Sie planen und bauen die technischen Einrichtungen der Zukunft und betreuen große materielle Werte. Der Diplom-Ingenieur ist Führungskraft. Er trifft die Entscheidungen – im Fernmeldewesen, in der Maschinen- und Kraftfahrzeugtechnik, im Hochbau. Wäre das nicht auch eine Position für Sie?

Wer sich für den höheren technischen Dienst bewirbt, muß die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und darf das 35. Lebensjahr – als Schwerbeschädigter das 40. Lebensjahr – nicht überschritten haben. Der Bewerber findet bei der Bundespost ein günstiges Betriebsklima, gute Arbeitsbedingungen und Beförderungsmöglichkeiten, eine vorteilhafte Urlaubsregelung und zeitgemäße soziale Leistungen. Nähere Auskunft über die Einstellungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundespost, über Einzelheiten der höheren technischen Laufbahnen und über Studienbeihilfen, die von der Bundespost gewährt werden können, erteilen auf Wunsch die Oberpostdirektionen.



Deutsche Bundespost
Tausend gute Dienste Tag für Tag

Qualität in Stahl



Eines der größten technischen Projekte der Gegenwart ist die Gewinnung von Energie aus der Kernspaltung. Die Aggregate, welche die Beherrschung der bei diesem Vorgang freiwerdenden Kräfte ermöglichen, beruhen auf der Grundlage der Stahlherstellung und -verarbeitung. Einzelteile und fertige Werkstücke größter Abmessungen und Gewichte müssen hierfür so zuverlässig hergestellt werden können, daß die Gefahren, die mit dieser Form der Energiegewinnung verbunden sind, mit absoluter Sicherheit gebannt werden. Die Einrichtungen der RHEINSTAHL HÜTTENWERKE entsprechen dem neuesten Stand der Technik, ihre Anlagen zur Erschmelzung von Eisen und Stahl, zum Walzen von Blechen, zum Gießen, Schmieden und Schweißen größter und hochwertigster Werkstücke, ihre

Betriebe für die Wärmebehandlung, mechanische Bearbeitung, Werkstoffprüfung und die große Erfahrung ihrer Ingenieure und Arbeiter sichern eine zuverlässige Herstellung.

Die RHEINSTAHL HÜTTENWERKE bieten jungen, aufstrebenden Ingenieuren, Kaufleuten und Volkswirten ungewöhnlich vielseitige Entwicklungs- und Einsatzmöglichkeiten.

Bewerber wenden sich bitte an:



**RHEINSTAHL HÜTTENWERKE
AKTIENGESELLSCHAFT**

4300 ESSEN · Am Rheinstahlhaus 3
Hauptabteilung · Personal-Angestellte